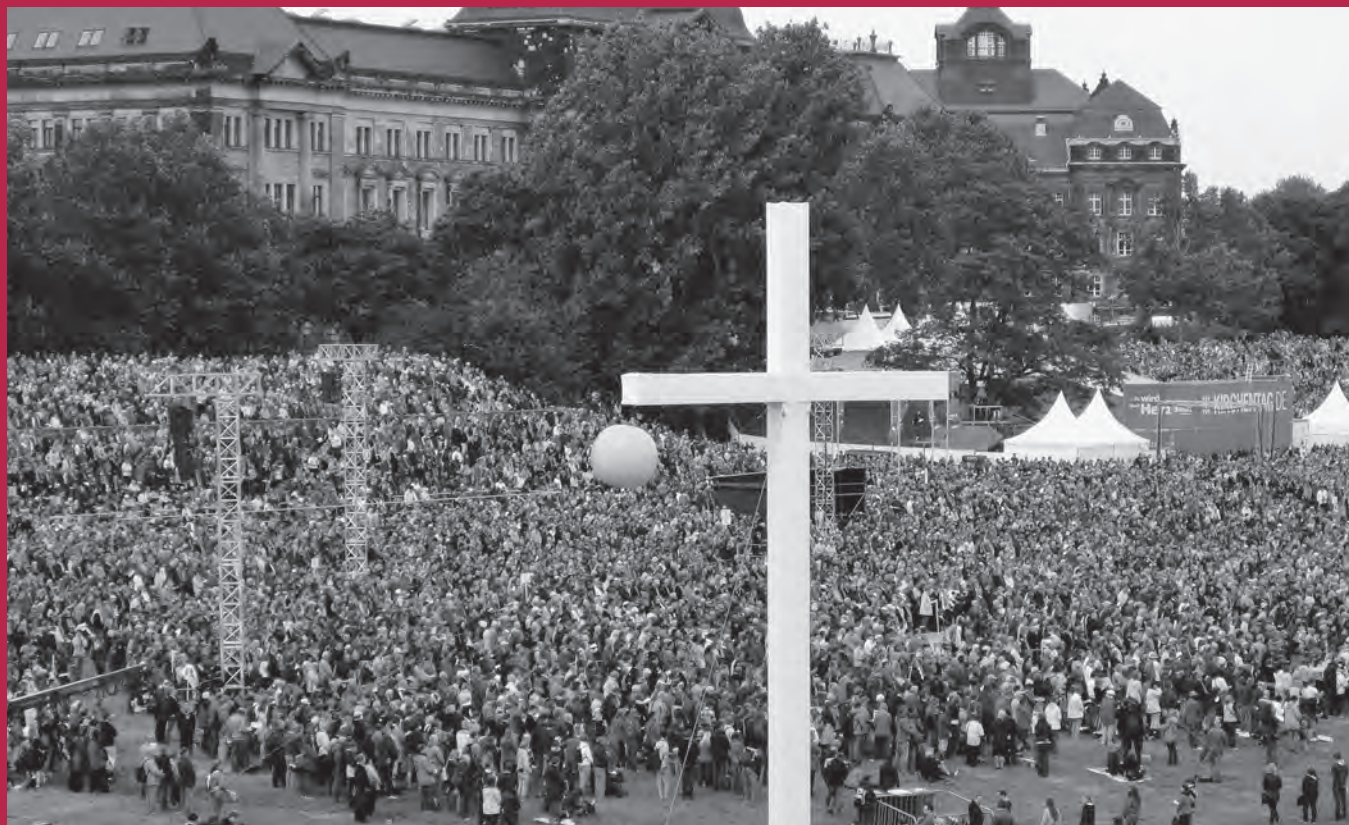


# AUFTRAG



HEFT 283 – SEPTEMBER 2011

51. JAHRGANG



- Berliner Erklärung des AMI (deutsch)
- Abschied von Dr. Ernst Niermann
- Seminare der GKS im Jahr 2012
- Evangelischer Kirchentag in Dresden
- Erste Sitzungsperiode II. Vaticanum
- Bundespräsident Wulff und die Bundeswehr

**GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN**

[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

## EDITORIAL . . . . . 3

## SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN . . . . . 4

## SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Über Interessen, Wege zum Frieden und Religion  
von Norbert Lammert . . . . . 5
- Der christliche Soldat als Diener eines gerechten Friedens  
Berliner Erklärung des AMI . . . . . 8
- „...da wird auch Dein Herz sein“  
von Rainer Zink . . . . . 14
- Christliche Sicherheits- und Friedenspolitik  
von Klaus Liebetanz . . . . . 18
- Ist „vernetzte Sicherheit“ ausreichend?  
von Klaus Liebetanz und Bertram Bastian . . . . 20
- Revoluten in der Arabischen Welt  
von Said AlDailami . . . . . 22

## GESELLSCHAFT NAH UND FERN

125. Cartellversammlung in Essen  
von Bertram Bastian . . . . . 24
- Dialogprozess in der Katholischen Kirche Deutschlands  
von Heinrich Sudmann . . . . . 26

## BILD DES SOLDATEN

- Gesundes Führen – ideales Mittel gegen Burnout  
von Bertram Bastian . . . . . 27
- Einladung FGKS  
und Anträge GKS / FGKS . . . . . 30

## RELIGION UND GESELLSCHAFT

- II. Vaticanum  
Vorbereitung und erste Sitzungsperiode  
von Andreas M. Rauch . . . . . 36

## BLICK IN DIE GESCHICHTE

- Christian Wulff – kein Herzblut aber viel Sympathie  
von Dieter Kilian . . . . . 40

## KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Funktionsträgerseminar 2012  
Anschreiben und Anmeldung . . . . . 49
- Nachruf MGv a.D. Dr. Ernst Niermann  
von Klaus Achmann . . . . . 51
- Trauer Gottesdienst für MGv a.D. Dr. Ernst Niermann  
von Bertram Bastian . . . . . 51
- Würdigung MGv a.D. Dr. Ernst Niermann  
von Karl-Jürgen Klein . . . . . 53
- „Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“  
von Roland Ohlenschläger . . . . . 54

## AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

### GKS-KREIS KÖLN-WAHN

- Väter – Kinder – Tag 2011 . . . . . 55

### GKS-KREIS UNNA

- Frühjahrswochenende . . . . . 55

### GKS-KREIS KÖLN

- Familiennachmittag in Köln . . . . . 55

### GKS-KREIS KÖLN-WAHN

- Entdecken Sie Vogelsang . . . . . 56

### MILITÄRPFARRAMT BONN

- Verabschiedung von Benno Porovne . . . . . 57

### MILITÄRPFARRAMT BONN

- Für eine Zukunft in Solidarität  
und Gerechtigkeit . . . . . 58

### BUCHBESPRECHUNGEN: . . . . . 59

### KURZ BERICHTET: . . . . . 23, 26, 29, 48

### IMPRESSUM: . . . . . 60



Redaktionsschluss für **AUFTRAG 284**

*Freitag, 7. Oktober 2011*

TITELBILD: Unter dem Zeichen des Kreuzes versammelten sich Christen vom 1. bis 5. Juni zum 33. Evangelischen Kirchentag in Dresden unter dem Motto: „...da wird auch Dein Herz sein“ (Foto: Rainer Zink)

## editorial:



### Liebe Leserschaft,

mit den ersten beiden Beiträgen bringen wir Ihnen Nachträge von den Feierlichkeiten anlässlich des Weltfriedenstages 2011 in Bonn und von der Tagung des Apostolat Militaire International (AMI) 2010 in Berlin. Durch die Bemühungen des Chefredakteurs der Zeitschrift Kompass können wir Ihnen die Rede des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Lammert, die er im März in Bonn gehalten hat, im Wortlaut anbieten. Die Berliner Erklärung des Apostolats Militaire International (AMI) ist in der autorisierten deutschen Fassung erschienen. Mit starker Unterstützung durch Militärgeneralvikar Walter Wakenhut konnte 2010 sichergestellt werden, dass AMI unter der deutschen Präsidentschaft von Brigadegeneral Reinhard Kloss in Berlin tagte. In diesem Heft stellen wir Ihnen die deutsche Fassung der lesenswerten Berliner Erklärung zur Verfügung.

Der Gesprächsprozess in der Katholischen Kirche Deutschlands zwischen den Laien und der Amtskirche hatte seine Auftaktveranstaltung in Mannheim. Heinrich Sudmann von der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) und langjähriges Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken schreibt einige Gedanken auf, da eine Strukturdebatte nicht Sinn und Zweck

des Prozesses sein kann. Die KAD möchte vielmehr herausarbeiten, was ist eigentlich „Katholisch“. Wenn man gemeinsame Grundlagen hat, kann man besser debattieren, woran die Kirche heutzutage krankt. Vom Evangelischen Kirchentag in Dresden berichten unser Redakteur Rainer Zink und Klaus Liebetanz, der einige Gedanken zur Weiterentwicklung der vernetzten Sicherheit zur Diskussion stellt, bevor Dr. AlDailami die sogenannte Arabellion kurz beleuchtet. Je länger diese Proteste in der arabischen Welt andauern, desto pessimistischer werden die Stimmen, ob dieser „Arabische Frühling“ wirklich zu einer Demokratisierung und damit letztendlich zu einer Befriedung im Spannungsbogen von Marokko bis Syrien werden könnte.

Am 1. August verstarb der ehemalige Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann. Diesen außerordentlichen Förderer des Laienapostolates und der Ökumene in der Katholischen Militärseelsorge würdigt die GKS in diesem Heft, welches deshalb auch etwas später wie gewohnt erscheint.

In dem Rückblick auf das II. Vaticanum blickt Dr. Andreas Rauch auf die Vorbereitungskommission und die erste Sitzungsperiode unter Johannes XXIII. zurück und Dieter Kilian ergänzt seine Reihe „Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ um Christian Wulff, bevor die Berichte aus den Bereichen und Standorten das Heft beschließen.

Ich hoffe, dass für jeden etwas in dieser Ausgabe „drin“ ist und wünsche Ihnen viel Spaß bei der interessanten Lektüre,

*Dr. J. Janssen*



## Gemeinschaft Katholischer Soldaten mit Blick nach vorn

**W**ir werden in die Akademie „Oberst Helmut Korn“ eingebettet das 50-jährige Bestehen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten feiern. Ein rundes Jubiläum, das nicht nur Anlass zum Rückblick ist, sondern auch zum Blick nach vorn herausfordert. Welche Aufgaben aber stehen vor uns?

Die Forderungen nach einem Rückzug der Truppen aus Afghanistan werden seit fast zwei Jahren immer lauter und sind nicht nur der aktuellen Haushaltslage der großen Truppensteller geschuldet. Eine öffentliche Debatte gibt es nur punktuell und anlassbezogen, nicht aber grundlegend und bis zur Konsequenz geführt.

**G**emeinsam mit Pax Christi und der Kommission Justitia et Pax möchten wir das Thema auf ein Podium im Rahmen des 98. Deutschen Katholikentages im Mai 2012 in Mannheim bringen. Das Ziel wird es dabei sein, öffentlich darzustellen, dass aus demselben katholischen Glauben heraus unterschiedliche Positionen bezogen werden können und dennoch gemeinsame ethische Grundlagen eine tragfähige Handlungsgrundlage bieten.

Genau um diese ethischen Grundlagen für den Einsatz von Streitkräften oder besser gesagt, für das Engagement von Politik im Rahmen ressortübergreifenden Gesamtansatzes soll es in der Vorbereitung gehen, die wir in der Bundeskonferenz auf eine breite Basis stellen wollen. Mir wäre es wichtig, dass in Mannheim nicht nur einige Sachkundige unsere Position vertreten, sondern dass die Kenntnisse zum grundlegenden Gemeingut in der GKS werden. Damit würde auch die breite Basis mitgenommen und unsere spezifische Position weiter verbreitet als bisher geschehen. Ein zuge-

gebenermaßen hohes Ziel, aber ein inhaltlich verbindendes Merkmal der Gemeinschaft ist es allemal wert, danach zu streben!

**I**n diesen Ansatz stehen wir aktuell vor einer fundamentalen Herausforderung. Diese ist zwar für Mitteleuropa nicht so existenziell bedrohlich wie die Nachrüstungsdebatte im Kalten Kriege,

die ethische Begründung fällt deswegen aber nicht leichter. Gerade bei schwerwiegenden ethischen Fragestellungen auch andere Positionen in der Katholischen Kirche gleichberechtigt mitzubetrachten, war dem ehemaligen Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ein wichtiges Anliegen. Dr. Ernst Niermann ist am 01. August verstorben, mit seinem damaligen Ansatz eines gleichberechtigten Dialogs setzen wir eine von ihm maßgeblich mitgetragene Umgangsform aktuell fort. Ich denke, dass wir so das Werk des ehemaligen Militärgeneralvikars

angemessen würdigen. Dies zeigt aber auch in Nachhinein noch einmal auf, dass der damalige Ansatz der richtige Weg war. Es ist damit auch eine Frage der Vernunft, den Weg weiterzugehen, den ein großer Förderer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten eingeschlagen hat. Darüber hinaus fußt auch die heutige inhaltliche Auseinandersetzung mit der katholischen Friedenslehre auf den Grundlagen, die er in seiner aktiven Zeit vorangetrieben hat. Auch diese Tatsache werden wir in dankbarer Erinnerung halten.



*Rüdiger Attermeyer  
Bundesvorsitzender*

Weltfriedenstag 2011

# Über Interessen, Wege zum Frieden und Religion<sup>1</sup>

VON NORBERT LAMMERT<sup>2</sup>

Wenn man die Geschichte der Menschheit in ihren großen Entwicklungslinien betrachtet, fallen erstaunliche Konstanten und Veränderungen auf. Zu den Konstanten der Menschheitsgeschichte gehört, dass die Menschen Interessen verfolgen. Das wird vermutlich auch in Zukunft so bleiben. Zu den Interessen gehört, dass Menschen nicht alle die gleichen verfolgen, sondern unterschiedliche – teilweise auch sehr unterschiedliche – zu verschiedenen Zeiten, mit unterschiedlichen Dringlichkeiten. Aus dieser Unvermeidlichkeit von Interessen, ihren unterschiedlichen Gewichtungen und Bedeutungen, die sie für die Menschen haben, ergibt sich die Unvermeidlichkeit von Konflikten. Deshalb ist die Geschichte der Menschheit auch eine Geschichte von Konflikten.

Dabei gibt es – wiederum ganz prinzipiell betrachtet – zwei Typen des Umgangs mit unterschiedlichen Interessen: Der eine ist der Weg der Vereinbarung, des Einverständnisses mit anderen, der vertraglichen Regelung von Interessen. Der andere ist die sozusagen eher „rustikale“ Variante, mit Ellbogenkraft oder mit Einsatz von Gewalt Interessen durchzusetzen. Für beide Modelle der Interessenwahrnehmung mit ihren vielfältigen Ausprägungen finden wir in der Menschheitsgeschichte zahllose Beispiele.

Die problematischste Form der Durchsetzung von Interessen ist fraglos die Anwendung von Gewalt. Sie ist deswegen aber keineswegs besonders selten, sondern bei nüchterner Betrachtung leider ziemlich häufig. Wo-

bei es sowohl offene Formen der Anwendung von Gewalt wie sehr subtile Formen gewalt-tätiger Interessenverfolgung gibt. Nach meinem Verständnis gibt es nun zwei große Versuche in der Menschheitsgeschichte, Gewalt zu domestizieren. Der eine große Versuch ist die Religion und der andere die Politik.

Religion ist der Versuch, Gewalt einzuhegen und zu überwinden durch Sinnstiftung, durch Orientierung, durch verbindliche Verhaltensmuster, durch Wertüberzeugungen, die das individuelle Verhalten und das gesellschaftliche Miteinander prägen. Gleichwohl ist die Ambivalenz von Religionen hinsichtlich ihrer Wirkung quer durch die Menschheitsgeschichte nicht zu übersehen. Die Religionsgeschichte der Menschheit ist ebenso eine Geschichte des Versuchs, Überzeugungen mit Gewalt Geltung zu verschaffen. Vor den großen Weltkriegen des letzten Jahrhunderts waren die blutigsten Auseinandersetzungen, die dieser Kontinent gesehen hat, durch Religionskriege verursacht. Sie haben übrigens nicht stattgefunden – was man der Vollständigkeit halber wieder ins Bewusstsein bringen muss – auf Grund von Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen oder Juden oder anderen Religionsgemeinschaften, sondern durch den, wie wir aus heutiger Sicht fassungslos zur Kenntnis nehmen, grotesken Wettbewerb von sich in unterschiedlichen Kirchen organisierenden Christen untereinander.

Politik ist hingegen der Versuch, die Anwendung von Gewalt durch für alle verbindliche Verfahrensregeln, durch staatliche Gesetze, die für alle gelten, zu verhindern. Beide Domestizierungsversuche sind, salopp gesprochen, historisch betrachtet nicht rundum erfolgreich gewesen. Anders formuliert: Sie hatten nur eine begrenzte Durchsetzungswirkung, jedenfalls haben sie nachweislich bis ins 21. Jahrhundert hinein der weit verbreiteten Versuchung, Interessen mit Gewalt durchzusetzen,

nicht ein für allemal Einhalt gebieten können.

Dass der Staat mit seinem Anspruch der Monopolisierung von Gewalt und der damit gleichzeitig verbundenen Unterbindung privater Gewaltanwendung nicht erfolgreicher war, ergibt sich selbst bei einem oberflächlichen Blick in die Geschichte. Dies gilt leider nicht nur auch, sondern in besonderem Maße, für die deutsche Geschichte. Und es ist ebenso eine Tatsache, dass auch der deutsche Nationalstaat nicht durch Einvernehmen, nicht durch Verträge, sondern durch Kriege entstanden ist. Die Frankfurter Nationalversammlung, die den ersten Versuch unternommen hat, nationale Einheit auf dem Wege von demokratischen Abstimmungen und vertraglichen Vereinbarungen herbeizuführen, ist genau damit bekanntlich jämmerlich gescheitert. Zustande gekommen ist der deutsche Nationalstaat dennoch. Ein knappes halbes Jahrhundert später, nicht durch Wahlen, nicht durch Verträge, sondern durch Kriege. Und die beiden deutschen Demokratien, die sich im vergangenen Jahrhundert entwickelt haben, waren nicht nur in enger zeitlicher Folge, sondern auch in einem Kausalzusammenhang mit den beiden verheerenden Weltkriegen verbunden, an deren Ausbruch und an deren Entwicklung Deutschland maßgeblich beteiligt war. Mit anderen Worten: Gewalt ist leider kein trauriges Merkmal lange zurückliegender Epochen, sondern zieht sich wie ein roter Faden, gleichsam als Blutspur, durch die Menschheitsgeschichte bis in unsere Tage.

Dies hatte gewiss nicht zufällig, sondern, wie ich finde, sehr einleuchtend, zu zwei ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen geführt, die beide ihre eigene Logik haben, obwohl sie sich erkennbar im Wege stehen. Die eine tritt auf als die bei vielen Menschen – insbesondere bei denjenigen, die Krieg selber erfahren haben – tief sitzende Überzeugung: „Nie wieder Krieg!“, mit welchem Ziel auch im-

1 Dieser Beitrag beruht auf einer Rede, die am 10. März 2011 anlässlich des Festaktes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Collegium Josephinum in Bonn, gehalten wurde. Durch die Bemühung des Chefredakteurs der Zeitschrift Kompass Josef König konnte die frei gehaltene Rede niedergeschrieben, autorisiert und hier den Lesern präsentiert werden.

2 Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) ist Bundestagspräsident des Deutschen Bundestages

mer, aus welchem Anlass auch immer, mit welchen Absichten auch immer. Die andere ist präsent als die ähnlich tief sitzende Überzeugung, der Neigung, wo es keinen Widerstand gibt, eigene Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen, zwingend mit der Fähigkeit entgentreten zu müssen, notfalls auch militärische Mittel einzusetzen.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben wir diesen Grundsatzkonflikt mindestens zweimal mit großem leidenschaftlichen Aufwand geführt. Der eine brach Anfang der 50er Jahre auf, als es um die Frage ging, ob das geschlagene und geteilte Deutschland nach den Erfahrungen des 2. Weltkriegs, den Deutsche angefangen hatten, erneut eine Armee aufbauen dürfe oder gar müsse. In diesem Zusammenhang will ich angesichts der aktuellen Frage, ob wir in diesem Land nicht in einem viel stärkeren Maße über die wirklich wichtigen Fragen der Republik Volksabstimmungen statt Parlamente entscheiden lassen sollten, nur daran erinnern, dass die Entscheidung für den Aufbau der Bundeswehr und die Einführung der Wehrpflicht in jenen Jahren bestimmt nicht durch ein Plebiszit zustande gekommen wäre.

Zu den großen, und wie ich meine, gelungenen Richtungsentscheidungen, die diesen zweiten Versuch, in Deutschland eine funktionierende Demokratie zu etablieren, begründet und geprägt haben, gehört ganz sicher auch der Beschluss, sich durch den Aufbau der Bundeswehr, deren Einbeziehung in die NATO und damit in das westliche Bündnissystem, verbunden mit der Wehrpflicht, in die Lage zu versetzen, die Ansprüche, die unsere Verfassungsväter und Verfassungsmütter ins Grundgesetz geschrieben haben, notfalls auch durchsetzen zu können.

Wir haben dann in den Jahren ab 1968 eine erneute Grundsatzdebatte erlebt, mit einer damals mindestens so starken pazifistischen Welle in der deutschen Bevölkerung wie in den 50ern, jedoch von einer neuen Generation getragen, die ihre eigenen Vorbehalte, Einwände und Zweifel an der Zweckmäßigkeit, der Legitimität, der Notwendigkeit militärischer Friedenssicherung weniger aus eige-



*Bild 1: Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert während seines Festvortrages am 10. März im Collegium Josephinum in Bonn*

ner biografischer Erfahrung, als vielmehr aus Fernsehbildern von kriegsrigen Auseinandersetzungen bezog, die nahezu weltweit zu sehen waren. Es gehört in diesen thematischen Zusammenhang, daran zu erinnern, dass später der NATO-Doppelbeschluss, mit der erklärten Absicht, einer sowjetischen atomaren Mittelstreckengewaffnung, die Deutschland mehr als irgendein anderes Land bedroht hatte, mit einer vergleichbaren Bewaffnung zu begegnen, falls die sowjetischen Raketen nicht verschwinden würden, eine der umstrittensten parlamentarischen Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war. Auch für diese Entscheidung gilt, dass sie in einem Plebiszit nie zustande gekommen wäre. Im Gegenteil: Ausgerechnet der Kanzler, der diesen für die deutschen Interessen – nach seiner festen Überzeugung – zentralen Weg als erster beschritten hatte, ist von seiner eigenen Partei, nicht zuletzt aus diesem Grund, aus dem Amt gedrängt worden. Gleichwohl halte ich den NATO-Doppelbeschluss für eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Beendigung der Ost/West-Konfrontation, ein Prozess, der zuvor für die Generationen der frühen Bundesrepublik nahezu völlig unmöglich erschien. Ein Urteil, bei dem auch

die Zeithistoriker inzwischen nicht mehr intervenieren.

#### **Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee**

Es gibt eine deutsche Besonderheit, die den Aufbau der Bundeswehr und ihre Einsatzbedingungen fast von allen übrigen demokratischen Staaten unterscheidet, und das ist der erstaunliche Grundsatz, über den Einsatz der Armee nicht die Regierung, sondern das Parlament entscheiden zu lassen. Das hat es nicht nur in der deutschen Geschichte vorher nicht gegeben, das gibt es in dieser Ausprägung nirgendwo sonst. Dies hängt natürlich insbesondere auch mit den besonderen Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, der Instrumentalisierung der Reichswehr zu ideologischen, totalitären Zwecken, zusammen, mit den bis dahin beispiellosen Verheerungen und Verwüstungen, die das zur Folge hatte. Und es hängt ganz sicher auch mit einem anderen Selbstverständnis dieser zweiten deutschen Demokratie zusammen.

Die Frage nach dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten in militärischen Konfliktsituationen ist erst nach der friedlichen Revolution in Mittel- und Ost-Europa konkret geworden, in den 90er Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung Jugoslawiens. Sie stellte sich unter den veränderten Bedingungen eines Landes,



dessen anormale Teilung durch die Wiederherstellung der Einheit beseitigt war, und das nun nicht länger der Frage ausweichen konnte, die andere Länder und Nationen – insbesondere solche innerhalb der NATO – schon früher für sich beantworten mussten: die Frage nach der Beteiligung an internationalen Einsätzen zur Konfliktlösung. Für mich gehört es zu den bis heute eher übersehenen, gleichwohl tatsächlichen Sternstunden des deutschen Parlamentarismus, dass und wie die erste konkrete Einsatzenscheidung des Bundestages für den Einsatz von deutschen Soldaten im Kosovo 1998 zustande gekommen ist.

Damals hatte die geschäftsführend noch im Amt befindliche Regierung mit Helmut Kohl und dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe und Außenminister Klaus Kinkel, mit der noch gar nicht gewählten, aber voraussichtlich ins Amt kommenden künftigen Regierung Gespräche geführt, mit dem Ergebnis, dass der Deutsche Bundestag mit einer überragenden Mehrheit quer durch alle Fraktionen diesem ersten deutschen Militäreinsatz zugestimmt hatte. Vorausgegangen war eine denkwürdige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das in einer unter Juristen nicht völlig unstrittigen Weise nicht nur aus dem Grundgesetz, sondern – wie es sinnigerweise hieß – „aus der deutschen Verfassungstradition seit 1918“ einen Parlamentsvorbehalt herausgelesen hatte und damit erst jene Praxis etabliert hat, die inzwischen in Deutschland unangefochten gilt: Dass die Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldaten vom Parlament zu treffen ist. Die Fragen, ob überhaupt und wenn ja, wo und wie lange, wie viele deutsche Soldaten, mit welchem Auftrag irgendwo in der Welt aktiv werden, dies alles steht unter Parlamentsvorbehalt, bis hin zu der – inzwischen ja auch dafür gesondert gefundenen – gesetzlichen Regelung im sogenannten Parlamentsbeteiligungsgesetz aus dem Jahre 2005 und zu der gesetzlichen Regelung, dass im Ausland eingesetzte deutsche Soldaten auf Entscheidung des Parlaments jederzeit zurückgeholt werden können. Das ist eine weltweit beispiellose Regelung. Dass sich in Deutschland mit Blick auf die Bundeswehr der Be-

griff „Parlamentsarmee“ eingebürgert hat, ist insofern mehr als ein zufälliger Sprachgebrauch, sondern macht eine Verantwortung deutlich, die es in dieser Weise kein zweites Mal gibt, und derer sich der Deutsche Bundestag ganz besonders und ausdrücklich bewusst ist.

Inzwischen hat der Deutsche Bundestag mehr als ein Dutzend mal neue Aufträge für Militäreinsätze beschlossen oder alte Aufträge verlängert. Es kann kein Zweifel daran bestehen: Friedenssicherung ist eine der dringendsten und zugleich schwierigsten Aufgaben, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben. Eine der dringendsten, weil nach wie vor die Versuchung übermächtig ist, da, wo es keine hinreichenden Widerstände gibt, Interessen mit brutaler Gewaltanwendung durchzusetzen, nicht selten auch gegen die eigene Bevölkerung. Das macht Friedenssicherung als organisierte, auch militärisch gestützte Anstrengung unverzichtbar. Und gleichzeitig ist es eine der schwierigsten Aufgaben, weil die Erfolgsaussichten für militärisches Engagement mit dem Ziel der Konfliktüberwindung und der Friedenssicherung nie so schwer zu kalkulieren waren wie heute.

Natürlich haben Päpste und Bischöfe Recht, wenn sie in ihren zahlreichen Verlautbarungen zu diesem Thema immer wieder darauf hinweisen, dass eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Legitimation der Anwendung militärischer Gewalt die sorgfältige Prüfung der Frage ist, ob der Zustand, der nach Anwendung der militärischen Gewalt besteht, ein besserer ist als derjenige, den man mit eben diesem Einsatz verändern wollte. Diese Frage lässt sich viel leichter formulieren als beantworten, weil die Antwort notwendigerweise immer eine hypothetische ist. Und das macht einmal mehr die Verantwortung deutlich, die diejenigen übernehmen müssen, die eine solche Entscheidung zu treffen haben. Um so angemessener finde ich die Lage, die wir in Deutschland haben, auch wenn sie ganz gewiss nicht gemütlich ist, dass eben diese Entscheidung nicht Regierungen überlassen wird, sondern vom Parlament zu treffen ist, also von der Repräsentanz aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die – direkt oder

indirekt – die Folgen einer solchen Entscheidung mittragen müssen.

### Religion ist nicht auf dem Rückzug

**I**ch will in diesem Zusammenhang noch einmal das Thema Religion und das Thema Religionsfreiheit aufgreifen. Entgegen der weitverbreiteten Meinung nämlich, dass wir uns in einer säkularen Welt befänden, in der die Bedeutung von Religion immer mehr zurück ginge, haben wir es in Wirklichkeit mit einer Welt zu tun, in der die Bedeutung der Religion eher zu- als abnimmt und wo wir uns in dem Auf und Ab des religiösen Eifers eher in einer Phase zu befinden scheinen, in der diesmal nicht christliche, sondern andere Religionsgemeinschaften ihre Glaubensüberzeugungen mit fundamentalistischem Eifer und unter Einbeziehung von Gewalt verfolgen.

Diese Entwicklungen verdeutlichen nicht nur auf eine besondere Weise den weltweiten Stellenwert von Religion, sondern zugleich die bemerkenswerte Distanz, die es nach wie vor zu den Prinzipien gibt, die die Vereinten Nationen 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dazu notifiziert haben. Dort heißt es in Artikel 18 wörtlich: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen“.

Der Blick allein in die Fernsehnachrichten zeigt jedoch beinahe täglich, wie weit die Realität von diesem Anspruch entfernt ist, denn der religiöse Fundamentalismus, der uns dort entgegentritt, nimmt diese Freiheit für sich mit derselben Radikalität in Anspruch, mit der er sie Anders- und Nicht-gläubigen abspricht – allzu häufig mit der fanatischen Androhung oder gar Anwendung von Gewalt.

Für die alten Römer war es nicht zufällig eine zur Spruchweisheit gewordene Lebenserfahrung, dass man sich auf Kriege vorbereiten müsse, wenn man den Frieden wolle: „Si vis pacem, para bellum.“ Darin kam die Überzeugung von kriegserfahrenen

Generationen zum Ausdruck, dass die Voraussetzung für die Sicherung des eigenen Landes – nicht zuletzt auch für die Bewahrung des Friedens – die Fähigkeit ist, der Anwendung von Gewalt wirksam entgegen zu treten. Dass es in der Kirchengeschichte – unter Einbeziehung prominentester Kirchenlehrer – lange und geistreiche Ausführungen über die Bedingungen eines „gerechten Krieges“ gegeben hat, kommt uns mit Blick auf die Menschheitsgeschichte, die ich eben zu skizzieren versucht habe, ebenso schlüssig wie mit Blick auf unsere heutigen Probleme seltsam vor.

Franz Kamphaus, der langjährige große Limburger Bischof, hat bei der Vorstellung des Wortes der deutschen

Bischöfe zu diesem Thema aus dem Jahre 2000 – das unter dem Stichwort „Gerechter Friede“ vorgelegt worden ist und damit bereits in der Terminologie eine Verabschiedung gegenüber der Vorstellung von einem gerechten Krieg signalisiert hatte, auf der damaligen Pressekonferenz eben diesen lateinischen Spruch in einer verblüffenden Weise modifiziert: „Si vis pacem, para pacem.“ Wenn du Frieden willst, musst du den Frieden vorbereiten.

Während der Krieg im herkömmlichen Sinn jedenfalls in Europa unwahrscheinlicher geworden ist, wächst die Zahl gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte. Über das Gebot der Nothilfe hinaus, wenn Gegengewalt also erwartungsgemäß das erkenn-

bar kleinere Übel im Vergleich zur vorhandenen, ausgeübten Gewalt ist, müssen für ein Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen vorhanden sein und an die Risiken der Globalisierung angepasst werden. Denn offenkundig hängt das veränderte Kriegsbild eng mit der Zuspitzung sozialer Konflikte zusammen, die nicht selten kulturell und religiös aufgeladen werden. Aber wer Gewalt vorbeugen will, muss ihre Ursachen bekämpfen. Und hier sind Religion und Politik gemeinsam in der Pflicht: Gerechter Friede, und das ist mit Kamphausens Wort gemeint, ist anspruchsvoller als die bloße Abwesenheit von Krieg und Gewalt. □

#### Apostolat Militaire International (AMI)

## Der christliche Soldat als Diener eines gerechten Friedens

### Erklärung der Generalversammlung des AMI in Berlin vom Oktober 2010

#### Einleitung

1. Am Anfang des dritten Jahrtausends begann seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II. seine Botschaft zum Weltfriedenstag 2000 mit der zeitlosen Weihnachtsverkündigung der Engel „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ (Lukas 2:14). Auf der Grundlage dieser Botschaft des Heiligen Vaters untersuchte das Apostolat Militaire International (AMI), wie die tiefgründige Botschaft des Friedens und der weltweiten menschlichen Gemeinschaft am besten von in den Streitkräften der Welt dienenden Christen vorangebracht werden könnte, und veröffentlichte am 15. November 2000 in Rom eine Erklärung seiner Generalversammlung.<sup>1</sup>

2. Jede in einem von Veränderungen geprägten Umfeld formulierte Stellungnahme verliert im Laufe der Zeit an Bedeutung. Während seiner Generalversammlung im Jahr



2009 beschäftigte das AMI sich mit der Frage, welche wesentlichen Veränderungen in dem darauf folgenden Jahrzehnt (seit der letzten Erklärung im Jahr 2000, Red) stattgefunden hatten. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet und ein Zeitplan festgelegt, um auf der Grundlage der Ergebnisse eine Neufassung der vorherigen Erklärung auszuarbeiten, die dann auf der Generalversammlung 2010 in Berlin veröffentlicht werden sollte.

#### Bestimmung der Faktoren

3. Globale Phänomene – In dem Jahrzehnt hat es in zunehmendem Maße Vorzeichen hinsichtlich eines weltweiten Klimawandels sowie zahlreiche Naturkatastrophen gege-



ben, die vermutlich mit menschlichen Aktivitäten zusammenhängen. Globalisierung, die weltweite Integration von Handel und Wirtschaft, hat zu einer Vermischung von Kulturen geführt, welche die Menschheit näher an die Ideale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>2</sup> und die Zielsetzungen der modernen Kirche heranbringen könnte. Eigeninteresse und Protektionismus führen jedoch zu einer weiteren wirtschaftlichen Ungleichheit und einem beispiellosen Migrationsdruck bei den chronisch Benachteiligten. Wenngleich aufstreb-

1 Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends – Erklärung der Generalversammlung des AMI, Rom, 15. November 2000

2 Generalversammlung der Vereinten Nationen, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10. Dezember 1948, z. B. Artikel 20



bende Märkte einigen ehemaligen Industrieländern und Schwellenländern größeren Wohlstand gebracht haben, gibt es immer noch Länder, in denen die absolute Armut und die damit verbundene Verschuldung, Instabilität und Bevölkerungszunahme fortbestehen.

**4.** Säkularismus. Im Westen hat ein aggressiver Säkularismus am Ende des 20. Jahrhunderts viele der in zwei christlichen Jahrtausenden festgelegten moralischen und ethischen Normen in Frage gestellt. Es wird jedoch anerkannt, dass die Kirche als Institution sowie einzelne Christen den ethischen Normen des Evangeliums nicht gerecht geworden sind und dadurch Enttäuschung hervorgerufen und sogar zu der säkularistischen Tendenz beigetragen haben. Zehn Jahre nach dem Beginn des 21. Jahrhunderts werden die damit verbundenen und fortbestehenden Unsicherheiten inzwischen von einer Dekade gewaltiger Veränderungen hinsichtlich der weltpolitischen, religiösen und wirtschaftlichen Ordnung überlagert.

**5.** Informationstechnologie – Im Laufe des Jahrzehnts erreichte das Internet neue Dimensionen. Florierende soziale Netzwerkseiten betonten und erhöhten den Stellenwert der Individualität, Suchmaschinen machten eine beispiellose Menge an Wissen allgemein zugänglich. Gleichzeitig haben jedoch die unvermeidlichen Gefahren des World Wide Web mit ihren negativen Auswirkungen auf die Moral und Integrität zugenommen.

**6.** Weltfinanzkrise – Der virtuelle Kauf und Verkauf von Vermögenswerten zur Erzielung kurzfristiger Gewinne ermöglichte massive und ungesicherte Spekulationen mit Fremdgeld. Dieses gänzlich unseriöse Finanzgebaren, das auf persönliche Gewinne für einige skrupellose Akteure ausgerichtet war, die in einigen Fällen ganze Staaten an den Rand des Ruins gebracht haben, wurde von den nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden weder durchschaut noch eingeschränkt. Nachdem die gegenwärtige Generation das Bankensystem gerettet hat, muss sie nun die Hypothek für diese Mischung aus

Rücksichtslosigkeit und Unfähigkeit abzahlen.

**7.** Neue Kriege – Viele der heutigen bewaffneten Konflikte sind interner Natur, und in einigen Fällen hängen sie mit einem Machtverlust in schwachen oder gescheiterten Staaten, organisierter Kriminalität oder grenzüberschreitend operierenden Rebellen- und aufständischen Gruppen zusammen. Diese Konflikte sind häufig durch eskalierende Grausamkeit, Kriegsverbrechen, den Einsatz von Kindersoldaten, wirtschaftliche Ausbeutung und verzerrte politische oder religiöse Ideologien gekennzeichnet. Jede in einem derartigen Umfeld eingesetzte Friedenssicherungstruppe betritt ein undurchschaubares Labyrinth.

**8.** Terrorismus – Wenngleich der Terrorismus auch schon früher in der Geschichte weltweit Narben in Gesellschaften hinterlassen hat, hat die beispiellose Entsetzlichkeit des 2001 verübten Anschlags auf die beiden Türme des World Trade Centers ein verwerfliches Fundament gelegt, auf das zahlreiche Terroristen in den folgenden Jahren des Jahrzehnts aufbauen wollten. Der Vorfall löste einen militärischen und ideologischen Konflikt aus, wobei eine drastische Zunahme der grenzüberschreitend, aber nicht primär zwischen Staaten stattfindenden asymmetrischen Kriegführung erfolgte. Dies hat zu einer immensen Beschädigung des internationalen Zusammenhalts, einem tragischen fortwährenden Verlust von Menschenleben und verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen geführt.

#### Bestimmung der Folgen für den christlichen Soldaten

**9.** Die durch die destabilisierenden Ereignisse des Jahrzehnts akzentuierte postmoderne Lebensanschauung hat das Vertrauen in bestehende religiöse und philosophische Normen weiter verringert. Die Loyalität zu einem Korps, einer Sache oder einem Land und die Akzeptanz der militärischen Disziplin sind heute schwerer zu etablieren. Umgekehrt kann eine Gesellschaft mit einer gesunden Machtskepsis an sich eine subtile Form der Konfliktverhütung sein,

indem die Menschen nicht so schnell bereit sind, auf Konfrontation ausgehenden Politikern zu folgen.

**10.** Abgesehen von den zunehmenden Unsicherheiten in der Zivilgesellschaft, besteht für das Militär eine erhebliche Kluft zwischen dem politischen Prozess und der praktischen Durchführung von Einsätzen. Obwohl die Soldaten die Gefahr des Todes, einer Verwundung und eines Langzeittraumas auf sich nehmen, müssen sie ihren Auftrag mit Mitteln erfüllen, die nicht mit den wechselnden Anforderungen des Einsatzes Schritt halten. Es geht häufig nur langsam voran und Abzugsstrategien sind mangelhaft definiert.

**11.** Christliche Soldaten, die sich in multinationalen Streitkräften im aktiven Dienst befinden, sollen interkulturelle Kompetenz und moralische Integrität beweisen, stehen den politischen Initiativen, die dem Einsatz zugrunde liegen, jedoch möglicherweise zunehmend distanziert und zweifelnd gegenüber. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein militärischer Einsatz allein eine komplexe Krise nicht lösen kann oder wenn eine Intervention als Führen eines „Heiligen Krieges“ missverstanden werden kann.

**12.** Zwar entscheiden Soldaten nicht über strategische Ziele, aber die taktische Umsetzung des politischen Willens obliegt möglicherweise militärischen Führern, die für die Folgen von Handlungen der Truppe im Feld, jedoch nicht für die moralische Rechtfertigung des Einsatzes verantwortlich gemacht werden können. Ebenso wenig können Militärseelsorger als moralische Schiedsrichter hinsichtlich eines Einsatzes oder seiner Folgen fungieren, wenngleich sie möglicherweise die einzigen sind, die eine unabhängige moralische, ethische und geistliche Beratung anbieten und Trost spenden können, wenn ein Truppenteil oder einzelne Personen vor operativen Dilemmata und nicht zu beantwortenden Fragen stehen.

**13.** Während ein einzelner Soldat sich seinem Glauben ent-

sprechend verhalten kann, muss ethische und moralische Kompetenz den unbestrittenen Mut und die Fähigkeiten ergänzen, mit denen Soldaten sich in Konflikt- und Spannungsbereiche begeben. Staaten, deren historische christliche Traditionen sich schnell verflüchtigen, stehen in höherem Maße unter moralischer Beobachtung als jemals zuvor, wenn sie Kräfte in feindliche Einsatzgebiete entsenden oder versuchen, in einem durch zugrunde liegende Ungerechtigkeit oder fest verwurzelte gegensätzliche Positionen gekennzeichneten Umfeld einen brüchigen Frieden zu sichern. Die Rechtmäßigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte werden ständig überprüft.

**14.** Der christliche Soldat, der dem von seiner Gesellschaft ausgehenden Druck ausgesetzt und im Strudel der jüngsten Ereignisse gefangen ist, benötigt einige Wegpunkte, um seine Einstellung zum Dienst zu definieren und seinen Beitrag zu einem gerechten Frieden zu leisten. In den vorstehenden Abschnitten wurde die gegenwärtige Lage behandelt. In den folgenden Abschnitten werden Ratschläge hinsichtlich der Aufgaben von Christen als Soldaten gegeben.

#### Verständnis der Perspektive

**15.** In jeder christlichen Diskussion über den Krieg muss die bestimmende Perspektive der Frieden sein, ein Frieden, dessen Grundlage auf Achtung der Menschenwürde basierende Gerechtigkeit ist und der den Weg für eine universelle Brüderlichkeit ebnet. Das Neue Testament verkündet eine zeitlose Botschaft vom Frieden auf Erden: „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ (Lukas 2:14). In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“<sup>3</sup>

**16.** Seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II. erklärte au-

ßerdem Folgendes: „Der Einsatz zum Aufbau von Frieden und Gerechtigkeit ist für die katholischen Christen daher keine nebensächliche, sondern eine wesentliche Aufgabe, der sie mit Offenheit gegenüber den Brüdern und Schwestern der anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, gegenüber den Gläubigen anderer Religionen und gegenüber allen Männern und Frauen guten Willens, mit denen sie dieselbe Sorge um Frieden und Brüderlichkeit teilen, nachkommen sollen.“<sup>4</sup>

**17.** In der gesamten Geschichte des christlichen Denkens wurde stets betont, dass der Friede das Ziel des Militärs sein muss. Der Heilige Augustinus von Hippo sagte: „Der Wille muss stets den Frieden wollen. Krieg sollte nur aus Not geführt werden, und nur zu dem Zweck, dass Gott die Menschen aus der Not errettet und sie in Frieden bewahrt. Denn man sucht nicht den Frieden, damit der Krieg entsteht, sondern man führt den Krieg, damit der Friede errungen wird. Sei deshalb, auch wenn du Krieg führst, ein Friedensstifter.“<sup>5</sup>

**18.** Frieden als letztlisches Ziel des politischen und militärischen Handelns ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Von einem christlichen Standpunkt aus ist Frieden ein Geschenk, die Vollständigkeit des Lebens, die Gott uns versprochen hat. In seinem biblischen Kontext wird der Frieden stets mit dem Streben nach dem Gemeinwohl und nach Gerechtigkeit für alle in Verbindung gebracht. Der Wahlspruch von Papst Pius XII. war „Opus iustitiae pax“, „Das Werk der Gerechtigkeit ist Frieden“. Papst Johannes Paul II. fügte den Begriff der Solidarität hinzu „Opus solidaritatis pax“, der Friede als Frucht der Solidarität, und verband die beiden Begriffe in dem Leitspruch „Opus iustitiae et solidaritatis pax“, der Friede als Werk der Gerechtigkeit und der Solidarität. Beides ist notwendig, wenn aus der Menschheit

eine Weltgemeinschaft werden soll, die miteinander leben kann.

**19.** In der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils steht daher Folgendes: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“<sup>6</sup>

#### Schritte zur Förderung des Friedens

**20.** Der erste Schritt zur Förderung des Friedens besteht deshalb darin, die moralischen Schranken unserer bestimmenden Grundsätze für die Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt einzuhalten und strikt zu beachten, wenn Kampfhandlungen möglich erscheinen sowie während und unmittelbar nach der Beteiligung an einem Konflikt. Die katholische Lehre betont, dass militärische Maßnahmen nur der letzte Ausweg sein sollten, wenn alle friedlichen Mittel sich als erfolglos erwiesen haben. Weitere Kriterien eines gerechten Friedens sind eine rechtmäßige Begründung und Befugnis, die Aussicht auf Erfolg und das Vorhandensein eines gerechten politischen Konzeptes, das für alle Konfliktparteien annehmbar ist. Zivilpersonen sind zu schützen, militärische Mittel müssen gemäß den Grundsätzen der militärischen Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Unterscheidung und Menschlichkeit eingesetzt werden. Soldaten sind auf jeder Hierarchieebene für ihre Handlungen während militärischer Einsätze verantwortlich. Zu den für einen gerechten Frieden nach einem Konflikt zu erfüllenden Verpflichtungen zählen die Beteiligung am Wiederaufbau, die Einhaltung von Friedensverträgen und internationalen Abkommen sowie Dialog und Versöhnung.

**21.** Unser Engagement für diese moralischen Kriterien muss mit einer ständigen Weiterentwicklung hinsichtlich des humanitären Völkerrechtes und einer Förderung

3 Generalversammlung der Vereinten Nationen, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10. Dezember 1948, Artikel 1

4 Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Johannes II. zur Feier des Weltfriedenstages, 1. Januar 2000, Absatz 20

5 Hl. Augustinus, Brief an Bonifatius, Epistel 189, 6

6 Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, Gaudium et Spes, verkündet von Seiner Heiligkeit Papst Paul VI., 7. Dezember 1965, Absatz 79

der für einen gerechten Frieden erforderlichen Institutionen verbunden werden. Die Entstehung eines asymmetrischen Konfliktes, in dem möglicherweise nur eine Seite moralische und rechtliche Beschränkungen einhält, entbindet uns nicht von der Verpflichtung, an humanitären moralischen Grundsätzen festzuhalten, die fest in der christlichen Ethik verwurzelt sind.

**22.** Der zweite Schritt zur Förderung des Friedens ist deshalb ein gründlicher Dialog, um diese Kriterien des gerechten Friedens zu verbessern und ihnen in unserer heutigen Situation mehr Gewicht zu verleihen.

**23.** Auf der Generalversammlung des AMI von 2009 deuteten Diskussionen darauf hin, dass die auf prominente Personen konzentrierten gesellschaftlichen Einstellungen des letzten Jahrzehnts die Tendenz verstärkt haben, die aggressive Selbstbehauptung als erstrebenswerte Eigenschaft zu betrachten. In wesentlichen Teilen der modernen Gesellschaft wird das christliche Vorbild damit umgekehrt, und eine Grundursache von Konflikten findet so schleichend Eingang in unsere Kulturen.

**24.** Der dritte Schritt zur Förderung des Friedens besteht deshalb in der Erkenntnis, dass die Saat der Feindseligkeit uns allen innewohnt und selbst in der edelsten Seele ruht. Jegliches Streben nach Frieden und Brüderlichkeit muss deshalb im Herzen jedes Einzelnen beginnen, indem die Saat des Friedens gepflegt und die Wurzeln der Unzufriedenheit bekämpft werden.

**25.** Es gibt noch viele andere Konfliktursachen. Es werden weiterhin Kriege geführt, in denen es um die historische Identität, politische oder religiöse Dogmen, Gebiete, Ressourcen Ungerechtigkeit, menschliche Bedürfnisse und Menschenrechte geht und die aggressive oder defensive Motive haben können. Je grundsätzlicher die entgegengesetzten Positionen sind, desto weniger Spielraum besteht für eine gegenseitige Verständigung und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von nicht

zu kontrollierenden Feindseligkeiten und unablässiger Unmenschlichkeit. Die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts setzten Millionen von Menschen einem dogmatischen, atheistischen Gemetzel aus, und die Kirche war in der Vergangenheit an Gewalt im Namen Gottes beteiligt, die heute von Christen aller Glaubensrichtungen abgelehnt würde.

**26.** Der vierte Schritt zur Förderung des Friedens besteht deshalb in der Bereitschaft, andere Sichtweisen nachzuvollziehen und zu akzeptieren und negative Stereotype hinsichtlich fremder Kulturen zu vermeiden, was in hohem Maße mit dem auf der Generalversammlung des AMI von 2009 behandelten Thema der interkulturellen Kompetenz zusammenhängt.

**27.** Das sprunghafte Bevölkerungswachstum, die Polarisierung der religiösen Extreme, die anhaltende globale Erwärmung, die zunehmend ungleiche Verteilung des Wohlstandes und die schnelle Verringerung der natürlichen Ressourcen können allein oder zusammen Konflikte geringer Intensität verursachen, die schwache Staaten zum Scheitern bringen und schnell eskalieren können, wenn aufständische Opportunisten ein dadurch entstandenes politisches Vakuum füllen. Die Gefahren werden noch erhöht, wenn das Risiko besteht, dass chemische, biologische oder atomare Waffen sich außerhalb der Kontrolle stabiler Regierungen befinden.

**28.** Der fünfte Schritt zur Förderung des Friedens besteht deshalb in einer, vorzugsweise durch die VN autorisierten, internationalen Vermittlung oder Intervention, zur Befriedung instabiler Situationen, wobei die Rolle von militärischen Kräften über den herkömmlichen Rahmen der Landesverteidigung und Bündnisaufgaben hinausgeht.

**29.** Dies erfordert einen umfassenden Ansatz, in den mit diplomatischen, militärischen, zivilen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten befasste

Stellen einbezogen werden. Die militärische Intervention ist in diesem Zusammenhang eine anspruchsvolle Aufgabe und muss sorgfältig vorbereitet und mit einer angemessenen Ausrüstung durchgeführt werden und schnell zu einer gerechten Einigung führen, an der die Einheimischen den größten Anteil haben.

**30.** Das Verständnis der Ursache und Art eines Konfliktes bewirkt an sich noch keine Lösung. Die Prävention besteht in der Identifizierung latenter Feindseligkeiten, bevor die Eskalation von einer niedrigen zu einer hohen Intensität und schließlich zu uferloser Gewalt fortschreitet. Am Anfang des Konfliktkreislaufts<sup>7</sup> gibt es mehrere Optionen. Dies erfordert eine vorausschauende Vorgehensweise, bei der die politischen und diplomatischen Antennen so ausgerichtet sind, dass die Signale von drohender Gewalt empfangen werden, und geeignete Kräfte und Mittel für den Eventualfall bereitstehen, um durch Vermittlung oder Intervention reagieren zu können.

**31.** Theoretisch erkennt das Völkerrecht nur drei Rechtfertigungsgründe für die Kriegführung an: Selbstverteidigung, Verteidigung eines Bündnispartners oder im Rahmen einer VN-Sanktion. Wenngleich militärische Koalitionskräfte in der Vergangenheit häufig zu VN-geführten Interventionen ermächtigt wurden, um als Beobachter zu fungieren und eine Schutzzone zwischen kriegführenden Parteien einzurichten, haben die Turbulenzen des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends zunehmend durchsetzungsfähigere Einsätze erforderlich gemacht. Nationale Politiker und militärische Führer werden die nationalen Verteidigungsinteressen immer im Auge behalten, aber der Einsatz von militärischen Kräften ist heute stärker auf internationale Friedenssicherung als auf herkömmliche Verteidigung oder die nationale Machtprojektion ausgerichtet. In diesem turbulenten und komplexen Umfeld muss sich der Soldat von heute sowohl moralisch als auch militärisch bewegen!

<sup>7</sup> Safterworld, LU 04.03, The Conflict Cycle, 2004



**32.** Professor Gustav Däniker prägte 1992 nach dem Golfkrieg von 1991 den Begriff des „miles protector“ und fasste die neuen Aufgaben des Soldaten der Zukunft mit den Worten „Schützen, Helfen, Retten“ zusammen.<sup>8</sup> Der Soldat, dessen Kernaufgabe der Kampf ist, bleibt stets anpassungsfähig, und von einigen bedauerlichen Ausnahmen abgesehen, hat er sein Repertoire um diese gemischte Funktion erweitert, wenn auch zunächst eher intuitiv als aufgrund einer entsprechenden Ausbildung. Ein Soldat, sei es nun ein einfacher Gefreiter oder ein General, der Wertschätzung für die christliche Ethik oder sogar eine persönliche Bindung zum Christentum empfindet, kann eine derartige Erweiterung möglicherweise besser bewältigen. In dieser Hinsicht stimmen die historischen katholischen, orthodoxen und protestantischen Einschätzungen überein.

- Papst Johannes Paul II. (anlässlich des Weltfriedenstages am 1. Januar 2000): „Wenn die Zivilbevölkerung Gefahr läuft, unter den Schlägen eines ungerechten Angreifers zu erliegen, und die Anstrengungen der Politik und die Mittel gewaltloser Verteidigung nichts fruchteten, ist es offensichtlich legitim und sogar geboten, sich mit konkreten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors einzusetzen.“<sup>9</sup>
- St. Kyrill (Lehre der Russisch-Orthodoxen Kirche zu Krieg und Frieden, Erzpriester Vater Konstantin Tatarintsev): „Wir erdulden edelmütig gegen uns als Privatpersonen gerichtete Angriffe, aber in Gesellschaft verteidigen wir einander und geben unser Leben im Kampf für unsere Nachbarn.“<sup>10</sup>
- Martin Luther: „Das Schwert soll kein Christ für sich und seine Sache führen oder anrufen; dagegen für einen andern kann und soll er's führen und anrufen, damit

dem bösen Wesen gesteuert und die Rechtschaffenheit geschützt wird.“<sup>11</sup>

**33.** Das Paradoxon, wirksam zu kämpfen und gleichzeitig die Menschenrechte und die Menschenwürde zu verteidigen, bleibt bestehen. Auf der 2002 abgehaltenen Konferenz des Institutes für Religion und Frieden des Österreichischen Militärordinariates wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass das Dilemma durch einen zunehmenden Rückgriff auf hoch entwickelte aber nur in geringem Maße unterscheidende Cyberwaffen verschärft werde.<sup>12</sup> Es lässt sich jedoch verringern, wenn von gut ausgebildeten Soldaten rechtzeitig durchgeführte militärische Maßnahmen von einer instinktiven moralischen Reaktion begleitet werden.

**34.** Die Koalitionsbildung zwischen internationalen Streitkräften, einheimischen Sicherheitskräften und zivilen Institutionen stellt eine ethische und ethnische Herausforderung dar, die parallel zu den Prozessen der Friedensschaffung, Friedenserhaltung, Wiederherstellung und des Wiederaufbaus in Angriff genommen werden muss.

**35.** Der sechste Schritt zur Förderung des Friedens besteht deshalb in einer zweckmäßigen Ausbildung und Einweisung der Einsatzkräfte hinsichtlich der in einem möglichen Einsatzgebiet herrschenden kulturellen Gegebenheiten. Eine derartige Einweisung ist ebenso wichtig im Hinblick auf die am Einsatz beteiligten Bündnispartner, die einheimische Bevölkerung und mögliche Gegner.

**36.** Die Kirche hat wiederholt auf die Menschenwürde hingewiesen und ihre Allgemeingültigkeit für alle Kulturen als unverzichtbare Voraussetzung für Gerechtigkeit und

Frieden unterstrichen. Papst Benedikt XVI. (Nikosia, 05. Juni 2010) betont den besonderen Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden: „Andererseits schützen und fördern wir die Menschenwürde, indem wir das Recht der Person und der Völker achten. Wenn die politischen Ziele, die wir unterstützen, im Einklang mit dem Naturrecht umgesetzt werden, das unserem gemeinsamen Menschsein eigen ist, dann wird unser Handeln vernünftiger und führt zu einem Klima des Verstehens, der Gerechtigkeit und des Friedens.“<sup>13</sup> Papst Johannes Paul II. äußerte sich wie folgt über Soldaten und ihre Verantwortung für das höchste menschliche Gut: „Lernt vom Kreuze Christi und von seiner Hingabe, um den Menschen und Eurem Volk wahrhaft dienen zu können!“<sup>14</sup>

**37.** In den meisten simulierten Szenarien gibt es eine „Musterlösung“, das „Hollywood-Happy-End“. In der Realität laufen viele Entscheidungen im Einsatz auf eine Wahl zwischen verschiedenen Übeln hinaus, bei der dem militärischen Führer, für den Zögern tödlich sein kann, bewusst ist, dass seine Beurteilung in langwierigen Rechtsverfahren und Medienanalysen einer hartnäckigen Prüfung unterzogen werden könnte. Unabhängig davon, wie stark seine Hingabe zum Soldatenberuf oder seine Glaubenstreue ist, wird ein Offizier, der vor dem Einsatz nicht entsprechend vorbereitet wurde und danach keine Unterstützung erfährt, dauerhafte psychische Narben zurückbehalten, wenn er mit einem derartigen Dilemma konfrontiert wird.

**38.** Der siebente Schritt zur Förderung des Friedens konzentriert sich daher auf die Einsatzvorbereitung mit einer loyalen Unterstützung derjenigen, die zwischen operativen Alternativen entscheiden müssen, deren Folgen allesamt tragisch sein

8 Cf. Gustav Däniker, Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte, Frankfurt am Main 1992, 170f

9 Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Johannes II. zur Feier des Weltfriedenstages, 1. Januar 2000, Absatz 11

10 Lehre der Russisch-Orthodoxen Kirche – Erzpriester Vater Konstantin Tatarintsev, Krieg und Frieden, Absatz VIII.2

11 Von weltlicher Obrigkeit und Wieweit man ihr Gehorsam schuldig sei – Brief an Kurfürst Johann, Herzog von Sachsen, Martin Luther, Wittenberg, 1. Januar 1523

12 „Das Ethische Profil des Soldaten vor der Herausforderung einer Kultur des Friedens“ Konferenz des Institutes für Religion und Frieden des Österreichischen Militärordinariates, 9. Oktober 2002

13 Apostolische Reise nach Zypern – Begegnung mit den zivilen Autoritäten und dem Diplomatischen Korps, Ansprache Seiner Heiligkeit Benedikt XVI., 5. Juni 2010

14 Grußbotschaft von Papst Johannes Paul II. an die Militärangehörigen anlässlich ihrer Messe zum Internationalen Jubiläum, 8. April 1984

können. Diejenigen, die eine derartige Verantwortung zu tragen haben dürfen von den Vorgesetzten, die sie solchen moralisch zweifelhaften Situationen aussetzen, niemals im Stich gelassen werden.

### Richtlinien für den christlichen Soldaten

**39.** Die folgenden Richtlinien sollten das Selbstverständnis und das Verhalten aller christlichen Soldaten von heute prägen, insbesondere derjenigen mit Führungs- und Ausbildungsverantwortung:

- Tief verwurzelter Glaube – Wir sind bestrebt, nach den christlichen Geboten zu leben und uns zu unserem Glauben an Jesus Christus, unserer Zugehörigkeit zu seiner Kirche und unserer Solidarität mit anderen bekennenden Christen zu bekennen und zur Kirche unter den Soldaten beizutragen. Wir glauben sowohl an die Religionsfreiheit als auch an die Unterstützung der Religion in den Streitkräften weltweit.
- Moralisches Engagement – Bei der Ausübung unseres Dienstes erkennen wir die rechtmäßigen Befugnisse unseres jeweiligen Staates sowie der für die Verteidigungspolitik maßgeblichen Bündnisse an. Wir erkennen außerdem an, dass wir nicht nur einer übergeordneten Ebene unterstehen, sondern dass uns auch Befugnisse über andere übertragen werden können. Unser Handeln ist an nationale und internationale Rechtsvorschriften und Übereinkommen gebunden und unterliegt den aus unseren ethischen Maßstäben resultierenden moralischen Normen. Ein Befehl muss von einer rechtmäßig befugten Stelle erteilt werden und an sich rechtmäßig und moralisch gerechtfertigt sein. Gehorsam setzt daher Rechtmäßigkeit voraus. Der Soldat sollte genug Vertrauen zu seinem Glauben und Gewissen haben, um als rechtswidrig oder ungerecht angesehenen Befehlen zu widersprechen, seinen Standpunkt zu verteidigen und mit den Konsequenzen einer Rechtfertigung oder Verurteilung zu leben.
- Politisches Bewusstsein – Wir unterstützen Demokratie, Men-

schenrechte und Rechtsstaatlichkeit und beteiligen uns aktiv am demokratischen Prozess, wobei wir uns innerhalb der Grenzen unseres Soldatenberufes bewegen, in dem häufig eine neutrale Haltung eingenommen werden muss. Gleichwohl versuchen wir, eine selbstbewusste und informierte Präsenz im gesellschaftlichen Leben zu zeigen, wo unser christliches Beispiel die Qualität des Gemeinschaftslebens verbessern und anderen das christliche Evangelium näher bringen kann.

- Fachliche Befähigung – Wir ermutigen zu einem gewissenhaften Dienst von der Grundausbildung bis zum aktiven Einsatz aller Dienstgrade. Wir befürworten eine sorgfältige Erstausswahl und anschließende Förderung von Personal, um sicherzustellen, dass anfangs vorhandenes Potential zu einer nachgewiesenen Befähigung entwickelt wird.
- Gewissenhafter Dienst – Wir stehen zu unserem Treuegelöbnis, dem zufolge wir unsere Pflichten gegenüber unserem jeweiligen Land, die Treuepflicht gegenüber unseren Kameraden und unsere Verpflichtungen gegenüber der Menschheit integer und nach besten Kräften erfüllen werden. Derartige Verpflichtungen können zur Folge haben, dass der Soldat seine Familie in einer schwierigen Lage verlassen muss. Wir erwarten daher, dass die zuständigen Stellen genauso gewissenhaft sind, wenn es darum geht, den in der Heimat verbliebenen Angehörigen des Soldaten seelsorgerische und soziale Betreuung anzubieten.
- Verpflichtung zum Frieden – Indem wir zu den Waffen greifen, haben wir uns paradoxerweise in den Dienst des Friedens gestellt. Hier sei noch einmal an St. Augustinus erinnert: „Denn man sucht nicht den Frieden, damit der Krieg entsteht, sondern man führt den Krieg, damit der Friede errungen wird. Sei deshalb, auch wenn du Krieg führst, ein Friedensstifter.“<sup>15</sup> Wir sind

15 Hl. Augustinus, Brief an Bonifatius, Epistel 209, 2

verpflichtet, den in der Vergangenheit gewonnenen und den in der Gegenwart genossenen Frieden zu bewahren und dort, wo es Streitigkeiten gibt, Frieden zu schaffen und zu sichern, damit der Frieden in der Zukunft genossen werden kann. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Menschenwürde und die Menschenrechte dort wiederhergestellt werden können, wo sie außer Kraft gesetzt wurden, und dort gefördert werden, wo sie geschwächt sind.

- Streben nach Zusammenarbeit – Wir bemühen uns um einen Dialog und Zusammenarbeit mit diplomatischen, politischen, zivilen und sozialen Dienststellen, um die Ziele des Friedens in Übereinstimmung mit unserem Glauben sowohl innerhalb als auch jenseits nationaler Grenzen zu fördern. Wir erkennen die Synergie zwischen einer zugrunde liegenden Lebensphilosophie und den nationalen und internationalen Instrumenten zur Förderung von Frieden und Harmonie an. Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit Militärseelsorgern anderer Länder und Konfessionen sowie mit Vertretern anderer einschlägiger Berufe, um die geistige Kraft und psychische Belastbarkeit zu entwickeln und zu erhalten, die zur Erfüllung der mit den heutigen Einsätzen verbundenen menschlichen und moralischen Anforderungen erforderlich ist.
- Ökumenische Einstellung – Wir stehen zu den ökumenischen Idealen und streben nach dem Geist der Einheit, um das, was die christlichen Konfessionen trennt, zu überwinden und uns auf Gemeinsamkeiten, anstatt auf Trennendes zu konzentrieren. Außerdem respektieren wir andere Religionen und bemühen uns nach Kräften um einen Dialog und Zusammenarbeit mit Menschen, die guten Willens sind.

### Empfehlungen

**40.** In diesem Dokument wurden Schritte aufgeführt, die dem Frieden dienen und dem christlichen Soldaten seinen Beitrag dazu verdeut-

lichen. Diese Schritte lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Einhaltung der moralischen Schranken, denen unsere bestimmenden Grundsätze für die Beteiligung an einem Konflikt unterliegen, und strikte Beachtung dieser Beschränkungen, wenn Kampfhandlungen möglich erscheinen sowie während und unmittelbar nach der Beteiligung an einem Konflikt. (Absatz 20)
- Der Eintritt in einen gründlichen Dialog, um die Kriterien des gerechten Friedens zu verbessern und ihnen in unserer gegenwärtigen Situation mehr Gewicht zu verleihen. (Absatz 22)
- Die Erkenntnis, dass die Saat der Feindseligkeit uns allen innewohnt und selbst in der edelsten Seele ruht. Jegliches Streben nach Frieden und Brüderlichkeit muss deshalb im Herzen des Einzelnen beginnen, indem die Saat des Friedens gepflegt und die Wurzeln der Unzufriedenheit bekämpft werden. (Absatz 24)
- Die Bereitschaft, andere Sichtweisen nachzuvollziehen und zu akzeptieren und negative Stereotype hinsichtlich fremder Kulturen zu vermeiden. (Absatz 26)
- Auf Erkenntnisse gestützte, durch die VN autorisierte Vermittlung oder Intervention zur Befriedung instabiler Situationen, wobei die Rolle von militärischen Kräften über den herkömmlichen Rahmen der Landesverteidigung und Bündnisaufgaben hinausgeht. Die militärische Intervention muss angemessen unterstützt werden und schnell zu einer gerechten Einigung führen, an der die Einheimischen den größten Anteil haben. (Absatz 28)
- Eine zweckmäßige Ausbildung und Einweisung der Einsatzkräfte hinsichtlich der in einem möglichen Einsatzgebiet herrschenden kulturellen Gegebenheiten. Eine derartige Einweisung ist ebenso wichtig im Hinblick auf die am Einsatz beteiligten Bündnispartner, die einheimische Bevölkerung und mögliche Gegner. (Absatz 35)
- Gezielte Einsatzvorbereitung mit einer loyalen Unterstützung derjenigen, die zwischen operativen Alternativen entscheiden müssen, deren Folgen allesamt tragisch sein können. (Absatz 38)

### Schlussfolgerungen

**4.1.** In dem vorliegenden Dokument hat das AMI sich mit der Frage beschäftigt, worin eine christliche Antwort auf die Komplexität heutiger Konflikte für Soldaten bestehen kann. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Eine solche oberflächliche Definition würde diejenigen, die nicht über das zum Leben Notwendige verfügen oder unter Ungerechtigkeit leiden, nicht zufrieden stellen. Konflikte können durch eine starke militärische Präsenz unterdrückt werden. Ein gerechter Frieden an sich kann jedoch nicht mit Waffengewalt erzwungen werden, da er durch die Erzwingung gebrochen wird. Soldaten können den Weg freiräumen, der zum Frieden führt, damit andere ihn sicher beschreiten können. Unser Beitrag besteht deshalb darin, politischen, diplomatischen und zivilen Dienststellen den Weg zu ebnet und zu sichern, damit gemeinsam Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit hergestellt werden können. Während wir diesen wichtigen Grundsätzen Loyalität schulden, sind wir uns gleichzeitig bewusst, dass wir bei der Ausübung unserer Dienstpflicht im Hinblick auf Ehrlichkeit und Integrität auch dem Friedensfürsten verpflichtet sind. □

## 33. Evangelischer Kirchentag

# „...da wird auch dein Herz sein“

VON RAINER ZINK

### Eröffnungsgottesdienst

Dieser Teilsatz aus dem Matthäus-Evangelium (Matthäus 6,21) stand als Motto über dem 33. Evangelischen Kirchentag vom 1. bis 5. Juni 2011 in Dresden. Er stammt aus der Bergpredigt Jesu. Jesus warnt seine Zuhörer davor, sich durch Geld, Macht oder Besitz „Schätze auf Erden zu sammeln, wo sie die Motten und der Rost fressen und wo Diebe einbrechen und stehlen.“ Vielmehr komme es darauf an, „Schätze im Himmel“ zu sammeln: „Denn wo dein Schatz ist, wird auch dein Herz sein.“ Der wahre Reichtum ist damit der Reichtum des Glaubens, des Vertrauens auf Gott.

Nahezu 100.000 Menschen haben am 01. Juni 2011 den Beginn des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dresden erlebt. Das Christentreffen wurde am Abend mit drei Gottesdiensten eröffnet. Am Königsufer versammelten sich rund 55.000 Menschen, um den Start des Kirchentags zu feiern. Dort nahmen auch Bundespräsident Christian Wulff und der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich am Gottesdienst teil. Landesbischof Jochen Bohl von der gastgebenden Evangelischen Landeskirche Sachsen hielt die Predigt. Er warnte dabei von

der unermüdlichen Jagd nach Geld und der „Geiz ist geil“-Mentalität. Die Losung des Kirchentages „...da wird auch dein Herz sein“ sei in diesen Zeiten aktuell, betonte er. Sie setze Gott ins Recht. „Nicht Geld regiert die Welt, uns nicht“, hob Bohl hervor. „Freie Christenmenschen“ vertrauten auf Gott.

„Der Kirchentag ist in Ostdeutschland angekommen“, stellte die Kirchentagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt schon am Mittag fest und die Beteiligung übertreffe alle Erwartungen, denn knapp 118.000 Menschen hätten sich für die fünf Tage in Dresden angemeldet. „Der Kirchen-



tag stehe buchstäblich im Zentrum des Zeitgeschehens“ so die Präsidentin und nannte als Beispiel dafür die Diskussion um den Ausstieg aus der Atomenergie.

Landesbischof Bohl sprach die Hoffnung aus, dass der Kirchentag auch Menschen anspreche, die keine Christen seien, denn schon vor Beginn des Treffens seien solche Effekte spürbar gewesen. Bundespräsident Christian Wulff griff diese Gedanken auf und sagte am Elbufer, es gehe nicht darum, in der Mehrheit zu sein, sondern es gehe darum, überzeugt zu sein.



*Bild 1: Der Evangelische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Dr. Martin Dutzmann (Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche) bei seiner Predigt während des Friedensgottesdienstes im Exerzierhaus an der Offizierschule des Heeres in Dresden*

Am Abend schlenderten über 300.000 Menschen in fröhlicher Kirchentagsstimmung über die Straßen und Plätze der sächsischen Landeshauptstadt zwischen Frauenkirche und Kreuzkirche, Alt- und Neumarkt, über die Brühlschen Terrassen und die Elbwiesen. Von verschiedenen Bühnen erklang Musik von Gospel über Pop und Jazz bis zur Klassik. Gegen 22.00 Uhr versammelten sich weit mehr als 100.000 Menschen mit

Kerzen an beiden Ufern der Elbe und erlebten eine einzigartige Inszenierung aus Licht und Klang. Mehr als 2.200 Veranstaltungen standen insgesamt im Programm des Kirchentags, von Bibelarbeiten und Gottesdiensten über Podiumsdiskussionen bis hin zu Foren und dem Markt der Möglichkeiten.

#### **Interreligiöser Gottesdienst zum Thema Spiritualität und Weltverantwortung**

Am 02.06.2011 fand in der Heilig-Geist-Kirche in Dresden ein Gottesdienst mit internationalem Erfahrungsaustausch zwischen Christentum und Buddhismus zu Glauben, Gerechtigkeit und Frieden statt (*Bild 1*). Die Gestaltung oblag der Presbyterianischen Kirche in Taiwan (PCT). Mit dem Einzug des taiwanesischen Chors sollte diese Heilige Messe beginnen. Danach folgte die Begrüßung vor dem Gottesdienst, die von der Moderatorin, Pastorin Wang von der PCT theologische Fakultät durchgeführt wurde. Die Ansprache hielt der Ratsvorsitzende der PCT, Pastor Shih, Lien-Cheng. Im Anschluss wurden durch Pastorin Wang die Gäste vorgestellt: Pater Dr. Anselm Grün OSB aus Münsterschwarzach, Zenmeisterin Shi Chao-Hwei aus Taipei/Taiwan, Pfarrer Christian Führer aus Leipzig sowie Pastor Chang, Te-Chien, der Generalsekretär PCT waren die hochrangigen Gäste, die diesen Gottesdienst zelebrieren sollten. Pater Anselm eröffnete den Gottesdienst, indem er das Kreuz als universales Heilzeichen schon vor Jesus Christus, als Zeichen, dass alle Gegensätze in Gott eins sind, erwähnte. Er erklärte ferner die Gebärde des Kreuzzeichens und führte es mit allen Kirchengängern gemeinsam durch. Im Gebet lobpreiste Pfarrer Führer für Gerechtigkeit und Frieden im Bezug auf den Text „Schwerer zu Pflugscharen“ und zündete dazu alle Kerzen auf den Altar an.

Die Lesung wurde von Pastorin Wang übernommen mit den Worten: „Und wenn ihr betet, sollt ihr nicht sein wie die Heuchler, die gern in den Synagogen und an den Straßenecken stehen und beten, damit sie von den Leuten gesehen werden. Wahrlich, ich sage euch: Sie haben ihren Lohn schon gehabt. Wenn du aber betest, so gehe in dein Kämmerlein und schließe die

Türe zu und bete zu deinem Vater, der im Verborgenen ist; und dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird es dir vergelten. Und wenn ihr betet, sollt ihr nicht viel plappern wie die Heiden, denn sie meinen, sie werden erhört, wenn sie viele Worte machen. Darum sollt ihr ihnen nicht gleichen. Denn euer Vater weiß, was ihr bedürft, bevor ihr ihn bittet. Darum sollt ihr beten.“ Gemeinsam wurde somit das „Vater unser“ gebetet und am Ende der Lesung wurde durch Pater Anselm und Pastor Chang eine kurze Auslegung der Lesung dargestellt.

Die Predigt wurde danach in zwei Abschnitten vorgenommen. Der erste Teil wurde von Pater Anselm und der Zenmeisterin Chao-hwei wahrgenommen. Dabei ging es um den Dialog über die mystische Dimension des Glaubens und des Buddhismus, wobei im Einzelnen folgende Themen behandelt wurden: Meditation und Kontemplation im Buddhismus und Christentum, Mystik und Verantwortung für die Welt und zum Schluss Meditation im Stil des Zen und Gebetsgebärde.

Bei dieser Zenmeditation wurde schließlich in der Vorbereitung durch die Zenmeisterin eine Barmherzigkeitsmeditation durchgeführt und im Anschluss daran wurde im Rahmen der Einübung speziell auf die Barmherzigkeit eingegangen. Den zweiten Abschnitt der Predigt zelebrierten Pastor Chang und Pfarrer Führer. Dabei wurde thematisiert der Dialog über die Erfahrungen und Herausforderungen von Kampf und Gerechtigkeit und Frieden in der DDR und in Taiwan, hier insbesondere:

- Wie die Kirche als Schutzburg und Kämpfer für Menschen eintritt, die von politisch Mächtigen unterdrückt sind, am Beispiel der DDR und Taiwan.
- Wie sehen die zukünftigen Herausforderungen von beiden Kirchen in eigener Gesellschaft auf ökumenischer Ebene für die Welt aus?
- Wie könnte die Mission mit Gerechtigkeit und Demokratie und Menschenrechten verbunden werden, besonders in einigen Konfliktzonen der Welt?

Hier konnte insbesondere Pfarrer Führer seine Erfahrungswerte voll mit einbringen, da er doch als ehemaliger

Pfarrer der Nikolaikirche in Leipzig mit seinen Friedensgebeten als der Initiator der Montagsdemonstration vom 09. Oktober 1989 gilt, bei der über 70.000 Demonstranten gegen das damalige Regime der DDR demonstrierten.

Nach diesen sehr intensiven Predigtanteilen folgten die Fürbitten, die wiederum von Pater Anselm und der Zenmeisterin sowie von Pastor Chang und Pfarrer Führer vorgetragen wurden. Danach wurde ein Gemeindeglied gesungen und beim gemeinsamen „Vater unser“ haben sich alle Gläubigen die Hand gegeben, um somit eins zu werden mit allen Menschen, die Gott suchen. Der anschließende Segen wurde unterteilt; die Zenmeisterin sprach ein Segensgebet, Pfarrer Führer und Pastor Shih zelebrierten ein Segensgebet und Pater Anselm führte mit allen eine Segensgebärde durch und schloss den schweigenden Segen, den die Menschen in die ganze Welt senden, mit einem kurzen Segenswort ab. Den Schluss des Gottesdienstes gestaltete abermals der Chor des PCT mit der Taiwanesischen Kirchenmusik, die in ihrem Lied ein Gebet für die Erde einstimmten. Mit dieser wunderschönen Melodie endete dieser sehr interessante interreligiöse Gottesdienst, der zum einen sehr nachdenklich machte, zum anderen aber auch sehr viel Hoffnung und Mut für den Frieden auf unsere Welt verheißend konnte.

#### Podiumsdiskussion und Friedensgottesdienst an der Offizierschule des Heeres

Am 03. 06. 2011 fand im Exerzierhaus der Offizierschule in Dresden eine Podiumsdiskussion statt, bei der die Thematik im Rahmen des Auslandseinsatzes der Soldaten der Bundeswehr „Gefallen ... Öffentliches Gedenken zwischen Heldenverehrung und Gewaltkritik“ behandelt werden sollte. Die Diskussion wurde von Dorothea Siegle, Leitende Redakteurin JS-Magazin professionell moderiert. Hochrangige Vertreter, so der Evangelische Militärbischof, Dr. Martin Dutzmann, Professor Volker Hannemann, Staatsrat a.D. und stellvertretender Präsident Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Generalmajor Wolf-Dietrich Kriesel, stellvertretender Befehlshaber Einsatzführungs-

kommando, Oberstleutnant PD Dr. Matthias Rogg, Leiter des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr, Renke Brahms, Schriftführer Bremische Kirche, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie Dr. Ralf Lunau, Bürgermeister und Beigeordneter für Kultur, Dresden stellten sich im Podium diesem sensiblen Thema.

Im Kern wurde bei dieser Podiumsdiskussion insbesondere auf die aktuelle Anschlagserie auf die Bundeswehr in Afghanistan eingegangen. Hier vermisst der evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann eine Würdigung der Soldaten in der Gesellschaft. Öffentliches Gedenken werde in der Bevölkerung zu wenig gewürdigt. Nötig sei auch eine gesellschaftliche Debatte über den Auftrag der Streitkräfte, denn die Unsicherheit im Umgang mit getöteten Menschen führte der Militärbischof auf eine ungeklärte Rolle des Militärs zurück. „Da brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens“ unterstrich Dutzmann und seit dem befohlenen Angriff eines Bundeswehroffiziers auf einen Tanklastzug 2009 in Kunduz sei deutlich geworden, dass deutsche Soldaten kämpften und auch töteten. Der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahms mahnte dazu auch Gedenkveranstaltungen für zivile Mitarbeiter des zivilen Aufbaus an und der stellvertretende Präsident des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge, Volker Hannemann forderte dazu, sich auch um die Angehörigen der getöteten Soldaten zu kümmern. Diese brauchten einen Ort der Trauer und gerade mit Informationen versehene Kriegsgräberstätten seien heute bedeutsam als Orte der Erinnerung.

Ein weiterer Aspekt, der diskutiert wurde, war das Ehrenmal für gefallene Soldaten. Hier halten die Vertreter der Kirche das umstrittene Ehrenmal beim Verteidigungsministerium grundsätzlich für richtig, jedoch wäre die Bezeichnung Mahnmal besser gewesen, erläuterten Dr. Dutzmann und Brahms. Generalmajor Kriesel begründete, dass es sowohl um ein ehrendes Anerkennen der gefallenen Soldaten gehe, aber das Ehrenmal solle auch die Möglichkeit zum Gedenken geben. Professor Hannemann verdeutlichte dazu, dass das

Ehrenmal in Sichtseite des Reichstages stehen müsse, so dass die Politiker, die über einen Auslandseinsatz berieten, dieses bei ihren Entscheidungen im Blick haben. Nach dieser eindrucksvollen Podiumsdiskussion wurde durch den Evangelischen Militärbischof zum Empfang in das Offiziercasino geladen. Hier bestand die Möglichkeit zum Gespräch und zum gegenseitigen Austausch und dieses Angebot wurde auch sehr intensiv von den geladenen Gästen angenommen.

Im anschließenden Friedensgottesdienst im Exerzierhaus der Offizierschule des Heeres in Dresden (**Bild 2**) wurde zu der Veranstaltung „Herr, gib uns Frieden“ unter dem Motto: „Woran kann sich das unruhige Herz eines Soldaten hängen?“ für die unlängst getöteten deutschen Soldaten gedacht.

Die Besucher des Evangelischen Kirchentages in Dresden haben in den letzten Tagen der in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten gedacht. Bei einem Friedensgottesdienst mit Soldaten in der Dresdner Offizierschule des Heeres entzündete Militärpfarrer Andreas Kölling vier Kerzen für die Getöteten. Sie könnten hier an dieser Stätte angesichts der Ereignisse in Afghanistan nicht so fröhlich sein wie die anderen Besucher des Kirchentags resümierte Helmut Jacobus, Militärpfarrer aus Erfurt. In seiner Predigt sprach der Evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann von den Ängsten der Soldaten vor einem Auslandseinsatz und in Anspielung auf das Kirchentagsmotto fragte er, „woran kann sich das unruhige Herz eines Soldaten hängen?“ Denn besonders in einem fremden Land müssten die Soldaten wissen, dass sie nicht alleine seien, so der Militärbischof. „Keiner soll sich hilflos den Gefahren dieses Berufes ausgesetzt sehen“, betonte Dr. Dutzmann. Kameradschaft gelte deshalb in der Bundeswehr als Stellenwert, aber auch sie sei zerbrechlich. Der Militärbischof verwies darauf, dass unruhige Herzen beim lebendigen Gott gut aufgehoben seien und gerade dies wolle die Militärseelsorge in der Bundeswehr vermitteln. „Es geht nicht um die Stärkung der Kampfmoral, denn wo gekämpft und getötet wird, werden die Soldaten daran erinnert, dass auch der Gefechtsgegner

ein Gottesgeschöpf ist“ erläuterte Dr. Dutzmann. Zum anschließenden Fürbittengebet lasen die Geistlichen auch Anliegen, die die Kirchentagsbesucher schon vor den letzten Anschlägen aufgeschrieben hatten. „Kommt bald zurück und gesund, Jungs und Mädels“ hieß es dort und alle Beteiligten bei diesem Friedensgottesdienst an

in den lauen Nächten. „Dresden kann Kirchentag“ war die Überschrift einer Lokalzeitung. „Das stimmt!“ intonierte Göring-Eckardt. Ferner stellte sie insbesondere die Freundlichkeit derer heraus, bei denen Christen schon immer etwas suspekt waren und sie sprach besonderen Dank aus an die vielen Helfer und Helferinnen, die in

nicht ohne Gott, Gott nicht ohne die Welt, beides zusammen wohnt mitten in unseren Herzen. Denn da wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz. Und wir sind frei, wenn Gott unser Schatz ist, frei für eine bessere, lebenswertere Welt“ restimierte die Präsidentin. In ihrer weiteren Anrede betonte sie, dass wir reden müssten, aber wir hätten nicht nur geredet, sondern auch geklärt. Diese Klärung verstand sie zu einen hinsichtlich der Politik, dass wir keine Von -Oben-Politik wollten, zum anderen sprach sie sich aus, dass Frieden sein sollte, aber auch Verantwortung und zum Schluss zielte sie auf die Energiepolitik mit dem Ergebnis, dass die Energiewende kommen werde. Den Abschluss des Gottesdienstes endete die Präsidentin mit den Worten: „Jetzt geht der 33. Deutsche Evangelische Kirchentag zu Endes und er trägt die Botschaft ins ganze Land:

- seid barmherzig mit der Schöpfung, denn sie erträgt nicht alles,
- seid barmherzig mit den Fremden und Asylsuchenden, denn sie brauchen eine Heimat wie du und ich,
- seid barmherzig mit den Andersgläubenden, denn sie suchen Gott so wie wir,
- seid barmherzig mit Euch selbst, gebt Gott Raum in eurem Herzen, denn er ist barmherzig, und wir können es auch sein.“

Mit diesem größten Gottesdienst in der Geschichte Dresdens endete der 33. Evangelische Kirchentag. Nach den Veranstalterangaben waren es wiederum 120.000 Menschen, die an diesem letzten Event teilnahmen. Zuvor läuteten in ganz Dresden die Glocken. An 99 Tischen wurden Brot, Wein und Traubensaft an die Gläubigen ausgeteilt. 6.000 Bläser, eine Band und mehrere Chöre sorgten für den musikalischen Rahmen dieses Open-Air-Gottesdienstes.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, und der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, riefen in Dresden auch zur Teilnahme am 98. Deutschen Katholikentag auf, der bereits im Mai 2012 in Mannheim stattfindet. „Wir wollen gemeinsam einen neuen Aufbruch wagen“, sagte Zollitsch, zu dessen Bistum die Stadt gehört.



*Bild 2: (v.l.) Ratsvorsitzender PCT Pastor Shih, Lien-Cheng, Zenmeisterin Shih, Chao-hwei, Pfarrer Christian Führer, Pater Dr. Anselm Grün und Generalsekretär PCT Pastor Chang, Te-Chien*

der Offizierschule wurden bei diesen Worten sehr nachdenklich. Umrahmt wurde dieser Gottesdienst durch den Gospelchor Lechfeld-Kaufbeuren, der in eindrucksvoller Weise mit seiner Musik alle Besucher begeistern und zugleich für Traurige Trost vermitteln konnte.

### Schlussgottesdienst

Auch beim Schlussgottesdienst am 05.06.2011 waren wieder nahezu 120.000 Menschen am Elbufer, um den Worten der Kirchentagspräsidentin Katrin Göring-Eckhardt zu folgen. In „ihrer“ Predigt stellte sie heraus, dass wir Großes und Bewegendes in den letzten fünf Tagen gesehen hätten. „Wir müssen reden, haben wir zu Beginn gesagt – und: Wir haben geredet. Miteinander und mit Gott. Gott sei Dank!“ so die Präsidentin. „Wir wollen Dank sagen, zuerst und vor allem. Danke an euch, den Menschen aus Dresden und Sachsen und der ganzen Region. Den fröhlichen Gemeinden, der entspannten Polizei

den letzten Tagen immer da waren, die eine sensationelle Kondition bewiesen, die immer fröhlich, friedlich und freundlich waren sowohl am Tage als auch in der Nacht. Sie bedankte sich weiterhin bei allen Ehrenamtlichen, die für Essen gesorgt, Stände betreut und Gespräche geführt haben. Mit der Geste eines Herzens veranschaulichte die Präsidentin nochmals ihren Dank allen Beteiligten. Schlussendlich lobte sie auch noch alle, die zu Kirchentag erschienen sind, weit über 120.000 Menschen für deren Konzentration beim Zuhören, für deren Applaus für die engagierten Beiträge aber auch für die Herzlichkeit und die Begeisterung und für die Gebete.

„Der Kirchentag ist immer beides: ein Fenster zum Himmel und eine Tür zur Welt; und beides gehört zusammen. Wir Christenmenschen lassen uns nicht einreden, wir müssten entweder noch politischer oder noch frommer werden. Wir sind beides, und wir haben vor, es zu bleiben. So sind wir unterwegs: Die Welt



## Fazit

Die Veranstalter zogen eine sehr positive Bilanz der fünf Tage in Dresden. Kirchentagspräsidentin Göring-Eckardt und Generalsekretärin Ellen Ueberschär dankten den Sachsen und insbesondere den Dresdnern für den Empfang mit offenen Armen und einer phantastischen, weltoffenen Stimmung. Göring-Eckardt bezeichnete das Laintreffen als „ersten echten wiedervereinigten Ost-West-Kirchentag“. Nach Ansicht der Kirchentagspräsidentin war das Christentreffen an der Elbe auch politisch und im Mittelpunkt habe die Friedenspolitik gestanden. Sie sprach ferner von

einer neuen Lust auf Theologie und einer neuen Mitmachkultur. Göring-Eckardt lobte den Kirchentag mit seinen zahlreichen Dauer- und Tagesgästen als unvergleichlichen Umschlagplatz für neue und geistliche Ideen. In Dresden hätten Traditionen aus Ost und West zusammengefunden. Sie hoffe, dass etwas von der Stimmung in der sächsischen Landeshauptstadt in den Alltag der Gemeinden übergehe. Viel Mut machte außerdem ihr Fazit, denn sie betont ausdrücklich, man müsse um die Zukunft von Glauben und Kirche nicht bangen.

Ähnliche Hoffnungen knüpft auch Sachsens Evangelischer Landesbi-

schof Jochen Bohl an diesen Kirchentag. Er habe ein besonderes Glaubensfest erlebt, das von ansteckender Fröhlichkeit, freundlichem Umgang und Neugier auf Unbekanntes geprägt gewesen sei, erklärte Bohl. Für ihn sei es vor allem eine Mischung aus Leichtigkeit und Fröhlichkeit gewesen. Viele Menschen hätten Kirche auf eine völlig andere Weise erlebt als sie erwartet oder für möglich gehalten hätten. Er hoffe nun, dass die Kirchengemeinden in Sachsen vom Kirchentag profitieren, sagte der Landesbischof und erklärte seine Bereitschaft, wieder einen Kirchentag in Sachsen mit auszurichten. □

## 33. Evangelischer Kirchentag

## Christliche Sicherheits- und Friedenspolitik

## Ein Friedensethischer Dialog

VON KLAUS LIEBETANZ

Anlässlich des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) fand am 5. Juni 2011 im Hörsaal 1 der Technischen Universität Dresden ein Gespräch zwischen dem Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizièrre und dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland Nikolaus Schneider statt. Der Titel dieser Veranstaltung lautete: „Wie ein Christ Friedensethik und Verteidigungspolitik zusammenbringt.“ Der Verteidigungsminister, selbst Mitglied des Kirchentagspräsidiums und Träger des buntten Kirchentagschals, wurde von der meist friedensbewegten Zuhörerschaft mit herzlichem Applaus begrüßt.

## Internationale Verantwortung übernehmen

Thomas de Maizièrre legte als erster Redner seine sicherheits- und friedenspolitischen Auffassungen wie folgt dar: Die größten Herausforderungen lägen heute weniger in der Stärke von Staaten als vielmehr in ihrer Schwäche. Durch zerfallende und zerfallene Staaten entstünden Bedrohungen für den Weltfrieden, wie Radikalisierung, Aktions- und Rückzugsräume für den internationalen Terrorismus und erleichterten den Aufbau von Strukturen der Organisierten Kriminalität. Deutschland nehme als gestaltendes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft sein Interesse wahr und setze sich aktiv für eine bessere und sichere Welt ein. Die Bundesregierung arbeite für die internationale Geltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze

und nehme die Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft (responsibility to protect) wahr. Menschliche Katastrophen wie der Völkermord in Ruanda und Srebrenica dürften sich nicht wiederholen. Dazu sei ein zielgerichtetes Zusammenwirken des Auswärtigen Dienstes, der Entwicklungshilfe, der Polizei, der Streitkräfte und der Nachrichtendienste auf allen Ebenen zu verstärken (gesamtstaatliche Friedens- und Sicherheitspolitik).

Den Vereinten Nationen komme dabei die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu. Die konsequente Stärkung der Vereinten Nationen sei dabei vordringliches Ziel der Bundesregierung. Dies schließe die Bereitstellung von militärischen Fähigkeiten zur Friedenserhaltung und Friedenserzwingung ein.

De Maizièrre könne sich daher unter bestimmten Umständen den Einsatz von deutschen Soldaten zur Absicherung eines Friedens an der Grenze zwischen Nord- und Südsudan vorstellen. Er strebe dies jedoch nicht an, weil eine solche Operation deutsche militärische Kräfte lange binden könnte. Die im Vorfeld des Kirchentages von Nikolaus Schneider geäußerte Befürchtung, die professionalisierte neue Bundeswehr könne zu einem Instrument einer „Kanonenbootpolitik in neuer Form“ werden, wurde vom Verteidigungsminister zurückgewiesen. Es bliebe bei einer Politik der Zurückhaltung. Gerade der Fall Libyen zeige doch, dass eher Zivilisten als Soldaten einen militärischen Einsatz forderten.

In seiner friedensethischen Begründung für einen militärischen Ein-

satz verwies Thomas de Maizière auf die folgende 5. These der Barmer Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934:

„Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichem Vermögen unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“ Daraus zog der Minister die Folgerung „In unserer vorläufigen Welt ist es notwendig, Mittel anzuwenden, die selbst noch Mittel dieser vorläufigen Welt sind.“ Und fügte hinzu: „Auch wer nicht handelt kann schuldig werden, wie Ruanda und Srebrenica gezeigt hat“.

#### Vorrang für den „Gerechten Frieden“

Als zweiter Redner stellte EKD-Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider den Begriff des „Gerechten Friedens“ in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Er berief sich dabei auf die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Nikolaus Schneider lehnte ausdrücklich den Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ ab, weil die ausschließliche Konzentration auf die eigene nationale Sicherheit keinen Frieden schaffe. Frieden sei mehr als bloße Sicherheit. Wenn Sicherheit die höchste Priorität hat, könne es keinen Frieden geben. Aus diesem Grunde zog Schneider den Begriff der „Menschlichen Sicherheit“ (human security) vor, den der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan 2001 ins Gespräch gebracht hatte. Kofi Annan legte seinerzeit dar, dass es bei der „Menschlichen Sicherheit“ um die Freiheit von existentieller Not und um Freiheit von Furcht ginge.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging Schneider auf das vorbildliche Verhalten Abrahams ein und gab dazu folgende Beispiele aus der Genesis:

- Als Abraham hörte, dass sein Bruder Lot gefangen genommen worden ist, schlug er als tapferer Soldat seine Feinde und befreite seinen Bruder und dessen Knechte. Abraham nahm aber keine Rache an seinen Feinden, sondern

schloss einen gerechten Frieden mit ihnen (Gen.14,14-24).

- Als es zwischen den Hirten Abrahams und den Hirten Lots in einer Dürrezeit zum Streit um die Wasserplätze für Schafe, Ziegen und Rinder kam, machte Abraham seinem Bruder folgenden Vor-

eine legitime Auslegung evangelischen Glaubens sei.

- Thomas de Maizière verteidigte überzeugend seine Position als protestantischer Christ und als Mitglied der Bundesregierung, dass Deutschland in einer nicht erlösten Welt Verantwortung über-



*Bundesminister Thomas de Maizière (rechts) und der EKD-Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider (links) im sachlichen Austausch der Argumente über eine christlich inspirierte Sicherheits- und Friedenspolitik. Die Journalistin Dr. Constanze Stelzenmüller moderierte das Gespräch*

schlag: „Liegt nicht das ganze Land vor dir? Trenn dich also von mir! Wenn du nach links willst, gehe ich nach rechts; wenn du nach rechts willst, gehe ich nach links“. Lot blickte auf und sah, dass die ganze Jordangegend bewässert war. Da wählte sich Lot die ganze Jordangegend aus. Lot brach nach Osten auf, und sie trennten sich voneinander. Abraham ließ sich in Kanaan nieder.

Abraham zeichnete sich durch Augenmaß, Mäßigung und durch diplomatisches Geschick aus. Er beherrschte die Kunst der Mediation und ist so für uns ein Beispiel des „Gerechten Friedens“, folgerte Schneider.

#### Schlussfolgerungen

- Die friedensethischen Prinzipien der EKD sind an den Idealvorstellungen der christlichen Lehre ausgerichtet. Schneider machte jedoch klar, dass auch die praxisnahe Position des Ministers

nehmen muss, wie es die Präambel des Grundgesetzes vorsieht, nämlich vor Gott und den Menschen „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Dabei wird man ohne die von den Vereinten Nationen gebilligte Anwendung von militärischer, rechtserhaltender Gewalt nicht auskommen, wie die gestiegene Anzahl von VN-Friedensmissionen mit Beteiligung von nunmehr 140.000 Soldaten zeige.

- Der Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ ist umstritten. Hier muss noch der Begriff gefunden werden, der „sowohl den instrumentalischen Aspekt der Vernetzung als auch die inhaltliche Bestimmung umfasst“ (eine Forderung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze in Berlin), da die ausschließliche Konzentration von westlichen Ländern auf die eigene nationale Sicherheit keinen Weltfrieden schaffen kann. □

# Ist „vernetzte Sicherheit“ ausreichend?

VON KLAUS LIEBETANZ UND BERTRAM BASTIAN

## Was versteht das Weißbuch 2006 unter „Vernetzter Sicherheit“?

Das WB 2006 gibt eine Beschreibung dieses Begriffes, eine eindeutige Definition gibt es nicht. In 1.4 Vernetzte Sicherheit heißt es: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur in multinationalem Zusammenwirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.“ (WB 2006, S. 29)

Auf die Frage „Wessen Sicherheit ist gemeint?“ antwortet das WB 2006 in 1.3 Werte, Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik wie folgt:

„Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren, ...“ (WB 2006, S. 29)

Der eng auf die eigene nationale Sicherheit und das nationale Interesse ausgerichtete Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ ist nicht umfassend genug und scheint für die weitere Entwicklung der Welt kontraproduktiv. Denn die Konzentration auf die Optimierung der eigenen Sicherheit schafft keinen weltweiten Frieden. Es müssen immer auch die betroffenen Nationen, bzw. Völker gesehen werden. Da war das Weißbuch 1994 (in Nr.463) schon gedanklich weiter, weil es die „Agenda for Peace“ als Kompass für die zukünftige Sicherheits- und Friedenspolitik bezeichnete.

## „Agenda for Peace“ – ein kurzer Rückblick

In der Erklärung des Sicherheitsrats vom 31. Januar 1992 wurde der Generalsekretär der Vereinten Natio-

nen Boutros-Ghali beauftragt, bis zum 1. Juli 1992 eine Empfehlung für den weiteren Friedensprozess auszuarbeiten. Dabei sollte er prüfen, inwieweit die Fähigkeiten und Kapazitäten der Vereinten Nationen im Rahmen der VN-Charta zur vorbeugenden Diplomatie zur Friedensschaffung (peacemaking) und zur Friedenssicherung (peace-keeping) gestärkt und effizienter gestaltet werden könnten. Am 17. Juni 1992 legte Boutros-Ghali - nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten und verschiedenen großen internationalen Organisationen - der Generalversammlung die „Agenda für den Frieden“ vor. Sehr deutlich zu erkennen ist der deutsche Beitrag, in dem es um die vertrauensbildenden Maßnahmen zweier verfeindeter Staaten geht. Boutros Ghali hat die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ als neuen Begriff in die Agenda for Peace aufgenommen (Ziffer 55-59). Es geht dabei um das rechte Zusammenwirken von militärischer Stabilisierung und zivilen Maßnahmen, die der Sicherheit und dem Wohlergehen der lokalen Bevölkerung dienen.

## Friedenskonsolidierung (post-conflict peace-building) eine Erfolgsstory

Die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ hat sich im Laufe der Zeit als eine erfolgreiche Form der Konfliktbearbeitung erwiesen, wie es sich in Mittelamerika (Nicaragua, Honduras, Panama) Hinterindien (Kambodscha, Laos), und Afrika (Mosambik, Namibia, Sierra Leone, Burundi, Ostkongo (MONUC) zeigen sollte. Auch die noch abzuschließenden Missionen auf dem Balkan haben das Blutvergießen zwischen verfeindeten Ethnien beendet und einen Friedensprozess eingeleitet. Die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ stellt in der Regel ein Zusammenwirken von militärischer Stabilisierung und zivilem Wiederaufbau (humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau staat-

licher Einrichtungen, wie rechtsstaatliche Polizei und ein entsprechendes Gerichtswesen, Menschenrechtsarbeit und der Aufbau der Zivilgesellschaft) dar.

## Überprüfung der Praxistauglichkeit der „Agenda for Peace“

Im Jahr 2000 hat sich eine hochrangige Kommission unter Leitung des ehemaligen algerischen Außenministers, Lakhdar Brahimi, mit der Auswertung von Friedensmissionen im Rahmen der Agenda for Peace im Auftrag des VN-Generalsekretärs beschäftigt. In diesem Brahimi-Report wurde festgestellt, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Blauhelmsoldaten unzureichend mandatiert und ausgerüstet waren (z. B. in der VN-Schutzzone Srebrenica oder beim Völkermord in Ruanda). Dieser Bericht gibt keine Empfehlung, Blauhelme besser durch Polizisten oder gar Friedensfachkräfte zu ersetzen, wie es Teile der Friedensbewegung fordern. Alle Probleme der Welt mit „Ziviler Konfliktbearbeitung“ lösen zu wollen ist eine „Omnipotenzfalle“ (Uschi Eid, ehemalige grüne Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)). Des Weiteren wurde im Brahimi-Report darauf hingewiesen, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Mittel für den zivilen Wiederaufbau im Verhältnis zu den Militärausgaben zu schwach und deshalb diese Missionen nicht nachhaltig waren und scheiterten.

## Zusammenhang militärische Sicherung und ziviler Wiederaufbau

Humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe sowie der Einsatz der Streitkräfte sind grundsätzlich verschiedene Bereiche mit unterschiedlichen Einsatzphilosophien. Eine direkte Zusammenarbeit ist im Konfliktfall kaum möglich. Angestrebt werden sollte ein komplementäres, eigenverantwortliches Zusammenwirken.



Aus diesem Grunde wäre es sinnvoll, wenn humanitäre Hilfsorganisationen und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen sich der Zusammenarbeit mit dem BMZ öffneten, weil nur das BMZ über den entsprechenden Sachverstand für humanitäre und entwicklungsorientierte Projekte verfügt, diesen zivilen Bereich koordinieren kann und in der Regel noch in der Region verbleibt, wenn Militär für die Kampfaufträge bereits abgezogen ist. Das schließt natürlich nicht aus, dass die CIMIC-Organen der Bundeswehr vom BMZ zweckdienlich informiert werden. Dazu ist es aber notwendig, dass geeignetes und ausreichendes Personal aus dem BMZ in Afghanistan und auch für zukünftige Friedensmissionen zur Verfügung steht. Seit 01.02.2011 hat das BMZ die Abteilungsleiterin Dr. Ulla Mikuta, als Deutsche Beauftragte für Entwicklungshilfe in AFG nach Masar-e-Sharif entsandt. Sie ist dem deutschen Kommandeur ISAF NORD nicht unterstellt und betreibt auf gleicher Augenhöhe den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau in Nordafghanistan. Das BMZ hat zurzeit 1.700 Mitarbeiter (zumeist lokale Beauftragte) in AFG, die in Kürze auf 2.500 aufgestockt werden sollen. Ab 2014 wird das BMZ über mehr Mitarbeiter in AFG verfügen als die Bundeswehr über Soldaten. Dr. Mikuta kam von Misereor und war stellvertretende Vorsitzende von VENRO1 und wird wohl kaum einer Militarisierung der Entwicklungshilfe oder der humanitären Hilfe das Wort reden.

Zur komplementären, eigenverantwortlichen Zusammenarbeit der deutschen Nichtregierungsorganisationen mit staatlichen Stellen in der Friedenskonsolidierung äußert sich das Wort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 wie folgt: „Die genannten (Friedens-) Dienste sind wie die Streitkräfte und der Dienst der Soldaten in unterschiedlicher Weise auf die Sicherung und Förderung des Friedens hingeeordnet und ergänzen sich gegenseitig. Die Verflochtenheit der Friedensprobleme erfordert das Zusammenwirken der unterschiedlichen

Berufungen und Berufe. Auch weiterhin ist es deshalb erforderlich, dass innerhalb unserer Kirche eine Kultur des Gesprächs zwischen katholischen Soldaten und katholischen Mitgliedern der Friedensbewegung angestrebt wird.“ (GF Ziffer 181)

### Erklärung der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) „Der Friede ist möglich“

Mit ihrer Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich!“<sup>2</sup> hat sich die GKS intensiv bei Bundestagsabgeordneten und bei Regierungsstellen seit 2004 für einen Strategiewechsel in Afghanistan eingesetzt und gefordert. Im Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 sind wesentliche Forderungen der GKS, die sie teilweise seit 2004 gestellt hat, berücksichtigt worden (s. AUFTRAG 276, S.19ff), dazu gehören unter anderem:

- Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise sind vorrangig zu beachten.
- Der militärische Einsatz soll ein Beitrag zur Hilfe zur Selbsthilfe sein (ownership).
- Einem Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept zu Grunde liegen.
- Die Dauer militärischer Einsätze sollte auf der Grundlage realistischer Ziele fortlaufend überprüft werden.
- Ausbildung aller am Friedensprozess beteiligten Kräfte über die Kenntnisse und Vorgehensweise der jeweils anderen Friedensakteure, um alle Fähigkeiten auf das gemeinsame Ziel hin bündeln zu können.
- Volle Beibehaltung der Inneren Führung auch im Auslandseinsatz.
- Fürsorgepflicht für die Soldaten und deren Familien. Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Aufwendungen für den Zivilaufbau wurden 2010 auf 430 Mio. Euro angehoben und erreichten erstmals nahezu die Aufwendungen für den militärischen Teil des Einsatzes. Damit wurde eine neue Qualität deutscher Auslandseinsätze erreicht: Sicherheitspolitik wird zur Friedenspolitik.

### „Vernetzte Sicherheit“ weiterentwickeln

Dieser aus Sicht der „Agenda for Peace“ verengte Begriff sollte aus folgenden Gründen besser in „Vernetzte Friedenskonsolidierung“ umbenannt werden:

- a. weil der neue Begriff die Wirklichkeit der „Übergabe in Verantwortung“ besser abbildet und nicht auf die rein nationale Sicherheit Deutschlands beschränkt bleibt.
- b. weil die Auseinandersetzungen zwischen humanitären Helfern, Vertretern der Entwicklungspolitik und den Streitkräften beigelegt werden könnten, da alle Friedensakteure eigenverantwortlich und komplementär auf das gemeinsame Ziel „Friedenskonsolidierung“ hin arbeiteten.
- c. weil der Begriff „Vernetzte Friedenskonsolidierung“ besser zum neuen Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses (und eben nicht des Verteidigungsausschusses!) passt und der Forderung der Präambel des Grundgesetzes, nämlich, dem Frieden der Welt zu dienen, ausdrücklich entspricht. Damit würde der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Friedenskonsolidierung“ zu einem hervorragenden Parlamentsorgan für das 21. Jahrhundert.

Mit dem modifizierten Begriff „Vernetzte Friedenskonsolidierung“ ist ein Begriff gefunden worden, „der sowohl den instrumentellen Aspekt der Vernetzung als auch die inhaltliche Bestimmung umfasst“ (Zentrum für internationale Friedenseinsätze). □

Sie erreichen  
das Zentrum  
für internationale  
Friedenseinsätze  
im Internet  
unter der Adresse:

[www.zif-berlin.org](http://www.zif-berlin.org)

1 Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

2 erarbeitet November 2004, überarbeitet Mai 2010

# Revolten in der arabischen Welt

## Protestwelle oder Demokratisierungswille?

VON SAID ALDAILAMI<sup>1</sup>

Seit nunmehr acht Monaten halten die Unruhen in vielen arabischen Staaten ununterbrochen an. Immer mehr Menschen trauen sich auf die Straße zu gehen, um ihren lang angestauten Frust über die desolaten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern eine öffentlich vernehmbare Stimme zu geben. Die anfänglichen Revolten in Tunis und Kairo sowie insbesondere die überraschend frühe Flucht des tunesischen Diktators bin Ali als auch der mysteriöse Rückzug von Mubarak ermutigten weite Teile der arabischen Welt, dem tunesischen bzw. ägyptischen Erfolgskonzept nachzuahmen. Die tief gebeutelte arabische Seele ließ sich von der Begeisterungswelle in Tunesien und Ägypten und von der Macht der Bilder, die pausenlos durch den arabischen Sender al-Jazeera in die Wohnstuben und dicht besuchten Cafés der arabischen Welt ausgestrahlt werden, rasch emotional aufladen. Die Rolle dieser eindeutig parteiischen Berichterstattung der al-Jazeera-Sender kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ohne den medialen Feldzug gegen die Diktatoren in den arabischen Staaten, denen die Verantwortlichen dieses Senders unverblümt den Krieg erklärt haben, und ohne die ununterbrochene und repetitive Übertragung der Ereignisse und vor allem der (Schreckens-) Bilder auf allen Kanälen des quatarisch-finanzierten Senders hätte der Domino-Effekt der Protestwellen niemals diese Ausmaße annehmen können, in denen er uns heute begegnet.

### Was wollen die Protestierenden eigentlich?

Die einzige politische Hauptforderung der Protestierenden im gesam-

ten aufgewühlten arabischen Raum lässt sich auf folgende Formel reduzieren: Austausch des maroden politischen Apparates mit seinen seit Jahrzehnten tief verwurzelten wirtschaftlichen und sozialen Verästelungen in Staat und Gesellschaft. Ob die Protestwellen als Demokratisierungswille der Massen gewertet werden können, ist indes mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass die Protestierenden nicht die Mehrheit der Bevölkerungen darstellen. Die Köpfe und Organisatoren dieser Bewegungen sind vorwiegend junge, internet-affine Männer und Frauen, die über einen universitären Abschluss verfügen und mit dem Social-Networking bestens vertraut sind. Sie sind eine Minderheit. Hiesige Berichterstatter und Politikwissenschaftler tendieren vorschnell dazu, die Aufstände in der arabischen Welt mit den Begriffen „Revolution“ und „Demokratiebewegung“ zu titulieren. Sie glauben zu wissen, dass aus heiterem Himmel eine Demokratisierungswelle den arabischen Raum erfasst habe. Diese Analyse zeugt einmal mehr von einer eurozentrischen Wahrnehmung der Welt, die im Anderen ein Spiegelbild ihrer eigenen Entwicklung sehen will. Diese eilfertige Zuweisung von Demokratisierungsattributen kann auch im Sinne der self-fulfilling-prophecy gedeutet werden: Allein die Prophezeiung der Demokratisierung einer ganzen Region und der feste Glaube an dieser Vorhersage machten den Eintritt derselben möglich. Politische Reformen wie beispielsweise Verfassungsänderungen, Parlamentsauflösungen und Neuwahlen sind die mit diesem Orakel einhergehenden Forderungen – insbesondere von westlichen Politikern – die in der Intention artikuliert werden, sich mit den arabischen Völkern zu „solidarisieren“, um so u. a. die längst verspielte Glaubwürdigkeit des Westens im

arabischen Raum zurückzugewinnen. Die Frage muss aber lauten: Sind es wirklich politische Forderungen, welche die jungen Menschen im Nahen und Mittleren Osten zu Revolten bewegen, oder handelt es sich um „politisierte Brotrevolten“, die nach Befriedigung der Grundbedürfnisse, sozialer Gerechtigkeit und öffentlicher Sicherheit schreien?

### Demokratiebedingungen erfüllt?

Die Prediger des Demokratisierungswahns, der ihrer Ansicht nach die arabische Welt über Nacht heimgesucht haben soll, übersehen wohl geflissentlich, dass die strukturellen Gegebenheiten, insbesondere die fehlende „demokratische Infrastruktur“ in diesen Ländern, einer beschleunigten Demokratisierung im Wege stehen. Sicherlich muss auf die Heterogenität der verschiedenen arabischen Staaten und ihrer Bevölkerungen Rücksicht genommen werden; von einer Demokratisierung nach europäischen Maßstäben kann jedoch mittelfristig in keinem dieser Länder die Rede sein. Zu groß sind die Defizite im Bereich der politischen Bildung, die für den Einzug demokratischer Verhaltensstrukturen und Ordnungsformen in Staat und Gesellschaft notwendig sind. So muss die Frage nach der Bindung des gesamten staatlichen Handelns an Recht genauso diskutiert werden wie jene nach Gewaltenteilung und nach der Rolle des Militärs in der zukünftigen Staatsstruktur. Überhaupt muss eine Kultur des Diskurses, des Dialogs und der Kritik bzw. Kritikfähigkeit in den vorwiegend patriarchalisch und tribal geordneten Gesellschaften eingeführt und internalisiert werden. Kurz: Demokratie muss gelernt werden. Sie ist nicht nur eine Staatsform. Sie ist vielmehr eine Gesellschafts-, Ordnungs- und Lebensform; ein Konzert aus verschiedenen Teildisziplinen, denen ein bestimmtes Welt- und Menschenbild zugrunde

<sup>1</sup> Hauptmann Dr. Said AlDailami ist seit 1998 Angehöriger der Bundeswehr. Derzeit ist er im Stab Landeskommando Bayern in München eingesetzt. Er lebt seit 1989 in Deutschland und kommt gebürtig aus dem Jemen.

liegt. Mit dieser Feststellung ist keinesfalls gesagt, dass die arabischen Gesellschaften nicht in der Lage seien, diesen Lernprozess zu initiieren – die intellektuelle Bevölkerungsschicht hat bereits große Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt – vielmehr stellt sich die Frage, ob die Menschen in dieser Region dies überhaupt wollen bzw. ob der chronische Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen in diesen Ländern sich nicht hemmend auf eine solche Entwicklung auswirken kann?

### Soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe ja – Demokratie nein

Die vom Sturz bedrohten und die bereits gestürzten Potentaten in den arabischen Ländern betitelten ihre Staatsform bisher meist mit dem Begriff der Demokratie und standen an der Spitze einer sogenannten Präsidialrepublik. Die „Präsidenten“ führten ihre Länder mit eiserner Hand und stützten sich weitestgehend auf ein strikt organisiertes Sicherheits- und Militärapparat. Sie ließen der Form halber Wahlen abhalten, richteten ein Zwei-Kammer-Parlamentssystem ein und übernahmen die Relikte des Verwaltungsapparates, wie ihn die Europäer nach dem Ende der Kolonialzeit hinterlassen haben. Diese Fassadendemokratien haben über Jahrzehnte hinweg deutliche Spuren im Bewusstsein der arabischen Bevölkerungen hinterlassen. Folglich assoziieren die meisten Menschen in dieser Region mit den Begriffen Demokratie und Republik die bisher in ihren Ländern erfahrenen Repressionen, Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Außerdem sehen sie sich ohnehin durch die „echten“ Demokratien im Westen im Stich gelassen, da Europa und die USA bis zum arabischen Frühling politisch, wirtschaftlich und militärisch hervorragende Beziehungen zu den Despoten im arabischen Raum unterhalten haben. Der Demokratiebegriff ist für die Menschen in dieser Region negativ vorbelastet. Im Prinzip ist es Ihnen gleichgültig, welchen Namen ihre zukünftige Staatsform trägt. Vielmehr interessieren sie programmatische Inhalte wie soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Prosperität und ein rasches Ende von Korruption und

Nepotismus, die – unter welchem Titel auch immer – in staatliche und gesellschaftliche Realität übersetzt werden müssen.

### Haben die Revolten überhaupt einen Sinn?

Trotz dieser nüchternen Bewertung der Aufstände in der arabischen Welt dürfen die kurz- und langfristigen Folgen dieser Protestwellen nicht unterschätzt werden. Zu den wichtigsten Lektionen, die von den Menschen innerhalb und außerhalb der arabischen Welt in den vergangenen Monaten gelernt wurden, gehören u.a. die Erkenntnisse, dass:

- das Volk eine Stimme hat, die in organisierter Form sogar den Sturz von Tyrannen bewirken kann. Die arabischen Bevölkerungen haben gelernt, die „Protestmärsche“ als Medium zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Forderungen einzusetzen. Der Westen hat hoffentlich gelernt, den Menschen in dieser Region, die Eigenschaft des „Revoltierens“ und „Protestierens“ zu zu trauen.
- die bisher erzielten Ergebnisse in Richtung politischer Teilhabe, wirtschaftlicher Reformen und gesellschaftlicher Öffnung – auch nach dem Abebben der Protestwellen – nicht mehr rückgängig zu machen sind. Gleichgültig wie die neuen Staatsformen aussehen werden, staatliche Repressalien durch tägliche Entwürdigungen gehören endgültig zur Geschichte der arabischen Region.
- in den neu entstehenden Staaten gesellschaftliche und sozio-politische Standards neu definiert

werden müssen. Darunter fallen auch bisher religiös unantastbare Orientierungs- und Verhaltensnormen.

- das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit westlichen Staaten angesichts eines gesteigerten Selbstwertgefühls der Araber neu bestimmt werden muss.
- unser eurozentrischer Blick auf den Orient mit dem stereotypen Bild, das wir bisher vom islamisch geprägten arabischen Kulturraum zu zeichnen pflegten, eine Korrektur erfahren muss.
- eine ehrlich gemeinte und weniger interessengeleitete Unterstützung der Umbrüche in der arabischen Welt – ohne Zielvorgaben
- die arabische Perzeption vom Westen „aufpolieren“ und die verlorene Glaubwürdigkeit der Europäer und Amerikaner in den arabischen Bevölkerungen graduell wiederherstellen könnte.

Diese Lehren aus dem arabischen Frühling werden das zukünftige Bild dieser Region entscheidend prägen und geben Anlass zur Hoffnung, dass eine neue Epoche in den arabischen Staaten eingeleitet wurde. Eine Epoche, für die es sich gelohnt hat zu kämpfen und die inzwischen mehrere Tausend Opfer gekostet hat. Der Optimismus der Menschen in diesen Staaten ist dennoch als verhalten zu bezeichnen, weil sie befürchten, dass sie um die Früchte ihrer „Revolutionen“ gebracht werden. Ihre Angst kommt im berühmten afghanischen Sprichwort am besten zum Ausdruck: „Der Esel ist derselbe geblieben, nur der Sattel ist neu.“ □

### Kurznachricht:

## Lage in Syrien im August 2011

Nachdem die EU und die USA den Rücktritt von Machthaber Assad gefordert haben und schon wirtschaftliche Sanktionen verhängt haben, unterstützt Moskau weiterhin den Machthaber. In der Erklärung aus dem russischen Außenministerium hieß es, „Der syrische Staatspräsident hat seinem Volk und der internationalen Staatgemeinschaft Reformversprechen gemacht. Danach erklärt, die Angriffe beendet zu haben. Während die Regierung in Damaskus solche Schritte setzt, ist es nicht richtig, den Rücktritt von Assad zu fordern“



## 125. Cartellversammlung in Essen

Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) beging vom Donnerstag, den 2. bis Sonntag, den 5. Juni 2011 in Essen seine 125. Cartellversammlung. Den Eröffnungsgottesdienst am Donnerstag hielt der CV-

Seelsorger Domkapitular Ulrich Bonin, am Sonntag feierte der Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ein Pontifikalamt, bevor ein couleurstudentischer Festumzug mit anschließendem Frühschoppen die Cartellversammlung beendete. Dazwischen la-

gen die verschiedenen Sitzungen, für die Damen ein reichhaltiges Kulturprogramm, am Freitag ein großer Gesellschaftsabend und Ball, am Samstagnachmittag das Akademische Forum der CV-Akademie und am Abend der feierliche Festkommers in der Grugahalle, zu dem die studentischen Verbindungen chargierten, d.h. in ihren prächtigen Uniformen einmarschierten.

Das Forum stand unter dem Motto: „Energiewirtschaft in Verantwortung für die Umwelt“. Unter der Leitung von Dr. Klaus Kaspar (*Bild 1*) diskutierten auf dem Podium Henning R. Deters (Mitglied des Vorstands der EON-Ruhrgas, *Bild 2*), Joachim Runstadt (Vorsitzender der Geschäftsführung Evonik Steag, *Bild 3*), Prof. Dr. Frank Behrendt (TU Berlin, Sprecher des Innovationszentrums Energie, *Bild 4*) und Abtprimas Dr. Notker Wolf OSB (*Bild 5*) über diese Problematik. Prof. Behrendt führte aus, dass die Wissenschaft nur Vorschläge machen kann, Politik aber müsse Beschlüsse fassen und diese auch umsetzen. Gerade bei der Energieversorgung, verbunden mit einer sehr hohen Versorgungssicherheit müsse man längerfristig denken und handeln. Dies fehle im Moment, es sei keine Verlässlichkeit gegeben. Auch die Vertreter der Energiewirtschaft kritisierten den allzu raschen Wechsel in der Politik, ohne dass die Problematik zu Ende gedacht würde. Man könne Energie nicht überall dort erzeugen, wo sie auch gebraucht würde. Die großen Off-Shore Anlagen in der Nordsee seien zwar gebaut, aber es fehlten die Trassen, die die Energie dorthin leiten könnten, wo sie gebraucht werde. Es fehle die Akzeptanz in der Bevölkerung, einen beschlossenen Weg mit allen Konsequenzen zu gehen, war der gemeinsame Standpunkt.

Abtprimas Wolf brachte den Gedanken der Nachhaltigkeit in die Debatte. Es sei unverantwortlich gegenüber der folgenden Generation, so zu tun als sei man allein in der Welt, sei es beim Atommüll oder bei den seltenen Erden. Hier warf Prof. Beh-



Bild 1



Bild 2



Bild 3

**D**er CARTELLVERBAND der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) ist ein Zusammenschluss von mehr als 120 Verbindungen an den wesentlichen Universitätsstandorten in Deutschland sowie in Freiburg (Schweiz), Rom (Italien), Gleiwitz (Polen), Löwen (Belgien), Tokio (Japan) und Dschang (Kamerun).

Mit rund 30.000 Mitgliedern ist der CV der größte katholische Akademiker-Verband Europas. Zu den Mitgliedern zählen neben den ca. 4.000 aktiv Studierenden zahlreiche Fach- und Führungskräfte sowie Verantwortungsträger aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik; prominentestes Mitglied des CV ist Papst Benedikt XVI., der zum Festkommers ein Grußwort mit seinem apostolischem Segen schickte.

Die Cartellversammlung (C.V.) ist das oberste willensbildende und beschlussfassende Organ des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), auf der die Delegierten der Studierenden und Altherrenschaften die Belange des Gesamtverbandes erörtern und über sie befinden. Umrahmt werden diese Sitzungen regelmäßig durch ein hochwertiges Rahmenprogramm.

Als Gründungsjahr des CV gilt das Jahr 1856, als die Aenania (München) mit der Winfridia (Breslau) ein Cartellverhältnis (gegenseitige Mitgliedschaft) der nicht-schlagenden, farbentragenden und katholischen Verbindung gründeten. Zu den prägenden Elementen des Verbandes gehören: *religio* – Ausrichtung der persönlichen Lebensführung am Wertegerüst des katholischen Christentums, *scientia* – die Bereitschaft zum konsequenten Studium, interdisziplinären Erfahrungsaustausch und lebenslanges Lernen, *amicitia* – die das Studium überdauernde, lebenslange Freundschaft sowie *patria* – das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Staates und unserer kulturellen Wurzeln.



rendt ein, dass durch die Photovoltaik unverhältnismäßig viel an seltenen Erden verbraucht würden, die Ressourcen dieser Metalle von China „aufgesammelt“ würde. Ausgerechnet von dem riesenhaft wachsenden Industriestaat, der sich keinem internationalen Abkommen angeschlossen hätte. Deutschland solle sich vor der Lehrmeister-Mentalität verabschieden, wand Abtprimas Wolf ein, die hausgemachten Probleme seien zu lösen und nicht aller Welt erklären, was in Deutschland nicht ginge. Hier brachte Deters den Punkt darauf, dass man in Deutschland genau wisse, was man nicht wolle, aber keinerlei Angaben gemacht würden, wie man seine Ziele erreichen möchte. Es seien ausreichend Genehmigungen vorhanden, aber die gezeigte Sprunghaftigkeit der Politik macht es einem Investor schwer, sich mit Millionenbeträgen zu binden, die evtl. dann durch Bürgerinitiativen veranlasst sich nicht mehr rechneten. Man möchte zwar raus aus dem Atomstrom, ohne diesen von anderen Staaten zu impor-

tieren, aber gegen Kohlekraftwerke sei man genauso. Da der Wind nicht stetig wehen würde und auch bei der Sonneneinstrahlung Schwankungen in größerem Maße aufträten, sei für die Versorgung der Grundlast Altanlagen weiter in Betrieb. Einig waren sich die Teilnehmer, dass Energiewirtschaft in den Industriestaaten eine äußerst kostenintensive Angelegenheit sei, deren Rahmenbedingungen die Politik zurzeit nicht in gesicherten Bahnen regeln würde. Energie ist gleichzusetzen mit Wohlstand, deshalb sei es so wichtig in den Ländern, die sich entwickelten, eine Änderung des Bewusstseins herbeizuführen, um eben nicht länger Brandrodungen durchzuführen, sondern Sonnenenergie zu nutzen, wie Abtprimas Notker Wolf für das Benediktinerkloster in Tansania als Beispiel anführte. Mit der Bemerkung, dass bis 2050 noch ein langer Weg vor uns liegen würde, schloss die sehr interessante Diskussion, die keinen Königsweg aufzeigen konnte, aber das Problembewusstsein deutlich schärfte. □ (BB)

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands (KAD)

# Dialogprozess in der Katholischen Kirche Deutschlands

VON HEINRICH SUDMANN<sup>1</sup>

„Im Heute glauben – wo stehen wir“ war das Motto des Auftakts des von der Deutschen Bischofskonferenz initiierten Gesprächsprozesses der Katholischen Kirche in Deutschland am 8./9. Juli 2011 in Mannheim.

Der Vorstand der KAD sieht für sich und die ihm angeschlossenen Verbände die Verpflichtung, ihren Beitrag zu diesem Vorhaben und damit zur Erneuerung der katholischen Kirche zu leisten. Er ist sich einig, dass neben allen anderen Zielen und Inhalten im Vordergrund stehen muss, Katholiken und Glauben suchende mit der Botschaft Jesu Christi so anzusprechen, dass sie für sich einen Zugang dazu gewinnen können, dass sie sich zu einer Auseinandersetzung damit und zur Vertiefung ihres eigenen Glaubens motivieren lassen und dass sie in den Gemeinden und ihren Gemeinschaften aus dem Glauben leben lernen.

Formulierungen für dieses Glaubenszeugnis könnten z. B. sein:

- Zeugnis von der Hoffnung geben, die in uns ist
- Unser eigener Weg zum Glauben
- Glauben – eine Orientierung für unser Leben
- Vereine und Verbindungen als „Biotope“ des Katholischseins
- Den eigenen Glauben im Alltag vorbildlich leben
- Jeder Mensch als das Tor zum Glauben für einen anderen.

Glauben erfordert Gemeinschaft. Jeder braucht in seinem eigenen Bemühen um seinen Glauben Gespräch und Glaubenspraxis mit anderen. Das kann sein Glaubenswissen vertiefen, zu eigenen Anstrengungen und Teilnahme an religiösen Vorhaben motivieren und nicht zuletzt Basis für ein Handeln aus dem Glauben sein.

– rung ermöglichen aus dem Glauben heraus

- Begegnungen mit Zeugen des Glaubens anbieten
- Das Gespräch mit anderen Suchenden auf dem Weg des Volkes Gottes anstreben
- In kirchlichen Gemeinden und Gremien diesen Schwerpunkt zum Gegenstand der jeweiligen Aktivitäten vertreten
- Verantwortung und Beteiligung aller in den Gemeinden ermöglichen
- Eine einseitige Orientierung des Dialogprozesses an der Situation und den Interessen in der deutschen Kirche verhindern
- Das „Sentire cum Ecclesia“ praktizieren und einfordern.

<sup>1</sup> Heinrich Sudmann ist langjähriges Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und u.a. Vorstandsmitglied der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands

## Was können Akademikerverbände tun?

Das Bemühen um den Glauben thematisieren

- Menschen von heute in ihrem Denken und Wollen Orientie-

Der Autor und die Redaktion freuen sich über Ihre Meinung zu diesem Artikel, den Sie bitte an die E-Mail Adresse (im Impressum) schicken sollten. □

## Kurznachrichten USA

# Anglo-Lutheraner kehren zur vollen Einheit mit Rom zurück

Nach zahlreichen Anglikanern ist im Juli auch die „Anglo-Lutheran Catholic Church“ (ALCC) zur Einheit mit Rom zurückgekehrt, wie deren höchste Autorität, Erzbischof Iri Allen Gladfelter von Kansas City in Missouri offiziell bekannt gab. Die ALCC verfügt über fünf Erzdiozesen in den USA, eine Erzdiozese in Afrika und zwei nicht-territoriale Erzbistümer, eines für die schwarzafrikanischen Einwanderer in den USA, das andere für vietnamesische Einwanderer. Sie verfügt über weitere Niederlassungen in Kanada, Deutschland, im Sudan, in Uganda und Kenia.

Bereits 2009 hatte die ALCC bei Kardinal Kasper, dem damaligen Vorsitzenden des Päpstli-

chen Rates für die Einheit der Christen, um Aufnahme in die katholische Kirche ersucht. Nach der Einrichtung des nordamerikanischen Personalordinariats für die konvertierten Anglikaner wurde die ALCC von Kardinal Donald William Wuerl, dem Verantwortlichen für die Umsetzung von „Anglicanorum coetibus“, dazu eingeladen, diesem Ordinariat beizutreten, ein Angebot, das diese gerne annahm. Deren Metropolit Gladfelter berief sich besonders auf den seligen Henry Kardinal Newman, der geäußert habe: „Sich in die Geschichte vertiefen bedeutet, aufzuhören, Protestanten zu sein.“

(ZENIT)



## Gesundes Führen – ideales Mittel gegen Burnout?

Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg (IHK) führte am 07.07.2011 im Münster-Carré in Bonn die Veranstaltung „Gesundes Führen – ein ideales Mittel gegen Burnout?“ durch. In bewährter Zusammenarbeit mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU) und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie der Eudamion GmbH in Königswinter fanden sich weit über

feierte Militärdekan Benno Porovne mit Unterstützung des Pfarrgemeinderates (als Ministranten) im Bonner Münster die Heilige Messe, bevor der Vortrag ab 19.00 Uhr stattfand. Durch den großen Andrang mussten einige Gäste wegen der Überfüllung des Saales (Bild 1) zurückgewiesen werden, was beweist, dass dieses Thema – trotz anfänglicher Skepsis – ein breites Publikum interessierte. In



*Bild 1: Der Gangolf-Saal des Bonner Münster-Carrees war für den nicht erwarteten Andrang zu klein. Mehr als hundert Gäste erwarteten gespannt die Veranstaltung.*

hundert Gäste im Gangolf-Saal im Münster-Carré ein, um den als Dialog gestalteten Vortrag von Prof. Dr.(med) Walter Möbius und Dipl.-Psych. Thomas Artmann zu hören. Ab 18.00 Uhr

der anschließenden Diskussion nahmen Georg Habenicht von der Deutschen Telekom, Rainer Speich, Inhaber der Sportpark Ennert KG, sowie Brigadegeneral Christof Munzlinger,



*Bild 2: von links: der Moderator Thomas Dario, stellvertretender Leiter der Aus- und Weiterbildung der IHK, Prof. Dr. (med) Walter Möbius, Rainer Speich, Inhaber der Sportpark Ennert KG*

der Beauftragte des Verteidigungsministers für posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) teil. Die Aussprache wurde moderiert von Dario Thomas, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Aus- und Weiterbildung der IHK.

Nach der Begrüßung

durch den Geschäftsführer des BKU Martin Wilde, trug zuerst Prof. Möbius (Bild 2) die Tatsache vor, dass gesellschaftlichen Werte und ethisch-moralische Sinnkonstruktionen als Lebensmodelle abgelöst wurden durch Leistung und Erfolg (sowohl beruflich als auch privat). Ein Scheitern – auch ein angebliches Scheitern – in diesen Dingen löst psychosomatische Erkrankungen aus, die letztendlich zum Burnout führen können. Da der Krankheitsverlauf deutlich länger ist als bei „normalen“ Erkrankungen, entsteht dadurch ein hoher gesellschaftlicher Schaden, der das Thema sowohl für die Gesellschaft als auch für die Unternehmer interessant macht. Das Krankheitsbild des Burnout ist vielfältig, führte Prof. Möbius aus, deshalb sei eine Zusammenarbeit des Mediziners mit Psychotherapeuten dringend angeraten. Als Beispiel für Krankheitsbilder nannte der ehemalige Chefarzt beständige Müdigkeit und Erschöpfungszustände, Schlafstörungen, schwaches Immunsystem, Kopfschmerzen, Magen- und Darmerkrankungen, Herzrhythmusstörungen sowie Anomalien im Neurotransmitter- und Hormonspiegel. Dabei sei zu beachten, dass jedes der aufgeführten Beispiele auch ein eigenständiges Krankheitsbild abgäben, so dass eine „Fehldiagnose“ mit anschließender nicht zutreffender Behandlung leicht geschehen könne, erzählte der langjährige Mediziner und führte Beispiele aus seiner Praxis an.

Thomas Artmann (Bild 3) setzte den Vortrag fort, indem er auf die Präventivmedizin, verbunden mit einer Differentialdiagnose zu sprechen kam, die in einem solchen Falle eigentlich angebracht wäre. Burnout dürfe nicht mit Stress gleichgesetzt werden, sagte Artmann, sondern entstünde durch dauerhaftes Scheitern in einer von drei wichtigen Bedingungen. Diese seien: Selbstwertbedingungen (d.b. Dinge, die für sein eigenes „Ich“ wichtig seien), Sinnverwirklichung (d.b. die eigene Idee des Lebens sei gescheitert), sowie ein Scheitern in der Wertekonformi-

tät. Letzteres bedeute, dass ein Widerspruch bestehe zwischen seinem Arbeitsziel und der eigene Wertevorstellung. Ein solches Scheitern könne



*Bild 3: Dipl.-Psych. Thomas Artmann beim Vortrag*

verschiedene Gründe haben, führte Artmann aus. Man könne sich falsche Ziele setzen, als junge Führungskraft verfüge man nicht über genügend Erfahrung, so dass auch Kompetenzmängel eine Ursache sein könnten. Am häufigsten seien Ressourcenmängel Ursache eines Scheiterns, wobei der Referent zwischen den körperlichen, krankheitsbedingten und psychischen Dingen („Beziehungskisten“) unterschied. Die materiellen Ressourcenmängel seien überall vorhanden und könnten als ein Spezifikum nicht direkt verantwortlich gemacht werden.

**E**in gesundes Führen, welches die Mitarbeiter ganzheitlich positiv beeinflusst sei das beste Mittel, um die Wahrscheinlichkeit eines Burnout der Mitarbeiter zu verhindern, referierte Prof. Möbius, der den Vortrag fortsetzte. Zur Verdeutlichung diese „gesunden Führens“ trug er die Ergebnisse einer Befragung der Mitarbeiter eines großen Konzerns vor, was sich diese unter einer positiven Unternehmenskultur vorstellen würden. Die Antwortenden gaben zur Auskunft, dass ein partnerschaftliches Führen (nicht das bekannte „laissez faire“), sondern die Anerkennung des Partners als Fachmann ein wesentlicher Bestandteil sei. Wenn die Mitarbeiter ihre strukturellen Freiheiten nutzen könnten und ihre Arbeit eine Wertschätzung durch die Führung erhiel-

te, ließen sich krankheitsbedingte Fehlzeiten in dem Betrieb reduzieren. Somit sei ebenfalls das Auftreten von Burnout verringert.



*Bild 4: links im Bild Georg Habenicht von der Deutschen Telekom, der von den Erfahrungen des Unternehmens berichtete*

Unbestreitbar sei die Erkenntnis, dass die gesamte Problematik eine Frage der Führung eines Unternehmens sei. Woran könne eine Führungskraft erkennen, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch diese Krankheit gefährdet seien? Am deutlichsten seien Veränderungen seines Verhaltens wie stärkere Zurückgezogenheit, stiller als sonst. Aber auch eindeutig längeres Arbeiten, ebenso wie verstärkte Wochenendarbeit verbunden mit perfektionistischen Ansichten über die Ergebnisse seine Anzeichen, gab Prof. Möbius zu verstehen. Keinesfalls sollte man sich nach diesem Vortrag dazu in der Lage sehen, selbst eine Diagnose stellen zu können. Hier seien – wie am Anfang erwähnt – der Präventivmediziner und der Psychotherapeut gefragt. Bei Anzeichen dieser Symptome empfahl der Referent, Gespräche mit dem Betroffenen zu führen, bei dem man hauptsächlich zuhören solle. Käme man dann zur Ansicht, die Problematik sei wesentlich tiefergehend, müsse man die ärztliche Komponente empfehlen. In frühen Stadien könne man noch mit Verordnungen wie dem Verbot der Wochenendarbeit, Verbot der Versendung von E-Mails nach 20.00 Uhr oder ähnlichem einschreiten. Da die Gründe aber wie dargelegt tiefer läge, sei die medizinische Lösung die empfehlenswerteste. Dabei müsse man sich von der Vorstellung, Burnout

sei ein Krankheitsbild lösen, es sei im Grunde genommen ein Zeitgeistphänomen, verursacht durch den Verlust von Werten.

Georg Habenicht (*Bild 4*) von der Telekom trug über die Ergebnisse der konzerninternen Befragung vor und bestätigte die Vortragenden. Am Beispiel der Ressourcenmängel führte der Redner aus, dass dies gerade die Aufgabe der Führung sei, den Ausgleich zwischen Belastung der Teams und der Ressourcenmängel herzustellen. Die von Prof. Möbius und Dipl.-Psych. Artmann genannten Faktoren und Wirkungsweisen wurden von dem Manager der Telekom bestätigt. Der folgende Co-Referent Rainer Speich sprach über seine Erfahrungen als Bewegungstherapeut, der schon in verschiedenen Firmen Fitnessprogramme angeboten bzw. durchgeführt hat. Nach seiner Erfahrung ist ein solches Programm eine ständige Aufgabe der Führung, denn wenn die Führungsebene nicht dahinter steht und dies durch Teilnahme am Programm deutlich macht, seien alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt. Bei erfolgreicher Durchführung jedoch ergab sich das überraschende Bild, dass durch ein solches Bewegungsprogramm die Unternehmenskultur deutlich verbessert wurde, führte Speich aus.

Brigadegeneral Christof Munzlinger (*Bild 5*) machte die Schwierigkeiten des Unternehmens Bundeswehr deutlich, die dadurch kamen, dass die im Kalten Krieg mit einem relativ gefahrlosen Karrieredenken

behaftete Bundeswehr sich zu einer Einsatzarmee gewandelt habe, in der Tod und Verwundung wesentlich höhere Führungsleistung verlange als

nisse ergäbe, werde erst später sichtbar, wenn sich der Betroffene verändere und kein unmittelbaren Zusammenhang in der allgemeinen Situation



*Bild 5: Brigadegeneral Christof Munzlinger (links) mit Thomas Artmann während der Diskussionsrunde*

früher. „Aus Üben wurde Ernst“ sagte General Munzlinger und stellte fest, dass wertorientiertes Führen gerade im Einsatz unverzichtbar sei. Am Beispiel des Flughafens Köln-Wahn, an dem links die Urlauber in ihre wohlverdienten Ferien abhoben und rechts der junge Mann in den Einsatz mit der Gefahr von Tod und Verwundung flöge, zeige sich die Diskrepanz in der modernen Gesellschaft. Dabei seien Verletzung und Verstümmelung sichtbare Zeichen der Verwundung, aber der Riss in der Seele, der sich durch die traumatisierenden Ereignis-

zur Krankheit herzustellen sei. Hier gelte es, die Fürsorge des Dienstherrn in Anspruch zu nehmen, führte der PTBS-Beauftragte aus, durch die lange Karenzzeit dieser Erkrankung gelte es besondere Aufmerksamkeit diesen Menschen zu geben. Das gesunde Führen, führte General Munzlinger aus, sei in den Leitsätzen für Vorgesetzte für alle seit langem festgeschrieben, man müsse nur dafür Sorge tragen, dass diese auch berücksichtigt würden.

In den anschließenden Fragen wurde von Prof. Möbius klargestellt,

dass Burnout von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht als Krankheit eingestuft würde. Hier waren sich alle Vortragenden einig, dass nicht nur der Burnout sondern auch die PTBS aus der Ecke der „Sondererkrankungen“ herausgeholt werden müssen. Es muss ein Bewusstsein in der Gesellschaft entwickelt werden, damit die Betroffenen nicht stigmatisiert werden, sondern Hilfe erhalten, wenn sie von der modernen Gesellschaft in Ausnahmesituationen erkranken. Für die Bundeswehrangehörigen steht da in erster Linie, dass die Angehörigen, aber auch die Gesellschaft, die zurück kommenden Teilnehmer eines Einsatzes auch „wahrnimmt“ und das Geschehen zum Beispiel in Afghanistan nicht mit einem Satz abtut.

In Firmen können Programme wie Sport helfen, um ein „Gemeinschaftsgefühl“ zu entwickeln. Nur müssen die Bemühungen kontinuierlich durchgeführt werden, um Erfolge zu zeitigen. In der Durchführung zeigen sich noch genügend Probleme, wie der Abholpunkt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bestimmte Animositäten (sich zeigen in Sportkleidung etc.) der einzelnen Teilnehmer und vor allem die aktive Unterstützung der Führungsstrukturen des Unternehmens: alle müssen es wollen. Hier hat die Bundeswehr einen deutlichen Vorsprung. □

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

## Kurznachrichten

### 11. September hat Lebensgefühl beeinflusst

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben nach Beobachtung des Hamburger Zukunftsforschers Horst W. Opaschowski das Lebensgefühl der Menschen nachhaltig beeinflusst.

Das Gefühl der akuten Bedrohung durch den Islam sei inzwischen anderen Bedrohungen wie der globalen Wirtschaftskrise gewichen, erklärte Opaschowski. Es herrsche eine „soziale Verunsicherung“, da es keine Arbeitsplatz-, Einkommens- und Geldsicherheit mehr gebe. Eine Folge der Terroranschläge sei ein gestiegenes Sicherheitsbedürfnis. Für die Deutschen sei Sicherheit inzwischen „wichtiger als Freiheit“, so der frühere Leiter des BAT-Freizeitforschungsinstituts.

Dennoch erwartet der Wissenschaftler in Zukunft einen entspannten Umgang mit Muslimen. Vor allem in Großstädten hätten die Deutschen jeden Tag „unmittelbaren Kontakt“ zu Muslimen. Wo Begegnung stattfinde, verringere sich die Angst. Opaschowski geht nicht davon aus, dass in Zukunft mehr religiös motivierte Konflikte auftreten. Er prognostiziert, dass die Religiosität wieder verstärkt in den Alltag der Deutschen einziehen werde. Die Kirchenzugehörigkeit trete in den Hintergrund, während die Menschen „Sinnsucher“ blieben. Es entstehe eine „neue Religiosität“, die viel mit „sozialer Geborgenheit“ zu tun habe. (KNA)



# FÖRDERKREIS

DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.  
c/o Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt

48317 Drensteinfurt, im Juli 2011

Sehr geehrte Mitglieder,

hiermit lade ich Sie zur Mitgliederversammlung 2011 des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. ein.

Termin: 16. September 2011  
Zeit: 13:00 Uhr  
Ort: Bildungshaus der Barmh. Schwestern vom  
hl. Vinzenz von Paul  
Margarita-Linder-Str. 8  
89617 Untermarchtal

Kosten: **sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.**

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen:
  - a) Stellv. Vorsitzender
  - b) Schatzmeister
5. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen möchten, melden sich bitte **bis Freitag, 2. September 2011** schriftlich, per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail ([bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de](mailto:bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de)) bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant a.D. Artur Ernst, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Attermeyer, OTL  
Vorsitzender des FGKS

---

Vorsitzender	Oberstleutnant Rüdiger ATTERMAYER, Josef-Rhein-Straße 9a, 53359 Rheinbach E-Mail: <a href="mailto:Bundesvorsitzender@Kath-Soldaten.de">Bundesvorsitzender@Kath-Soldaten.de</a>
Stellv. Vorsitzender	Oberst a.D. Karl-Jürgen KLEIN, Poststraße 12, 52477 Alsdorf Tel.: 02404 / 6 67 76, Fax: 02404 / 6 47 62, E-Mail: <a href="mailto:KarlJuergenKlein@t-online.de">KarlJuergenKlein@t-online.de</a>
Schatzmeister	Oberstabsfeldwebel a.D. Hubert BERNERS, Mecklenburger Straße 11 Tel.: 02508 – 98 46 39, mobil: 01525 36 56 91 0 E-Mail: <a href="mailto:FGKS@Kath-Soldaten.de">FGKS@Kath-Soldaten.de</a>



# AUFNAHMEANTRAG

## Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Name				geb. am	
Vorname				Dienstgrad	
PLZ		Wohnort			
Straße					
Tel					
eMail					
GKS-Bereich		GKS-Kreis			
Ich gehöre keinem GKS-Kreis an					<input type="checkbox"/>
Ich interessiere mich für die Mitarbeit in einem GKS-Kreis					<input type="checkbox"/>

Ich bin Mitglied im FGKS	JA <input type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>	MitgliedsNr	
Ich möchte Mitglied im FGKS werden	JA <input type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>		

Außer mir wollen folgende Familienangehörige \* in die GKS aufgenommen werden.

Name, Vorname (Ehepartner/in)	geb. am	Name, Vorname (Kinder)	geb.am

\* Kinder gemäß Ordnung der GKS bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.  
Für Kinder nach dem vollendeten 14. Lebensjahr ist ein eigenständiger Aufnahmeantrag zu stellen.

- Mit der Aufnahme erkenne ich die Leitsätze der GKS an.
- Änderungen der Adresse, des Dienstgrades und die Versetzung in den Ruhestand werden von mir fristgerecht an die GKS gemeldet.

Datum

Unterschrift

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) gilt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

- Die Daten dienen ausschließlich der Vereins- und Verbandsarbeit.
- Diese werden von der GKS zum Zweck interner Daten- und Textverarbeitung gespeichert, verarbeitet und genutzt.
- Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Gliederungen der GKS sowie an die Katholische Militärseelsorge für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden.
- Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Datum

Unterschrift

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt



# AUFNAHMEANTRAG

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. (FGKS)

Name				geb. am	
Vorname				Dienstgrad	
PLZ		Wohnort			
Straße					
Tel			eMail		
GKS-Bereich		GKS-Kreis			
Ich gehöre keinem GKS-Kreis an					<input type="checkbox"/>
Ich interessiere mich für die Mitarbeit in einem GKS-Kreis					<input type="checkbox"/>

Außer mir wollen folgende Familienangehörige in den FGKS aufgenommen werden. .

Name, Vorname (Ehepartner/in)	geb. am	Name, Vorname (Kinder)	geb. am

- Mit der Aufnahme erkenne ich die Satzung des FGKS an.
- Ich verpflichte mich, mindestens den festgesetzten Beitrag Stand 2001  
- Einzelmitgliedschaft 30€/Jahr - Familienmitgliedschaft 50€/Jahr  
mit ☐ Lastschrift - siehe auch Rückseite - oder ☐ Dauerauftrag /Überweisung zu zahlen.
- Änderungen der Adresse, Dienstgrad und Familienstand sowie die Versetzung in den Ruhestand werden von mir fristgerecht an den FGKS gemeldet.

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Unterschrift Ehepartner/in\*\* \_\_\_\_\_

Für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) gilt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

- Die Daten dienen ausschließlich der Vereins- und Verbandsarbeit.
- Diese werden von dem FGKS zum Zweck interner Daten- und Textverarbeitung gespeichert, verarbeitet und genutzt.
- Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Gliederungen der GKS sowie an die Katholische Militärseelsorge für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden.
- Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Unterschrift Ehepartner/in\*\* \_\_\_\_\_

GKS-F17-07/10-HB

Anschrift Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten  
Schatzmeister co/ H.Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt  
Bankverbindung Pax - Bank e.G. BLZ 39160191, KontoNr 1009439010





## EINZUGSERMÄCHTIGUNG ZUM AUFNAHMEANTRAG

### Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. (FGKS)

Hiermit ermächtige ich den Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. widerruflich \_\_\_\_\_ € jährlich zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn das angegebene Konto den erforderlichen Betrag nicht aufweist, ist mein Kreditinstitut nicht zur Einlösung verpflichtet.

#### Kontoinhaber

Name			Vorname	
PLZ		Wohnort		
Straße				
Kreditinstitut				
KontoNr			BLZ	

Datum

Unterschrift des Kontoinhabers

Für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) gilt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

- Sie dienen ausschließlich der Vereinsarbeit
- Diese werden von dem FGKS zum Zweck interner Daten- und Textverarbeitung gespeichert, verarbeitet und genutzt.
- Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden

Datum

Unterschrift



## ÄNDERUNGSMELDUNG

### Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Umzug	<input type="checkbox"/>	Versetzung	<input type="checkbox"/>	Dienstgrad	<input type="checkbox"/>	Familienstand	<input type="checkbox"/>
-------	--------------------------	------------	--------------------------	------------	--------------------------	---------------	--------------------------

Name, Vorname			
Dienstgrad (alt)		Dienstgrad (neu)	
Versetzung in den Ruhestand			
Name, Vorname (Ehepartner/in)			
Name, Vorname (Kinder)		geb. am	

#### Alte Anschrift

Straße, HausNr			
PLZ, Ort			
GKS-Bereich		GKS-Kreis	
Tel			
eMail			

#### Neue Anschrift

Straße, HausNr			
PLZ, Ort			
GKS-Bereich		GKS-Kreis	
Tel			
eMail			

#### Bemerkungen

Datum

Unterschrift

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) gilt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

- Die Daten dienen ausschließlich der Vereins- und Verbandsarbeit.
- Diese werden von der GKS zum Zweck interner Daten- und Textverarbeitung gespeichert, verarbeitet und genutzt.
- Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Gliederungen der GKS sowie an die Katholische Militärseelsorge für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden.
- Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Datum

Unterschrift

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

GKS-F02-07/10-HB



Formular 18-GKS-Änderungsmeldung FGKS

# ÄNDERUNGSMELDUNG

## Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e. V. (FGKS)

Umzug	<input type="checkbox"/>	Versetzung	<input type="checkbox"/>	Dienstgrad	<input type="checkbox"/>	Familienstand	<input type="checkbox"/>
-------	--------------------------	------------	--------------------------	------------	--------------------------	---------------	--------------------------

Name, Vorname			
Dienstgrad (alt)		Dienstgrad (neu)	
Versetzung in den Ruhestand			
Name, Vorname (Ehepartner/in)			
Name, Vorname (Kinder)		geb. am	

### Alte Anschrift

Straße, HausNr			
PLZ, Ort			
GKS-Bereich		GKS-Kreis	
Tel			
eMail			

### Neue Anschrift

Straße, HausNr			
PLZ, Ort			
GKS-Bereich		GKS-Kreis	
Tel			
eMail			

### Neue Bankverbindung

Kreditinstitut			
KontoNr		BLZ	
<input type="checkbox"/>	Hiermit ermächtige ich den FGKS widerruflich den Jahresbeitrag zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen.		

Datum

Unterschrift

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

Für den Umgang mit personenbezogenen Daten des Antragstellers (einschließlich deren Verarbeitung) gilt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

- Die Daten dienen ausschließlich der Vereins- und Verbandsarbeit.
- Diese werden von dem FGKS zum Zweck interner Daten- und Textverarbeitung gespeichert, verarbeitet und genutzt.
- Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Gliederungen der GKS sowie an die Katholische Militärseelsorge für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden.
- Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Datum

Unterschrift

\*\* Wenn Aufnahme durch Ehepartner/in beantragt

Unterschrift Ehepartner/in\*\*

GKS-F18-07/10-HB



## II. Vaticanum

### Vorbereitungskommission und erste Sitzungsperiode (1960-1962)

VON ANDREAS M. RAUCH<sup>1</sup>

Sowohl in der Vorbereitungskommission als auch in den beiden Sitzungsperioden des II. Vaticanums kam es immer wieder zu Richtungsstreitigkeiten zwischen reformorientierten Kräften um Papst Johannes XXIII. und einer konservativen, am Status quo orientierten römischen Kurie.

Im Unterschied zu Joseph Ratzinger, der bei seiner Wahl zum Papst 2005 fast 25 Jahre der römischen Kurie an leitender Stelle als Präfekt der wichtigen Kongregation für Glaubensfragen angehörte, verfügte der Roncalli-Papst nicht wie Ratzinger über eine „Hausmacht“ in der römischen Kurie. Als Papst Johannes XXIII. im Januar 1959 erste Andeutungen über die Einberufung eines Kirchenkonzils machte, war er selbst ein gutes halbes Jahr im Amt und nahezu alle wichtigen Positionen in der römischen Kurie waren noch durch den konservativen Papst Pius XII. besetzt worden. Dementsprechend fühlten sich die damaligen Amtsinhaber dem Denken und der Person Papst Pius XII. mehr verpflichtet als dem Roncalli-Papst. Zwar hatte Roncalli als langjähriger Kardinal der Kirche und als vatikanischer Diplomat gute Kontakte in den Vatikan, doch fehlte Papst Johannes XXIII. im Vergleich etwa mit Papst Benedikt XVI. auch ein detailliertes Wissen über die Mehrzahl der Personen und Persönlichkeiten in der römischen Kurie, sodass er – zumindest im Mittelbau der römischen Kurie – nicht präzise zwischen progressiven und konservativen Kräften im Staat der Vatikanstadt zu unterscheiden vermochte. So wuchs auch die Vorbereitungskommission zum Versuch seitens der römischen Kurie auf, die Folgen des nun einmal nicht mehr verhinderbaren Konzils möglichst stark einzudämmen.

Als Vorsitzender der Vorbereitungskommission hatte Papst Johannes XXIII. den reformorientierten Kardinal Alfredo Ottaviani (1890-1979) ernannt und ihm weitere Reformkräfte wie die Kardinäle Frings und König zur Seite gestellt. Insgesamt bestand die Vorbereitungskommission aus zehn Personen. Allerdings war die Vorbereitungskommission auf theologische Vorlagen aus der römischen Kurie angewiesen. Darüber hinaus wurden auch die Protokolle von Referenten aus der römischen Kurie verfasst, wobei die von der römischen Kurie genehmigten Protokollendfassungen oft erheblich vom tatsächlichen Diskussionsstand in der Vorbereitungskommission abwichen. Diese nachträglichen Änderungen der Protokolle durch die römische Kurie wieder rückgängig zu machen, kostete der Vorbereitungskommission viel Kraft, war für ihre Mitglieder mitunter zermürend und auch in vielen Fällen nicht immer mehr möglich. Die 9920 Seiten umfassenden Druckhefte in lateinischer Sprache, die den Versammlungen zur Abstimmung vorgelegt wurden, verteilten sich auf sechzehn Quartheft. Da in den einzelnen Kommissionen alle Probleme der Kirche der einzelnen Länder mit sehr großer Offenheit diskutiert und angesprochen wurden, blieben die ersten fünfzehn Quartheft geheim. Der von der römischen Kurie redigierte sechzehnte Band hingegen wurde veröffentlicht.

Eine Problemebene für den Konzilsprozess in der Vorbereitungskommission und der ersten Sitzungsperiode stellten dabei auch die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Heiligen Stuhles dar, die damals noch intransparenter waren als in der Gegenwart, in der sich der Vatikan zumindest müht, Zahlen über Einnahmen und Ausgaben zu veröffentlichen. Damals wie heute blieben dabei die Geschäfte der Vatikanbank außen vor, da sie

nicht unmittelbar zum Haushalt des Staates der Vatikanstadt gehören. Der Heilige Stuhl hatte zwar durch die Republik Italien für den verloren gegangenen Kirchenstaat in den Lateranverträgen von 1929 eine Entschädigungszahlung in Milliardenhöhe erhalten, doch war auch bekannt, dass ein Teil des Geldes etwa durch Kriegsanleihen verloren gegangen war. Von dem Rest war vieles in Immobilien, vor allem in Rom, angelegt worden. Doch erlitten viele Gebäude und Mietshäuser durch die Folgen des II. Weltkrieges bedingt massive Schäden, sodass es zu weiteren Vermögensverlusten durch erhebliche Sanierungsarbeiten kam.

Kurzum, die römische Kurie machte Papst Johannes XXIII. deutlich, dass ein Kirchenkonzil zum gegenwärtigen Zeitpunkt eigentlich nicht finanziert werden könnte, schon gar nicht gerade einmal fünfzehn Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges. So ganz unberechtigt dürfte der Einwand der römischen Kurie nicht gewesen sein. Während die Teilnahme der Mitglieder des Kardinalskollegiums am Konzil weitgehend vom Vatikan finanziert wurde, mussten Bischöfe meist auf eigene Kosten anreisen und ihren Aufenthalt in Rom finanzieren. Und Bischöfe aus Entwicklungsländern mit europäischer Herkunft wurden oft von ihren europäischen Heimatdiözesen finanziert, in denen sie zum Priester geweiht worden waren. So fanden sich im Ergebnis nur wenige Teilnehmer und Berater aus Entwicklungsländern, die dort auch geboren waren, in Rom auf dem II. Vaticanum ein. Zu den europäischen Vertretern aus Entwicklungsländern gehörte auch der Franzose Marcel Lefebvre, der damals amtierende Erzbischof von Dakar im Senegal.

#### „Alles auf den Prüfstand“

Die Vorbereitungskommission sah sich vor das Problem gestellt, zu bestimmen, worum es bei dem geplan-

<sup>1</sup> Prof (eh) Dr. Andreas M. Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst und Lehrbeauftragter an der Universität Köln

ten Kirchenkonzil überhaupt gehen soll. Papst Johannes XXIII. hatte verschiedene richtungsweise Bildworte verkündet wie etwa dem von „Öffnet weit die Türen der Kirche“, doch diesen eher allgemeinen Formulierungen galt es nun, theologischen Sinngehalt und kirchliche Deutungsschärfe zu verleihen. Viele in der Vorbereitungskommission waren der Auffassung, dass das geplante Konzil auf wenige Themen eingegrenzt werden könnte. Im Raum standen etwa die Themen „Kirche in der Welt“, „Die Friedensfrage in unserer Zeit“ oder „Christliche Herausforderungen der modernen Gesellschaft“. Diese Themen sollten auch in der Folgezeit des II. Vaticanums ihre kirchenpolitische Bedeutung behalten und immer wieder von Theologen aufgegriffen werden, etwa in der bei Herder in Freiburg erschienen Enzyklopädie „Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft“, zu deren Herausgebern Karl Rahner und Franz Böckle zählen. Es gab eine starke, von den Mitgliedern der römischen Kurie ausgehende Tendenz, Meinungsbildung zu Themen zu betreiben, die außerhalb der Kirche angesiedelt sind, um so zu vermeiden, dass die Kirche selbst zum Thema gemacht und damit der Kritik ausgesetzt wird. Eben dies intendierten aber die progressiven Kräfte innerhalb der römisch-katholischen Kirche.

So machte Kardinal Ottaviani als Vorsitzender der Vorbereitungskommission rasch deutlich, dass es eben der Wunsch des Papstes sei, die kirchliche Lehre und die römisch-katholische Kirche selbst zum Gegenstand der Diskussion und auch der Erneuerung zu machen. Bis zu Ende des Konzils blieb aber stets eine gewichtige Minderheit bestehen, die eine Erneuerung der Kirche aus innigster Überzeugung ablehnte. Hierzu zählt die Gruppierung um den Erzbischof von Bourges, Joseph-Charles Lefèbvre (1892-1973), der zwar nicht selbst der Vorbereitungskommission angehörte, wohl aber Mitglied des II. Vaticanums war. Auch die heutigen Debatten um die am 1. November 1970 gegründete Pius-Bruderschaft finden ihre geistigen Wurzeln in jener kirchlichen Minderheit bzw. Minderheitsmeinung im II. Vaticanum, die jedwede Erneuerung ablehnte.

Für großes Entsetzen sorgte die zweite Ankündigung von Kardinal Ottaviani, dass die Diskussionen in Vorbereitungskommission und im Konzil ergebnisoffen gestaltet werden sollten. Das implizierte auch, dass alle kirchlichen Lehrsätze (Dogmen) zur Diskussion gestellt wurden. Viele Kirchenleute sahen dieses Vorgehen geradezu als Frevel und als Angriff auf den göttlichen Auftrag der Kirche an. Die konservativ eingestellten Kirchenleute befürchteten, dass das Unfehlbarkeitsdogma des Papstes in Glaubensfragen („ewige Wahrheiten“), welches auf dem I. Vaticanum verkündet und im Dogma von der Himmelfahrt von Leib und Seele Marias (1950) eine erste Entfaltung fand, wieder infrage gestellt oder gar zurückgenommen werden sollte.

Die römische Kurie sah zudem die Gefahr am Horizont aufsteigen, dass die römische Zentralgewalt geschwächt und die Ortskirchen gestärkt werden sollten. Diese Wahrnehmung stellte sich als nicht ganz unbegründet dar. So wurden als Ergebnis des II. Vaticanums die Stellung der nationalen Bischofskonferenzen gestärkt, ebenso die Rolle regionaler Bischofskonferenzen – etwa in Form der latein-amerikanischen Bischofskonferenz oder des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). Der verstorbene Bischof von Hildesheim Josef Homeyer (1929-2004), langjähriger Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE), berichtete dem Autor gegenüber von den großen Schwierigkeiten, die mit der Gründung der ComECE durch die römische Kurie einhergingen. So bestand auch nach dem II. Vaticanum der grundsätzliche Anspruch der römischen Kurie, die römisch-katholische Kirche in allen Angelegenheiten nach außen hin zu vertreten.

Viele dieser Neuerungen durch das II. Vaticanum sind Katholiken heute ganz selbstverständlich, doch in der Vorbereitungskommission und auf dem Konzil riefen diese Diskussionspunkte Ängste und mitunter großes Befremden hervor, weil es das Selbstverständnis vieler Kirchenleute infrage stellte, etwa in der Frage der Errichtung des ComECE-Büros in Brüssel. Bislang waren die Bischöfe allein

dem Papst verantwortlich gewesen; eine Abstimmung oder Zusammenarbeit mit anderen Bischöfen entstanden allein aufgrund eigener Initiative. Dass mit dem II. Vaticanum nationale Bischofskonferenzen eingerichtet wurden, die richtungsweisende und verbindliche Entscheidungen treffen können, traf viele Bischöfe ganz persönlich in ihrem kirchlichen Selbstverständnis, da viele Bischöfe sich in ihrem Handlungs- und Wirkungsradius eingeschränkt fühlten. Auch das II. Vaticanum als Konzil wurde an sich als Belastung, mitunter gar als Zumutung empfunden.

### Ost-West-Konflikt

Vorbereitungskommission und Konzil fanden zudem ganz im Zeichen des Ost-West-Konflikts statt. Die Schreckensherrschaft Stalins in Sowjetrußland war zwar beendet und mit ihm der Massenmord am eigenen, russischen Volk, doch Europa war nach wie vor geprägt vom „Eisernen Vorhang“ und von einer Zweiteilung der Welt in eine freie, westliche Welt und eine östliche Hemisphäre, in der Unterdrückung und Verfolgung herrschten. Gerade in der Zeit der Vorbereitungskommission des II. Vaticanums kam es zur so genannten Kuba-Krise und der Gefahr eines „Dritten Weltkrieges“. Die Feindbilder waren klar verteilt; der Osten sah im Westen den Brandherd für alle Gefahren, der Westen nahm Moskau als den Ursprung allen Übels an – ein Denken, welches bis in die Ära Ronald Reagans Bestand haben sollte.

In der östlichen Hemisphäre, also vor allem in Osteuropa und in China, war die katholische Kirche Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt. In Staaten wie der Tschechoslowakei war die katholische Kirche in der Zeit vor dem Ende des Ost-West-Konflikts 1990 ständig der Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt. In China versuchte die kommunistische Parteiführung durch Gründung einer Peking-hörigen, katholischen Kirche den römischen Einfluss drastisch zu begrenzen. Deshalb forderten Kleriker in der Vorbereitungskommission und auf dem Konzil in Rom, dass hier etwas zur Verbesserung der Lage der römisch-katholischen Kirche vor allem in den kommunistischen Staa-

ten getan werden sollte. Als Ergebnis dieser Diskussion wurde sowohl in der Vorbereitungskommission als auch auf dem Konzil der Punkt Religionsfreiheit auf die Tagesordnung gesetzt.

Es war auch ganz offensichtlich, dass nur wenige Delegierte aus den Ostblockstaaten und der kommunistischen Welt zum Konzil nach Rom kamen, während Delegierte aus der so genannten westlichen Welt Vorbereitungskommission und Konzil beherrschten. Realpolitisch wurde die katholische Kirche der westlichen Einflussphäre zugeordnet, da sie den Kommunismus im Prinzip strikt ablehnt, wenngleich es in einzelnen westlichen Ländern bis heute auch kommunistische Parteien gibt. Jedem Katholiken, der sich zur kommunistischen Ideologie bekennt oder Mitglied in einer kommunistischen Partei ist oder mit einer kommunistischen Partei zusammenarbeitet, droht seit 1950 das Heilige Offizium, also die heutige Kongregation für Glaubensfragen, mit dem Ausschluss aus der katholischen Kirche (Exkommunikation). Diese ablehnende Haltung der Kirche gegenüber dem Kommunismus wurde auf dem II. Vaticanum sogar noch vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts gestärkt.

### Vorbereitungskommission

Nachdem am 25. Januar 1959 Papst Johannes XIII. das Konzil öffentlich angekündigt hatte, erfolgte am 17. Mai 1959 die Einsetzung der Vorbereitungskommission (*commissio antepreparatoria*). Diese Vorbereitungskommission, aus der die Zentralkommission erwuchs, beschloss die Einsetzung von zehn Kommissionen und drei Sekretariaten zur Vorbereitung der Organisation des Konzils und zur Ausarbeitung eines Verlaufsplans (*Schemata*). Am 25. Dezember 1961 wurde ein Brief des Papstes, die Apostolische Konstitution „*Humanae salutis*“ veröffentlicht, in der festgelegt wurde, dass das XXI. Ökumenische Konzil der römisch-katholischen Kirche für das Jahr 1962 nach Rom einberufen wird. Am 2. Februar 1962 wurde der Konzilsbeginn auf den 11. Oktober 1962 festgelegt. An diesem Tag, den 11. Oktober, hielt Papst Johannes XXIII. auch seine Eröffnungsansprache „*Gaudet mater ecclesia*“.

Am 6. August 1962 erfolgte der Erlass einer Geschäftsordnung des Konzils.

Für die römischen Verhältnisse und angesichts der Widerstände in der römischen Kurie erfolgten also die Vorbereitung und die Durchführung des Konzils relativ rasch. Hintergrund bildeten der angespannte Gesundheitszustand und das hohe Alter von Papst Johannes XXIII., was die progressiven Kräfte zur Eile antrieb. Bei Themen wie der Ökumene zeigte es sich, dass Papst Johannes XXIII. sich selbst darum kümmern musste, um zu Ergebnissen zu kommen, wobei er großes Engagement und Durchsetzungsvermögen zeigte. So ließ Papst Johannes XXIII. das Sekretariat für die Einheit der Christen unter der Leitung von Augustin Kardinal Bea einrichten, um so einen innerkirchlichen Ausgleich zu den von der römischen Kurie beeinflussten Kommissionen zu leisten. Als Erschwernis erwies sich, dass am 30. Juni 1961 Kardinalstaatssekretär Domenico Tardini verstorben war und sein Nachfolger, Kardinal Amleto Cicognani, weder an Format noch an Erfahrung, Autorität und Arbeitsfähigkeit in dessen Fußstapfen treten konnte.

Es wurden unter Leitung der Vorbereitungskommission bzw. der Zentralkommission zehn Kommissionen gebildet: die theologische Kommission (Leitung Kardinal Ottaviani), die Bischofskommission (Leitung Marcello Kardinal Mimmi), die Klerus-Kommission (Leitung Pietro Kardinal Ciriaci), die Ordenskommission (Leitung Valerio Kardinal Valeri), die Sakramenten-Kommission (Leitung Benedetto Kardinal Aloisi-Masella), die Liturgie-Kommission (Leitung Gaetano Kardinal Cicognani), die Studienkommission (Leitung Guisepppe Kardinal Pizzardo), die Kommission für die Ostkirchen und die orientalischen Kirchen (Leitung Giuseppe Kardinal Cigognani), die Missionskommission (Leitung Grégoire-Pierre Kardinal Agagianian) und die Kommission für das Laienapostolat (Leitung Fernando Kardinal Cento).

Die Zentralkommission, an die alle Texte des Konzils zur abschließenden Genehmigung gerichtet werden mussten, stand unter der Leitung des Papstes selbst. Darüber hinaus sollte die Zentralkommission die Ar-

beit der einzelnen Fachkommissionen verfolgen, sie nötigenfalls koordinieren und ihre Ergebnisse prüfen und dem Papst im Ergebnis vortragen. Neben dem Heiligen Vater gehörten der Zentralkommission 108 Mitglieder und 27 so genannte Konsultatoren (Sachverständige) an, die vor allem die jeweiligen Kommissionsleiter theologisch berieten und Textentwürfe vornahmen. Unter den 108 Mitgliedern waren 67 Kardinäle, 5 Patriarchen und 36 Erzbischöfe vertreten. Außerdem gab es ein Pressesekretariat, welches Druckschriften erstellen und Anfragen von Rundfunk, Fernsehen und Film bedienen sollte. Das bereits erwähnte Einheitssekretariat sollte die Kontakte zu anderen christlichen Religionsgemeinschaften pflegen, da dem Heiligen Vater die Einheit aller Christen ein besonderes Anliegen war.

### Arbeitsaufträge und Arbeitsthemen

Die Zentralkommission und die zehn Fachkommissionen hatten fünfzehn verschiedene Punkte zu erledigen, die zumeist organisatorischer Art waren. So sollten die Zentralkommission und die Fachkommissionen sowie entsprechende Unterausschüsse eingerichtet werden, wobei Konsultatoren den Kommissionen zuarbeiten sollten. Jede Kommission hat einen Vorsitzenden (Präsidenten) und einen Sekretär. Die Kommissionsvorsitzenden, ihre Mitglieder, die Konsultatoren und die Sekretäre werden vom Papst ernannt.

Es gab im Prinzip sechs Arbeitsprojekte, die die Fachkommissionen erörtern sollten: die Seelsorge, die Einteilung der Diözesen, die Versammlung der Bischöfe, das Verhältnis zwischen den Bischöfen und der Römischen Kurie, den Weihbischöfen und den Koadjutoren. Im Ergebnis legte die Kommission für den Klerus siebzehn Berichte zu folgenden Themen vor: die Heiligkeit der Priester, die Tonsur, die kirchliche Vermögensverwaltung, die Pflichten der Pfarrer, die kirchlichen Ämter, den kirchlichen Besitz, die Pflichten in der Seelsorge, die Kirchengebote, die Messstipendien, die freiwilligen Spenden und die Priesterweihe. Die Kommission für die Ordensleute legte Berichte über die geistliche Vollkom-



menheit vor. Die Kommission für die Sakramente formulierte Berichte zu Firmung, Buße, Ehe sowie Ehehindernissen sowie zur Frage von Ehekonsens, Eheprozess und Scheidung.

Die Liturgiekommission bearbeitete nur ein Projekt, und zwar jenes zur Neufassung der liturgischen Ordnung der Heiligen Messe. Die Kommission für Studien und Seminare fertigte drei Berichte zu den Themen „Priesterberufung“, „Gehorsam gegenüber dem geistlichen Lehramt“ und zum Thema „Ausbildung“ an kirchlichen Schulen, Seminaren und Hochschulen an. Elf Projekte gab es zur Frage der Ostkirchen und den Kirchen des Orients. Bei der Kommission für die Mission ging es um folgende Fragen: Arbeit der Mission, Disziplin des Klerus, die Orden, die Liturgie, die Disziplin der Gläubigen, Lehre in den Seminaren sowie die missionarische Zusammenarbeit.

Das Pressesekretariat setzte sich mit verschiedenen Nachrichtenmitteln auseinander. Das Sekretariat für die Einheit der Christen behandelte: die Ökumene aus katholischer Sicht, das Gebet für die Einheit der Christen, das Wort Gottes als Mittel zur Einigung und zur religiösen Freiheit sowie das Recht der Menschen auf Religion und ihrer Ausübung in der bürgerlichen Gesellschaft. Insgesamt kam es zur Sichtung und Analyse von 2150 Schreiben mit fast 9000 Einzelwünschen durch die Zentralkommission und die Fachkommissionen, die wie ausgeführt in 16 Quartbänden 9920 Seiten in lateinischer Sprache umfassen. Obwohl viele Konzilsteilnehmer über eher schwache Lateinkenntnisse verfügten, wurde vom Papst die Entscheidung durchgesetzt, Latein als alle Glieder der Kirche verbindende Arbeitssprache auf dem II. Vaticanum zu führen.

Es zeigte sich in der Vorbereitungskommission und in der ersten Sitzungsperiode des II. Vaticanums, dass die römische Kurie gegenüber den Bischöfen an Einfluss verlor, auch Dank des Engagements von Papst Johannes XXIII., der eine Stärkung der Ortskirchen und der nationalen Bischofskonferenzen intendierte. So konnte die Liturgiekommission ein besonders konkretes und progressives Papier vorlegen, welches sich im

Laufe des Konzils behaupten konnte und Eingang in die Schlussdokumente des II. Vaticanums fand. Andere Dokumente waren eher schwerfällig formuliert und in einem wenig aussagekräftigen Schreibstil, der auf die römische Kurie verweist, gehalten.

### Fazit

Von der Vorbereitungskommission des II. Vaticanums bleibt der Versuch der römischen Kurie im Gedächtnis, allzu große Neuerungen zu verhindern oder abzublocken. In der ersten Sitzungsperiode konnten sich selbstbewusste Kardinäle wie Ottaviani oder Frings durchsetzen, in dem sie ergebnisoffene Diskussionen zum prägenden Merkmal der ersten Sitzungsperiode realisierten. Diese Diskussionen waren so offen und progressiv, dass nach dem Tod von Papst Johannes XXIII. diese Dokumente kurzerhand als geheim klassifiziert wurden. Außerdem beschloss die römische Kurie, dass alle Tagungspunkte der ersten Sitzungsperiode, also:

- über die Liturgie
  - über die Offenbarung
  - über die Kommunikationsmittel
  - über die Ostkirchen
  - über die Kirche
- noch einmal verhandelt wurden.

So sind die heutigen Ergebnisse und Dokumente des II. Vaticanums vor allem den Prägungen durch Papst Paul VI. zu verdanken. Dabei ließ Paul VI. seine Erfahrungen als Diplomat des Heiligen Stuhles mit einfließen, weshalb etwa ein Thema wie die „Religionsfreiheit“ oder der „Dialog mit nicht-christlichen Religionsgemeinschaften“ einen so breiten Raum in den Abschlusstexten des II. Vaticanums einnehmen.

Die Nichtveröffentlichung und Nicht-Verbreitung der Protokolle und Beschlüsse der ersten Sitzungsperiode

hängt aber nicht nur damit zusammen, dass diese keinen Einfluss auf die zweite Sitzungsperiode ausüben sollten. Vielmehr sollte verhindert werden, dass sie überhaupt einen Einfluss auf die römisch-katholische Kirche ausüben sollen. Insoweit können wir heute weder Themen noch einen nachhaltigen kirchenpolitischen Einfluss der ersten Sitzungsperiode verifizieren. Allerdings waren die Tagungsordnungspunkte der ersten Sitzungsperiode zwingende Vorgaben für die Durchführung der zweiten und abschließenden Sitzungsperiode.

Insoweit bedeutet der Tod von Papst Johannes XXIII. eine wirkungsmächtige Zäsur, der im Grunde das gesamte Konzilsgeschehen zurück auf Anfang stellte. Spekulativ bleiben Überlegungen, wenn Papst Johannes XXIII. länger gelebt oder gar das II. Vaticanum zu Ende gebracht hätte. Das dauerhafte Vermächtnis von Papst Johannes XXIII., dem „guten Papst“, bleibt, dass er die katholische Kirche zur Welt von heute öffnete und sich seine Nachfolger diesem geistigen Erbe nicht entziehen können. □

### Literaturhinweise:

- G. Albergigo, K. Wittstadt: Geschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils (1959-1965), Band 1 „Die katholische Kirche auf dem Weg in ein neues Zeitalter.“ Mainz-Leuven 1997; Band 2 „Das Konzil auf dem Weg zu sich selbst“. Mainz-Leuven 2000
- W. Beinert: Das Zweite Vatikanische Konzil: Hintergründe – Gründe – Grundlage, in: *Una Sancta* 65, 2010, S. 57-71
- W. Damberg: Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965). Josef Kardinal Frings und die katholische Kirche in Deutschland, in: *Historisches Jahrbuch* 125 (2005), S. 473-494



Redaktionsschluss für **AUFTRAG 284**

**Freitag, 7. Oktober 2011**

## Der zehnte Bundespräsident und die Bundeswehr

## Christian Wulff – kein Herzblut, aber viel Sympathie

## Eine Zwischenbilanz

VON DIETER KILIAN



Nachdem Bundespräsident Horst Köhler in einem einmaligen Schritt am 31. Mai 2010 überraschend und mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurückgetreten war, wählte die Bundesversammlung am 30. Juni 2010 im dritten Wahlgang den bisherigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wilhelm Walter Wulff zum neuen und damit zehnten Staatsoberhaupt. Zum dritten Mal nach von Weizsäcker und Rau trat wieder ein Ministerpräsident eines Bundeslandes an die Spitze Deutschlands. Mit einundfünfzig Jahren war Wulff der bei Amtsantritt jüngste Bundespräsident, und nach Heinrich Lübke ist er erst der zweite Katholik in diesem Amt. Neuer Verbindungsoffizier des Verteidigungsministeriums beim Staatsoberhaupt wurde der Pionieroffizier und vormalige Chef des Stabes der 14. Panzergrenadierdivision „Hanse“, Oberst i.G. Harald Gante (\* 1963), der den bisherigen Amtsinhaber, Kapitän zur See Klaus-Michael

Nelte, routinemäßig nach drei Jahren ablöste.

Als Christian Wulff am Nachmittag des 2. Juli nach seiner Vereidigung das Schloss Bellevue offiziell bezog, schritt er zusammen mit Generalinspekteur Volker Wieker (\* 1954) die zu seiner Begrüßung angetretene Formation des Wachbataillons der Bundeswehr ab. In den ersten Wochen gab es einige vorschnelle Äußerungen des neuen Bundespräsidenten, die an seiner Rolle als unparteiischer Vermittler zweifeln ließen und den Anfang holprig machten, wie z. B. seine voreilige Stellungnahme zu dem in die Kritik geratenen Bundesbankvorstand Thilo

ein Mann der Pastelltöne. Bei seinen Truppenbesuchen zeigt er sich – wie bereits in seiner Amtszeit als Ministerpräsident in Hannover – überaus interessiert und gilt als unkomplizierter Präsident „zum Anfassen“.

Christian Wilhelm Walter Wulff wurde am 19. Juni 1959 als Sohn des Kaufmannes Rudolf Friedrich Wulff (1913-1998) und seiner, aus einer begüterten Industriellenfamilie<sup>1</sup> stammenden Frau Dagmar (1929-1996; geb. Evers) im niedersächsischen Osnabrück geboren (*Bild 1*).

Eine militärische Tradition gibt es in der Familie nicht. Der Großvater väterlicherseits, Wilhelm Wulff

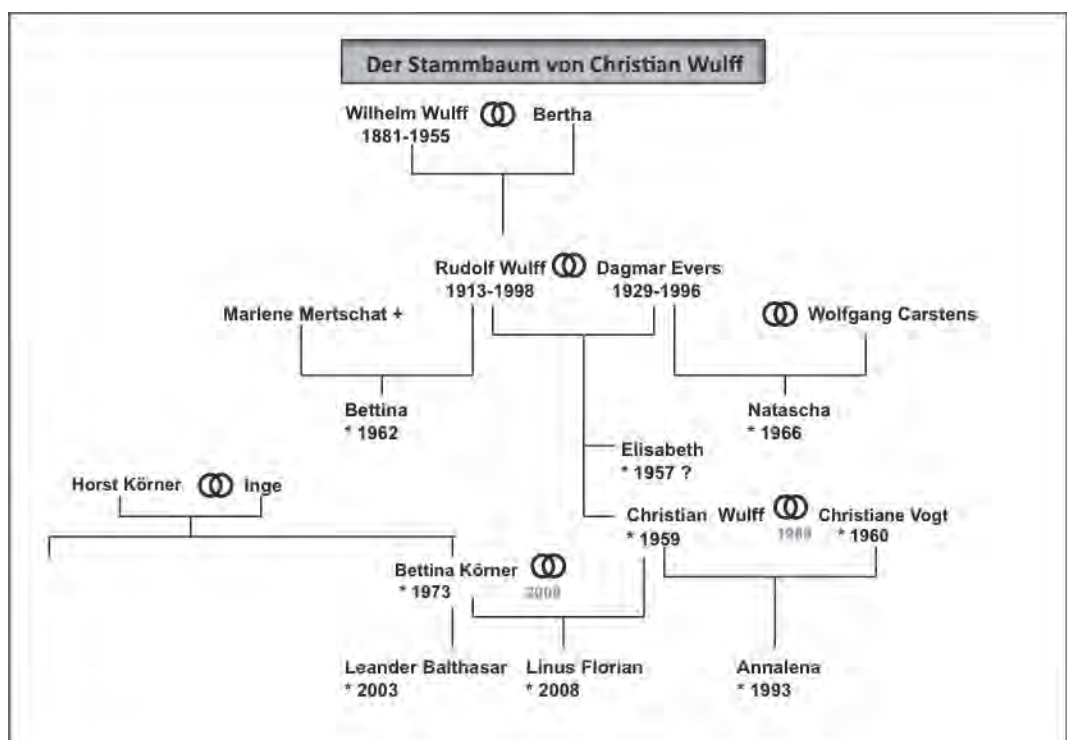


Bild 1: Der Stammbaum der Familie Wulff

Sarrazin (\* 1945). Doch dann fasste er Tritt. Inzwischen ist mehr als ein Jahr seiner Amtszeit vorüber – Zeit für eine Zwischenbilanz. Wulffs Stärke liegt in seiner dezenten Zurückhaltung. Er ist

(1881-1955) war Lehrer in Westerkappeln im Tecklenburger Land westlich von Osnabrück. Er starb lange bevor

<sup>1</sup> Die Firma stellte Furniere her; sie besteht heute nicht mehr

Enkel Christian zur Welt kam. Rudolf Wulff war Soldat im Zweiten Weltkrieg; aus diesem Erleben heraus soll er sich später als Pazifist bezeichnet haben. Der unstete Vater hatte seine Frau und die beiden kleinen Kinder schon 1961 verlassen, als sein Sohn Christian zwei Jahre alt war. Erstaunlich ist, dass die späteren familiären Strukturen des Sohnes denen des Vaters mit seinen Brüchen ähneln.

Bereits als Sechzehnjähriger musste Christian einen Teil der Pflegehilfe für seine Mutter übernehmen, als diese 1975 an Multipler Sklerose erkrankte und überdies für die zwei Mädchen<sup>2</sup> im Haushalt, seine ältere Schwester Elisabeth und die sieben Jahre jüngere Halbschwester Nata-scha, in gewisser Weise die Aufgabe des Familienoberhauptes wahrnehmen – keine leichte Aufgabe für einen Teenager. Deshalb war er später von der Ableistung des Grundwehrdienstes freigestellt. Unmittelbar nach dem Abitur 1980 begann Wulff mit dem Studium der Rechtswissenschaften mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück. Wegen der erwähnten familiären Zwänge absolvierte Wulff sowohl das Studium als auch seine erste berufliche Tätigkeit in Osnabrück. Wie die meisten bisherigen deutschen Spitzenpolitiker – abgesehen von Willy Brandt und Horst Köhler – verfügt auch er über keine Auslandserfahrung. Bereits als Jugendlicher engagierte sich Wulff in der Jungen Union und später auf kommunaler Ebene als Ratsherr in Osnabrück. 1990 trat er in seiner Heimatstadt in die Rechtsanwaltskanzlei Funk & Tenfelde ein. In Osnabrück waren zwar einige Truppenteile der Bundeswehr stationiert,<sup>3</sup> aber ansonsten war die Stadt fest in

der Hand britischer Truppen, war diese doch lange Zeit mit mehr als 10.000 Soldaten die größte Garnison der britischen Armee im Ausland.<sup>4</sup>

In den neunziger Jahren wechselte Wulff in die Landespolitik und wurde Spitzenkandidat der CDU bei den Landtagswahlen in Niedersachsen. Zwar verlor er das politische Rennen sowohl 1994 als auch vier Jahre später 1998 gegen Gerhard Schröder, den späteren Bundeskanzler, doch er übernahm die Schlüsselstellung des Fraktionsvorsitzenden seiner Partei im niedersächsischen Landtag. Im Herbst 1998 wurden sowohl die politischen Karten in Niedersachsen als auch auf Bundesebene neu gemischt: Wulffs politischer Dauerrival Schröder stieg zum Bundeskanzler auf, und Sigmar Gabriel (\* 1959) folgte ihm an die Spitze der niedersächsischen Landesregierung. Und so gelang Wulff im dritten Anlauf bei den Landtagswahlen im Jahre 2003 der Sprung in die Staatskanzlei in Hannover: Am 4. März 2003 wurde er zum Ministerpräsident von Niedersachsen, dem flächenmäßig zweitgrößten Bundesland, gewählt.

Grundsätzlich spielen die Themen Sicherheitspolitik und Bundeswehr in der Landespolitik aller Bundesländer eine untergeordnete Rolle, nämlich nur insofern, als es um Fragen des Katastrophenschutzes, der Standorte als Wirtschaftsfaktor und der protokollarischen Wahrnehmung der im Lande stationierten Truppenteile geht. Und so war auch Wulff als niedersächsischer Regierungschef nur am Rande in dem beschriebenen Umfang mit sicherheitspolitischen Themen in Berührung gekommen. Doch als Landesvater trat er nun an die Spitze eines Bundeslandes, in dem in wie kaum einem anderen nicht nur alle drei Teilstreitkräfte, sondern auch alliierte Truppen stationiert waren. Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges verfügte Niedersachsen als Aufmarschgebiet und Kampfzone im Falle eines Krieges über eine sehr hohe Dichte an deutschen und alliierten Verbänden. Allein die Truppen der britischen Rheinarmee in Nieder-

sachsen hatten eine Stärke von etwa 40.000 Mann. Die Geschichte Niedersachsens als Stationierungsland britischer Truppen nach dem Zweiten Weltkrieg manifestiert sich in besonderer Weise auch dadurch, dass David McAllister (\* 1971),<sup>5</sup> Wulffs Nachfolger als Ministerpräsident, britische Wurzeln hat.

Wegen der veränderten Sicherheitslage nach der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung des Warschauer Paktes wurde auch bei den NATO-Truppen ein massiver Truppenabbau eingeleitet. So wurden z. B. die britischen Standorte Hildesheim, Hannover, Nienburg, Soltau und Verden komplett aufgegeben, und die Zahl der britischen Streitkräfte in Niedersachsen sank auf etwa 5.000; sie sind heute nur noch in vier niedersächsischen Städten stationiert: Bergen-Hohne, Celle, Bad Fallingb. und Hameln.<sup>6</sup> In Seedorf waren seit 1963 zwischen 2.500 und 3.000 Soldaten der 41. Mechanisierten Brigade des niederländischen Heeres und stationiert. Am 6. Mai 2006 wurde diese Brigade unter Brigadegeneral Harm de Jonge (\* 1952; später Generalmajor) aufgelöst. Die letzten niederländischen Soldaten verließen See-

2 Seine dritte (Halb-)Schwester Bettina wuchs beim Vater in Westerkappeln auf. 1969 heiratete die Mutter erneut, doch der Stiefvater Wolfgang Carstens verließ die Familie 1973.

3 In der General-Martini-Kaserne waren stationiert: Fernmelderegiment (Lw) 11 (ortsfeste Einrichtungen des Automatischen Führungs- und Fernmeldenetzes; 2002 außer Dienst gestellt), Stabs- und Versorgungsssektor des Fernmelderegiments 71 (Lw-FmEloAufklärung; 1994 außer Dienst gestellt), Fernmeldesektor D und ein Bundeswehr-Krankenhaus (von 1972 bis 1993).

4 U. a. lag die 4<sup>th</sup> Mechanized Brigade ('The Black Rats') dort. 2008 wurde die britische Garnison Osnabrück geschlossen.

5 Sein Vater, James Buchanan McAllister, kämpfte als Captain des Royal Regiment of Scotland (51st Highland Division) im Zweiten Weltkrieg. 1953 kehrte er als ziviler Fernmeldetechniker der britischen Streitkräfte (Royal Corps of Signals) nach Deutschland zurück. Der in Berlin geborene Sohn einer deutschen Mutter (Mechthild \* 1924) verpflichtete sich 1989 als Zeitsoldat und diente - nach der Grund- und Spezialgrundausbildung von Juni bis November 1989 in der 4. Kompanie des PzGrenBtl 71 - bis Mai 1991 in der 1. Kompanie des Panzerbataillons 74 in der Hinrich Wilhelm Kopf Kaserne - benannt nach dem ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten - in Cuxhaven-Altenwalde unter Oberstleutnant Georg Friedrich Prinz zu Waldeck und Pyrmont. Er schied als Obergefreiter aus (Niedersächsische Staatskanzlei vom 17.11.2010). Am 15. Oktober 2010 nahm Ministerpräsident McAllister an der Trauerfeier für den in Afghanistan gefallenen Sanitäts-Oberfeldwebel Florian Pauli (FschJgBtl 313) in Selsingen teil.

6 Die Standorte Hildesheim, Hannover, Nienburg, Osnabrück, Soltau und Verden waren bereits zuvor aufgegeben worden. Bis 2020 - 15 Jahre früher als geplant - werden sämtliche britische Truppen aus Deutschland abgezogen.



dorf bis zum Jahresende 2006. Heute beherbergt die Kaserne Soldaten der deutschen Luftlandebrigade 31. In der „Lucius-D.-Clay-Kaserne“ in Garlstedt bei Bremen waren zwischen 1978 und 1992 Teile der 2. US-Panzerdivision stationiert; heute ist dort die „Logistikscheule der Bundeswehr“, die zentrale Ausbildungseinrichtung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung des logistischen Führungs- und Funktionspersonals aller Organisationsbereiche untergebracht.

Drei Heeres-Großverbände der Bundeswehr – die 1. und 3. Panzer sowie die 11. Panzergrenadierdivision – waren vormals in Niedersachsen stationiert. Ihre Stäbe lagen in Hannover, Buxtehude und Oldenburg und unterstanden dem I. Korps im westfälischen Münster. Zwar lagen zwei Brigaden der 3. Panzerdivision (8 in Lüneburg und 9 in Munster) auf niedersächsischem Boden und nur eine (7) in Hamburg, doch die Division in Buxtehude verstand sich stets als „Hamburger Hausdivision“ und orientierte sich hinsichtlich ihrer Kontaktpflege primär zur Hansestadt an der Elbe. Die 11. Panzergrenadierdivision in Oldenburg war bereits 1994 aufgelöst worden. Des Weiteren sind zahlreiche Luftwaffen- und Marine-Truppenteile auf niedersächsischem Boden stationiert; so z. B. der Stab der 4. Luftwaffendivision im ostfriesischen Aurich und das Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf. Wilhelmshaven ist größter Standort der Deutschen Marine, und in Nordholz liegt das Marinefliegergeschwader 3 „Graf Zeppelin“. Auch die großen Truppentübungsplätze Bergen-Hohne und Munster befinden sich auf niedersächsischem Boden, ebenso wie eine große Zahl an Logistikeinrichtungen, z. B. Depots und ein Teil des Pipeline-Netzes der NATO.

Die Tradition der Landeshauptstadt Hannover als Bundeswehrgarnison geht auf deren Gründungszeit zurück: bereits 1956 bezog der Stab der Kampfgruppe A1 in Hannover-Bothfeld die vormalige BGS-Unterkunft in der Nordringkaserne. Seitdem ist der Stab der 1. Panzerdivision<sup>7</sup> – mit

dem weißen Sachsenross als Ärmelabzeichen – in der Kurt-Schumacher-Kaserne beheimatet. Kommandeure der 1. Panzerdivision während Wulffs Amtszeit in Hannover waren die Generalmajore Karl Heinz Ackermann (\* 1948), Wolf-Dieter Langheld (\* 1950; später General) und Markus Kneip (\* 1956). Nach Zusammenlegung der vormaligen Wehrbereichsverwaltungen I (Kiel) und II (Hannover) zur WBV Nord ist diese – wie auch das Landeskommando Niedersachsen – ebenfalls in dieser Liegenschaft untergebracht. Nachdem die Stadt Hannover bereits 1974 die Patenschaft für die britische 1<sup>st</sup> Armoured Division übernommen hatte, wurde 1983 auch die Verbundenheit zwischen der Landeshauptstadt und der deutschen Division durch die Übernahme der Patenschaft besiegelt. Der lateinische Wahlspruch des Großverbandes „Nec aspera terrent“ (frei: „Selbst Widrigkeiten schrecken uns nicht!“) geht bis auf das Fürstenhaus der Welfen zurück und war u. a. auf einigen seiner Münzen geprägt. In der niedersächsischen Hauptstadt waren Verbände der Divisionstruppen – u. a. Truppenteile des Artillerieregiments 1<sup>8</sup>, das Fla-Bataillon 1, sowie das Fernmeldebataillon 1 und das Heeresmusikkorps 1 – stationiert. Viele Jahre beherbergte Hannover auch die Heeresoffizierschule I; seit Oktober 2009 ist in der Emmich-Cambrai-Kaserne in Langenhagen u. a. die aus Sonthofen verlegte Schule für Feldjäger- und Stabsdienst der Bundeswehr untergebracht. In der Scharnhorst-Kaserne in Hannover-Bothfeld liegen Teile des Feldjägerbataillons 152 der Streitkräftebasis und das Heeresmusikkorps 1.<sup>9</sup> 1982 wurde eine Fregat-

te der „Bremen-Klasse“ auf den Landesnamen „Niedersachsen“ getauft.

Betrachtet man die Zahl der Truppenbesuche während Wulffs siebenjähriger Amtszeit als Ministerpräsident, so wird deutlich, dass er diese Aufgabe mit großem Engagement und in einem weit größeren Umfang als sein Vor-Vorgänger Gerhard Schröder wahrgenommen hat. In jedem Jahr seiner Amtszeit hat er mindestens einmal, meist aber mehrmals, Truppenteile in seinem Bundesland besucht. Nur wenige Wochen nach seiner Wahl zum Landeschef am 4. März 2003 hielt er am 27. Mai 2003 beim Feierlichen Gelöbnis der Panzergrenadierbrigade 1 unter Oberst Ernst-Otto Berk (\* 1952) in Helmstedt die Festrede. Am 4. Juli 2003 eröffnete Ministerpräsident Wulff die 700-Jahrfeier der Garnisonsstadt Munster. Nur wenige Tage später stand der Besuch des 30. Sommerbiwaks der 1. Panzerdivision in Hannover auf Wulffs Programm. Gastgeber war Generalmajor Karl Heinz Ackermann. Am 07. August 2003 weilte Wulff – zusammen mit Oberstarzt Dr. Arno Roßlau (\* 1947; später Generalarzt), dem Kommandeur des Sanitätskommandos 1 – als Ehrengast erneut bei einem Feierlichen Gelöbnis. In der Gemeinde Ihrhove im ostfriesischen Landkreis Leer, der Partnerstadt des Regimentes, waren Soldaten des Sanitätsregiments 12<sup>10</sup> in Fürstenau unter Oberfeldarzt Hans-Ulrich Wanning (\* 1963) und des Versorgungsausbildungszentrums 165 angetreten, um ihr Feierliches Gelöbnis abzulegen.

Ein Jahr später, am 01. Juli 2004 sprach Wulff anlässlich des 40. Jahrestages des Marinefliegergeschwaders 3 (Graf Zeppelin) unter Kapitän zur See Behrend Burwitz (\* 1957) in Nordholz. Im Rahmen eines Festaktes verabschiedete Landesvater Wulff am 29. September 2004 das 10. Einsatzkontingent SFOR/KFOR, das 7. Einsatzkontingent ISAF und das 3. Einsatzkontingent KUNDUS, die durch Soldaten der niedersächsischen Panzergrenadierbrigade 1 gestellt wurden, im Niedersächsischen Landtag. Am 12. Oktober 2005 feierte das niedersächsische Grenzdurchgangslager

wurde Ziel für Randalierer und illegale Schrottsammler.

10 2007 aufgelöst.

Von 1994 bis 2001 waren die Stäbe des Wehrbereichskommandos II und der 1. Panzerdivision fusioniert.

8 Der Stab des ArtRgt 1 und das FArtBtl 11 lagen in der 2001 aufgegebenen Freiherr-von-Fritsch-Kaserne („Gartenstadt Hannover Nord“).

9 Andere Kasernen in Hannover – wie die Boelke-Kaserne in Langenhagen, die Freiherr-von-Fritsch-Kaserne in Bothfeld und die Prinz-Albrecht-Kaserne – wurden im Rahmen der Auflösung von Truppenteilen aufgegeben. Nicht immer gelang die zivile Nutzung so wie bei der Prinz-Albrecht-Kaserne. Die nahegelegene Fritsch-Kaserne verwahrloste und

7 Mit der Heeresstruktur 2 im Jahre 1959 war die vormalige 1. Grenadierdivision in Panzergrenadierdivision und 1981 in Panzerdivision umbenannt worden.

Friedland mit einem Festakt in Anwesenheit von Bundespräsident Horst Köhler und Ministerpräsident Wulff sein 60-jähriges Bestehen. Seit 1945 war das Lager für mehr als vier Millionen Flüchtlinge, entlassene Kriegsgefangene und Aussiedler die erste Station in der wiedergewonnenen oder neuen Heimat. Am 25. Januar 2006 nahm Wulff am Jahresempfang der Bundeswehr in der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover teil. Gastgeber war Generalmajor Wolf-Dieter Langheld, der das Kommando über die 1. Panzerdivision im Jahre 2005 übernommen hatte. Am 11. Mai 2006 besuchte Ministerpräsident Wulff die Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg unter Brigadegeneral Richard Bolz (\* 1947), dem Kommandeur und General der Heeresfliegertruppe. Am 15. Juli 2006 stand erneut die Teilnahme am Sommerbiwak – es war das 33. – der niedersächsischen „Hausdivision“, der 1. Panzerdivision, in Hannover auf dem Programm, und wiederum war Generalmajor Langheld der Gastgeber.

Am 11. September 2006 wurden im Landtag in Hannover im Rahmen einer Feierstunde zum zweiten Mal Einsatzkontingente verabschiedet, diesmal von EUFOR, KFOR und ISAF. Der alljährliche Jahresempfang der Bundeswehr im Standort Hannover fand am 29. Januar 2008 in der AWD (Allgemeiner Wirtschaftsdienst)-Arena statt. Der Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Wolf Langheld (**Bild 2**), der Präsident der Wehrbereichsverwaltung Nord, Peter Alexander Sauer (\* 1949), und der Kommandeur des Landeskommandos Niedersachsen, Oberst Paul Bacher (\* 1951),<sup>11</sup> konnten zu diesem Anlass – neben zahlreichen anderen Gästen wie den Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg Thomas Kossendey (\* 1948) und Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil (\* 1959) – auch Ministerpräsident Christian Wulff begrüßen. Es wurde an den 25. Jahrestag der Übernahme der Patenschaft für die 1. Panzerdivision erinnert. Ministerpräsident Wulff sagte dabei,

er freue sich über die Entscheidung des Landesparlaments, auch in diesem Jahr die Einsatzkontingente der 1. Panzerdivision im Niedersächsischen Landtag zu verabschieden und begrüßte die neuen Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit bei Katastrophen und Großschadenslagen.

Der Festakt anlässlich der Verabschiedung der Einsatzkontingente des 20. Kontingents KFOR (Kosovo), des 11. Kontingents EUFOR

Am 18. August 2008 gab die niedersächsische Landesregierung einen Empfang für Angehörige der im Ausland eingesetzten Soldaten im Gästehaus in der Luerstraße, bei der Ministerpräsident Wulff ein Grußwort sprach. Nur vier Tage später bildete die Gartenlandschaft des Stadtparks am Congress Centrum Hannover die Kulisse für das 35. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, das unter dem Motto „Sommernachtstraum“ stand, und an dem Wulff als Ehrengast teil-



*Bild 2: Ministerpräsident Wulff mit dem (von links) Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg Thomas Kossendey, Generalmajor Wolf-Dieter Langheld und dem Präsidenten der WBV Nord Peter Alexander Sauer*

(Bosnien-Herzegowina) und des 17. Kontingents ISAF (Afghanistan) fand am 22. April 2008 auf Einladung von Landtagspräsident Hermann Dinkla (\* 1943) im Beisein von Ministerpräsident Wulff im Plenarsaal des Landtages statt.

„It's time to say goodbye“ hieß es am späten Nachmittag des 19. Juli 2008. Mit einer Truppenparade – es war die 28. – unter dem Motto „Freedom of the City“ und einem Zapfenstreich endete die 63-jährige Geschichte Osnabrücks als britischer Garnisonsstadt. Ministerpräsident Wulff ließ es sich nicht nehmen, in seiner Geburtsstadt daran teilzunehmen. Bei strömendem Regen überreichte der Kommandeur der 4<sup>th</sup> Mechanized Brigade, Brigadier Julian Free, Oberbürgermeister Boris Pistorius (\* 1960) ein Schwert als „Zeichen der Freundschaft und Anerkennung“. Die Brigade verlegte bis Ende des Jahres nach England (Catterick, North Yorkshire) zurück.

nahm. Nur kurze Zeit später stand der nächste Termin bei der Bundeswehr auf dem Programm des Landeschefs: Vom 26.08. bis 28.08.2008 besuchte Ministerpräsident Wulff niedersächsische Bundeswehreinheiten unter Brigadegeneral Wilhelm Grün (\* 1959), der das 19. Einsatzkontingent führte, im Kosovo. Als Geschenk brachte Wulff 600 Liter Bier aus der Heimat mit; es wäre schließlich in Niedersachsen erfunden worden, scherzte er, und wäre von anderen Ländern, etwa den Bayern, „nur kopiert“ worden. Am 24.11.2008 empfing die Landesregierung Soldaten der 1. Panzerdivision, die von ihren Einsätzen im Rahmen des 20. Kontingents KFOR, des 17. Einsatzkontingents ISAF und des 11. Einsatzkontingents EUFOR zurückgekehrt waren, im Gästehaus in Hannover. Am 20. Juli 2009 fand in Anwesenheit von Ministerpräsident Wulff, Verteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung und Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble der „Celler

<sup>11</sup> Nach der Pensionierung von Oberst Bacher im Januar 2011 übernahm der ebenfalls der Luftwaffe angehörende Oberst Ulrich Tebbel das Landeskommando Niedersachsen.



Dialog“ statt. Diese Gesprächsrunde aus Vertretern der Politik, Wirtschaft und Bundeswehr hat das Ziel, die Vernetzung deutscher Sicherheitspolitik

Force Station Faßberg, um das Ende der Luftbrücke Berlin einzuläuten und die letzten Tonnen Kohle aus der Heide in die eingeschlossene Stadt



*Bild 3: Ministerpräsident Wulff (zweiter von rechts) mit Generalleutnant Klaus-Peter Stieglitz, dem Inspekteur der Luftwaffe (ganz links), bei der Feierstunde zum 60. Jahrestag der Luftbrücke in Faßberg 2009*

zu stärken. Das Forum wurde 2007 durch den Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank Klaus-Peter Müller und Generalmajor Langheld eingerichtet und steht unter der Schirm-

zu transportieren. Insgesamt waren rund 540.000 Tonnen des schwarzen Goldes von Faßberg aus nach Berlin geflogen worden. Ministerpräsident Christian Wulff und der Inspekteur



*Bild 4: Ministerpräsident Wulff mit Kanzlerin Merkel und Minister zu Guttenberg bei der Trauerfeier in Selsingen; ganz links Generalinspekteur Wieker, Bildmitte Oberst i.G. Dr. Vad*

herrschaft des Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Einen Monat später, am 27. August 2009, gedachte die Stadt Faßberg eines Ereignisses, das sechzig Jahre zurücklag: Am 27. August 1949 verließ der letzte „Kohlenbomber“ die damalige Royal Air

der Luftwaffe, Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz (\* 1947) (*Bild 3*) hatten die Schirmherrschaft für die Jubiläumsfeier übernommen. In einem Interview äußerte sich Wulff auf die Frage, ob er für den Erhalt oder die Abschaffung der Wehrpflicht votiere:

„Ich bezweifle, dass ein Wechsel des Systems zu Einsparungen führt, und war auch deshalb immer ein Anhänger der Wehrpflicht, weil eine solche Armee besser im Volk verankert ist.“<sup>12</sup>

Am 28. August 2009 nahm Wulff am 36. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover teil; es war das vierte Mal in seiner Amtszeit, dass er dieses Ereignis persönlich wahrnahm. Kein niedersächsischer Ministerpräsident hat bislang so oft an Großveranstaltungen der 1. Division teilgenommen wie Christian Wulff. Zum „Tag der Reservisten“ der Kreisgruppe Lüneburg am 12.09.2009 in Uelzen richtete der niedersächsische Ministerpräsident ein Grußwort an die Teilnehmer. Auch am traditionellen Jahresempfang der Bundeswehr am 21. Januar 2010 im Regionshaus zu Hannover nahm Ministerpräsident Wulff teil. Gastgeber waren Regionspräsident Hauke Jagau (\* 1961), Generalmajor Kneip, der das Kommando über die 1. Panzerdivision im Jahre 2008 übernommen hatte, Peter Alexander Sauer, der Präsident der Wehrbereichsverwaltung Nord, Oberst Paul-Josef Bacher, der Kommandeur des Landeskommandos Niedersachsen, sowie Oberst Hubert Katz (\* 1957), der Kommandeur der Schule für Feldjäger- und Stabsdienst. Wenige Wochen später, am 9. April 2010, folgte ein trauriger Anlass: Landesvater Wulff nahm in Begleitung von Kanzlerin Merkel, Verteidigungsminister zu Guttenberg und Generalinspekteur Wieker an der Trauerfeier für drei am Karfreitag in Afghanistan gefallene Soldaten<sup>13</sup> des im niedersächsischen Seedorf stationierten Fallschirmjägerbataillons 373<sup>14</sup> unter Oberstleutnant Dipl.-Ing. Matthias Lau (\* 1967) in der evangeli-

<sup>12</sup> Welt-Interview vom 20.06.2010

<sup>13</sup> Hauptfeldwebel Niels Bruns (\* 1974), Stabsgefreiter Robert Hartert (\* 1984) und Hauptgefreiter Martin Kadir Augustyniak (\* 1981).

<sup>14</sup> Das Bataillon wurde 1996 aus dem 1991 in Doberlug-Kirchhain aufgestellten Panzerbataillon 373 gebildet. 1997 stand es im Hochwassereinsatz an der Oder. Zunächst der Jägerbrigade 37 zugeordnet, wurde es 2002 der Oldenburgischen Luftlande-Brigade 31 unterstellt und Ende 2006 ins niedersächsische Seedorf verlegt.



schen St. Lamberti-Kirche Selsingen teil (*Bild 4*).

Ein knappes Vierteljahr später wurde Christian Wulff zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. In seiner Antrittsrede nach seiner Vereidigung am 2. Juli konzentrierte sich das neue Staatsoberhaupt schwerpunktmäßig auf das Thema der Zukunft Deutschlands; die Bundeswehr wurde darin nicht erwähnt. Nur wenige Tage später, am 8. Juli 2010, besuchte der neue Bundespräsident das NATO-Hauptquartier in Brüssel unter Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen (\* 1953) und diskutierte mit ihm, dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, dem italienischen Admiral Giampaolo Di Paola (\* 1944), Martin Erdmann (\* 1955), dem deutschen Botschafter bei der NATO, dem aus Niedersachsen stammenden deutschen Militärischen Vertreter (DMV) bei der NATO, Generalleutnant Roland Kather (\* 1949) und weiteren NATO-Spitzenvertretern über die künftige Strategie des Bündnisses, sowie den Einsatz der NATO am Hindukusch.

Am 13. August 2010 stattete Wulf, nun erstmals als Staatsoberhaupt, der Bundeswehr eine Stippvisite ab, die er aber nicht als Antrittsbesuch verstanden wissen wollte. Vor der beeindruckenden Kulisse des nach dem Vorbild der Danziger Marienburg erbauten „roten Schlosses am Meer“ nahm der Bundespräsident an der Vereidigung von Offiziersanwärtern der Marineschule Mürwik (MSM) teil und ehrte die Schule zu deren 100. Geburtstag.<sup>15</sup> 250 Rekruten der Crew VII/2010 – darunter auch Soldaten aus Albanien, Aserbeidschan, Frankreich, Jemen, Kasachstan, Korea, Montenegro, Namibia und Thailand – waren bei strahlendem Sonnenschein auf der Admiralswiese an der Förde angetreten. Auch eine Fahnenabordnung der polnischen Marineakademie aus Gdingen, der Schwesterakademie, erwies der MSM die Ehre. Das militärische Zeremoniell wurde von einer

Abordnung des Wachbataillons aus Berlin und dem Marinemusikkorps Nordsee aus Wilhelmshaven begleitet und musikalisch gestaltet. Wulff wur-

kann, dass die Freude des Bundespräsidenten mit dem Ansteigen der Zahl von Soldatinnen zunimmt, und ob es nicht auch sachliche Grenzen für das



*Bild 5: Bundespräsident Wulff und Kapitän zur See Norbert Schatz (links) an Bord der Gorch Fock*

de vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (\* 1947), dem Parlamentarischen Staatssekretär Christian Schmidt (\* 1957), dem Inspekteur der Marine Vizeadmiral Axel Schimpf (\* 1952) und Flottillenadmiral Thomas Ernst (\* 1956), dem Kommandeur der Marineschule, begleitet. Über 2.000 Gäste nahmen an der Feier teil. In seiner Ansprache, die er mit dem Satz „Gottes sind Wogen und Wind, Segel aber und Steuer, dass ihr den Hafen gewinnt, sind euer“ von Johann Wilhelm Kinau, genannt Gorch Fock, einleitete, ermutigte Wulff die Soldaten, „als Staatsbürger die politischen Debatten unserer demokratischen Gesellschaft aktiv zu verfolgen und daran mitzuwirken“. Bisher blieb dieser Aufruf, der auch in ähnlicher Weise von seinem Vorgänger Köhler an die Streitkräfte ergangen war, ohne jegliche Resonanz. Beim Thema Integration lobte Wulff die Bundeswehr hinsichtlich zweier Aspekte: zum einen hätte sie als „Armee der Einheit“ nach der Wiedervereinigung eine Vorreiterrolle beim Zusammenwachsen des Landes eingenommen, und zum anderen wäre sie vorbildlich bei der Integration der Frauen.

„Ich habe mit Freude von der hohen Zahl der weiblichen Rekruten unter Ihnen erfahren“. Ob man dies allerdings dahingehend interpretieren

Zahlenverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Soldaten – zumal in Kampfverbänden – gibt, wurde von Wulff nicht vertieft. Denn auch diese notwendige Diskussion kam nicht zustande. Seit langem geben lautstarke Minderheiten der Mehrheit ein als verbindlich geltendes Meinungsbild vor, und kein Politiker, aber auch kein Bischof,<sup>16</sup> kann oder will es sich leisten, diesen nicht unbedingt demokratischen Trend zumindest als diskussionswürdig zu bezeichnen oder ihm gar zu widerstehen. An Bord des Segelschulschiffes „Gorch Fock“, das erstmalig an der Blücherbrücke unmittelbar an der MSM festgemacht hatte, wurde Wulff in Begleitung des Kommandanten, Kapitän zur See Norbert Schatz (\* 1957), mit militärischem Seezeremoniell begrüßt. Dem Rundgang über das Segelschulschiff, dem Besuch des Kommandostandes, und Gesprächen mit Soldaten folgte ein Empfang an Deck (*Bild 5*). Nur wenige Monate später stürzte ein weiblicher Obermaat der Crew VII/2010, die aus Niedersachsen stammende Sarah Lena Seele, im brasilianischen Hafen Salvador de Bahia aus der Takelage

<sup>15</sup> Nachdem der Kaiser Wilhelm II. am 22. Juni 1903 den Plan, die Marineschule von Kiel nach Flensburg zu verlegen, gebilligt hatte, und 1906 der Bau begann, zogen am 1. Oktober 1910 die ersten Fähnriche der Crew 09 in Mürwik ein. Am 21.11.1910 eröffnete der Kaiser die Marineschule.

<sup>16</sup> Ein Beispiel ist das „Zurückrudern“ des gerade zum neuen Erzbischof von Berlin nominierten bisherigen Kölner Weihbischofs Rainer Maria Woelki in der Frage des Umgangs mit Homosexualität.

aufs Deck und starb nach einer Notoperation.<sup>17</sup> Dieser Unfall und einige weitere, bisher nicht im Detail aufgeklärte negative Ereignisse brachten kurze Zeit später das Segelschiff in die Schlagzeilen der Medien. Kapitän Schatz musste – angeblich zum Schutz seiner Person – auf Weisung von Minister zu Guttenberg sein Kommando über das Schiff abgeben, was die Öffentlichkeit mit Recht als vorschnelle Ablösung ohne vorherige Anhörung und daher auch als einen Verstoß gegen die Grundsätze der Inneren Führung verstand. Die Windjammerparade als Höhepunkt der Kieler Woche 2011 am 25. Juni führte die Gorch Fock nicht an, obwohl die Staatsanwaltschaft Kiel die Ermittlungen eingestellt hatte. Damit entfiel auch der schon beinahe traditionelle Besuch des Bundespräsidenten an Bord der Dreimastbark während des Volksfestes.

Am 28. Oktober 2010 stattete Bundespräsident Wulff der Bundeswehr seinen offiziellen Antrittsbesuch ab, und er wählte dafür die Infanterieschule in Hammelburg<sup>18</sup> unter Brigadegeneral Günter Engel (\* 1951), denn die Infanterie – so der Bundespräsident zu Recht – schultert die Hauptlast der Bundeswehreinätze im

Ausland. „Stillgestanden! Achtung! Präsentiert!“, hieß es für die angetretenen Soldaten des Offizieranwärterbataillons unter Oberstleutnant Andreas Barck (\* 1960) zum Empfang des Bundespräsidenten. Das Heeresmusikkorps 12 aus Veitshöchheim intonierte die Nationalhymne. Begleitet wurde der Bundespräsident vom Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Günter Weiler (\* 1951) und vom Stellvertreter des Inspektors des Heeres, Generalleutnant Bruno Kasdorf (\* 1952). Am Revers seines Mantels trug Wulff die gelbe Schleife, das symbolisch die Verbundenheit und Solidarität für die Truppen im Einsatz ausdrückt. Soldaten des Feldwebelanwärterlehrgangs unter Leitung von Hauptmann Dirk May zeigten im Übungsdorf Bonnland Ausschnitte ihrer einsatzorientierten Ausbildung. Während der Lehrübung „Die Jägerpatrouille zu Fuß in einer Ortschaft“ wurde dem Bundespräsidenten realitätsnah vorgeführt, wie schnell in einem Einsatzland eine angebliche „Idylle“ in ein Gefecht umschlagen kann. Die Mittagspause mit der obligatorischen Erbsensuppe nutzte das Staatsoberhaupt für das Gespräch mit Soldaten. Wulffs besonderes Interesse galt der Motivation und der Auslands- und Ausbildungserfahrung. Er forderte, die Bundeswehr müsse „weiter in der Mitte der Gesellschaft“ stehen, auch wenn die Wehrpflicht ausgesetzt werden sollte. Er selbst empfinde eine besondere Fürsorgepflicht für die Soldaten. Er werde für sie und ihre Einsätze werben und ihnen Rückendeckung geben. Kaum aus Hammelburg zurück stand der nächste Termin auf dem Programm: Im Berliner Hotel Estrel beging der Verband der Reservisten der Bundeswehr seinen 50. Gründungstag mit einem Festbankett, an dem der Bundespräsident als Ehrengast teilnahm. Gastgeber war Gerd Höfer (\* 1943), der 14. Präsident des Reservistenverbandes, vormaliger SPD-Bundestagsabgeordneter aus dem hessischen Neukirchen und Major der Reserve. Der Verband hat heute etwa 123.000 Mitglieder, die in über 2.500 Kameradschaften organisiert sind. In seinem Grußwort wies Wulff auf die außerordentliche Bedeutung der Reservisten für die Streitkräfte hin.

„Unser Dank gebührt eben nicht nur den aktiven Soldaten. Sondern unser Dank, der Dank des Landes gebührt eben auch den Reservisten, die über vier Jahrzehnte einen erheblichen Beitrag zu unserer Sicherheit geleistet haben und zu zwei Dritteln den Verteidigungsumfang der Bundeswehr gestellt hätten. ... Viel zu wenige wissen, dass etwa 500 Reservistinnen und Reservisten ihren Dienst ständig im Ausland leisten, und dass zahlreiche andere die Streitkräfte in Deutschland dort unterstützen, wo aktive Soldaten im Einsatz sind. Auch dafür gebührt ihnen – nicht nur anlässlich ihres Geburtstages – allergrößter Dank. Ohne sie als Reservisten würde die Bundeswehr auch in Zukunft ihren Auftrag nicht erfüllen können.“

Am 12. November 2010 empfing der Bundespräsident 40 Spendensammler des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Schloss Bellevue, darunter Brigadegeneral Peter Braunstein (\* 1957),<sup>19</sup> den Kommandeur des Standortkommandos Berlin, sowie den Oberstleutnant der Reserve und Geschichtslehrer Manfred Frömel, und dankte für ihren ehrenamtlichen Einsatz.

Erstmalig lud ein Bundespräsident zu Weihnachten Gäste aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten ins Schloss Bellevue ein, darunter auch einige Soldaten aller drei Teilstreitkräfte; in seiner Weihnachtsansprache am 21. Dezember 2010 sagte er in deren Anwesenheit:

„Unsere Gesellschaft ist frei und bunt: Wir leben in verschiedenen Lebenswelten, wir sind unterschiedlich, was unsere Herkunft angeht, unsere Religion, unsere Bildung und unsere Träume vom Glück. ... Viele unserer Landsleute sind als Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten oder als zivile Aufbauhelfer im Ausland, um Entwicklung zu fördern, Frieden in der Welt zu sichern und Terrorismus zu bekämpfen. Wir sind in Gedanken bei ihnen und ihren Partnern, ihren Kindern und Eltern, die sie gerade in diesen Tagen besonders vermissen.“

<sup>19</sup> BG Braunstein war von 2006 bis 2009 Adjutant der BMVg Dr. Jung und zu Guttenberg.

<sup>17</sup> Es war seit 1958, d.h. in 52 Jahren - bei insgesamt fast 15.000 ausgebildeten Soldaten - erst der 6. Todesfall an Bord, keine schlechte Bilanz. Am 17.09.1998 war ein 19 Jahre alter Kadett im Raum um Skagen von einer Rah gefallen und in einem Krankenhaus in Göteborg seinen Verletzungen erlegen. Im Mai 2002 stürzte der gleichaltrige Soldat Manfred Baudrexel vor Island aus 40 Metern Höhe ab und starb. Am 7. September 2008 war die 18-jährige Sanitätsoffizieranwärterin Jenny Böken aus ungeklärter Ursache bei einer Übungsfahrt in der Nordsee über Bord gegangen und ertrunken. Im November 2010 brach die Marine die 156. Ausbildungsreise ab und entschied, die Ausbildung von Offizieranwärtern bis zur Überarbeitung des Sicherheitskonzeptes auszusetzen.

<sup>18</sup> Herzstück der Schule ist das VN-Ausbildungszentrum. 1999 gegründet ist es seit dem 27. April 2010 ein eigenständiger Verband. Unter Leitung von Oberst Reinhard Barz (\* 1953) werden hier pro Jahr rund 15.000 Soldaten und Zivilisten, darunter auch Journalisten, auf die Einsätze in den verschiedensten Krisengebieten vorbereitet. Mehr als 180.000 Soldatinnen und Soldaten haben mittlerweile einen solchen Lehrgang besucht.

Am 3. März 2011 überreichte Wulff im Schloss Bellevue dem neuen Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière (\* 1954) die Ernennungsurkunde. Zuvor hatte er dem Amtsvorgänger, Karl-Theodor zu Guttenberg (\* 1971), die Entlassungsurkunde ausgehändigt; dieser war zwei Tage zuvor, am 1. März, zurückgetreten.

Während seines ersten Staatsbesuches in Spanien besuchte Bundespräsident Wulff mit seiner Gattin Bettina am 10. Februar 2011 die deutsche Botschaft in Madrids „Calle Fortuny Nummer 8“. Der stellvertretende Militärattaché in Spanien, Luftwaffen-Oberstleutnant i.G. Markus Bungert (\* 1969) und der Büroleiter des Militärattaché-Stabes, Stabsfeldwebel Volker Scharmann (\* 1962), nutzten die Gelegenheit und ließen sich vom „First Couple“ zwei Fußballer signieren, auf denen sich bereits alle Spieler des spanischen Meisters Real Madrid, darunter Kaká, Khedira, Özil und Ronaldo, mit ihren Unterschriften „verewigt“ hatten. Am Nachmittag des 14. Februars 2011 empfing der Bundespräsident den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes Oberst Ulrich Kirsch (\* 1951), zu einem mehr als eine Stunde dauernden Antrittsbesuch. Der zehnte Besuch des Staatsoberhauptes bei der Bundeswehr<sup>20</sup> führte Bundespräsident Christian Wulff am 4. April 2011 gemeinsam mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière zum Einsatzführungskommando der Bundeswehr unter Generalleutnant Rainer Glatz (\* 1951) nach Potsdam (*Bild 6*). Der Bundespräsident ließ sich in der abhörsicheren Operationszentrale über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informieren.

Viele direkte Kontakte des Bundespräsidenten zu Soldaten aller Dienstgrade kommen auch während der häufigen Flugreisen zustande. Die Kommandanten begrüßen routinemäßig den Bundespräsidenten jeweils beim Betreten und Verlassen der Maschine, und auch mit dem Kabinenpersonal gibt es persönliche Gesprä-

che, zumal das Ehepaar Wulff – ähnlich wie zuvor z. B. die Ehepaare Rau und Herzog – ein Präsidentenpaar ist, das dem Flugpersonal der Bundeswehr auf den Reisen ohne Allüren ungezwungen und herzlich begegnet – ein Verhalten, das nicht jedem deutschen Politiker und hohen Beamten zu eigen war und ist.<sup>21</sup> So ließ sich Bettina Wulff am 28. Februar 2011 auf dem Rückflug von Qatar nach Berlin durch den Flugzeugkommandanten, Oberstleutnant Klaus Peter Wege-

nalhymne schritt der Bundespräsident die Front der präsentierenden Soldaten ab und trug sich anschließend im Dienstzimmer des Kommandeurs im Stabsgebäude 48A vor der ersten Truppenfahne der Bundeswehr in das Gästebuch ein. Nach einem Gespräch mit den Kommandeuren der Verbände im Standort Berlin wurden dem Bundespräsident Ausbildungsausschnitte vorgeführt. So demonstrierte das Drill-Team der 7. Kompanie, es gehört zu den besten „Greifern“ des Wachba-



*Bild 6: Bundespräsident Wulff mit Minister de Maizière und Generalleutnant Rainer Glatz (von links) beim Einsatzführungskommando*

ner (\* 1959), das Cockpit des Airbus A310 erläutern.

Am 6. April 2011 besuchte Bundespräsident Wulff in Begleitung von Brigadegeneral Peter Braunstein, dem Kommandeur des Standortkommandos Berlin, das Wachbataillon des Bundesministeriums der Verteidigung unter Oberstleutnant Marcus Göttelmann (\* 1965),<sup>22</sup> in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin-Tegel. Dem Verband obliegt der protokollarische Ehrendienst bei hochrangigen Staatsbesuchen.<sup>23</sup> Nach Erklären der Natio-

taillons, das Üben des Präsentiergriffes am Karabiner 98k. Anschließend wurde der Salut-Zug mit seinen Feldhaubitzen FH105 dem Bundespräsidenten vorgestellt. Das Salutschießen war vormals ein maritimer Brauch, mit dem Kriegsschiffe vor dem Einlaufen in einen Hafen ihre Kanonen entluden und damit ihre friedlichen Absichten ankündigten. Die schweren Hafengeschütze antworteten ihrerseits mit derselben Prozedur, gaben aber wegen ihrer größeren Munitionsreserven 21 Schüsse ab. Salutschüsse sind neben dem „Großen Zapfenstreich“ die höchste militärische Ehrerweisung. Stabsunteroffizier Benjamin Ratheike aus dem Salut-Zug war völlig überrascht, als ihm der Bundespräsident

die Ehefrauen der Bundespräsidenten Heuss und Lübke Kaffee-Nachmittage für die Ehefrauen von Soldaten des WachBtl. Bundespräsident von Weizsäcker besuchte den Verband in den achtziger Jahren, und Bundespräsident Köhler im Jahre 2006 (gem. Auskunft WachBtl vom 27.06.2011).

<sup>20</sup> Fünf Termine mit Soldaten der Bundeswehr wurden auf Wunsch des Bundespräsidenten nicht-öffentlich durchgeführt und sind daher auch nicht namentlich aufgelistet.

<sup>21</sup> Botschafter Michael Steiner (\* 1949), dem trotz seines Diplomatenstatus ein eher rustikaler Umgangston nachgesagt wird, hatte z. B. 2001 drei Soldaten an Bord eines Bw-Flugzeuges mit „Arschloch“ beschimpft und deshalb seinen Posten als außenpolitischer Berater von Kanzler Schröder aufgeben müssen.

<sup>22</sup> Am 01.07.2011 gab Göttelmann das Kommando über das WachBtl ab; ihm folgte Oberstleutnant Michael Krobok (\* 1967).

<sup>23</sup> Bedingt durch die enge Beziehung zu diesem Bataillon veranstalteten bereits



höchstpersönlich zu seinem 27. Geburtstag gratulierte und ein Geschenk überreichte – eine überaus seltene Ehre für einen jungen Soldaten, an die er sich wohl stets mit Stolz erinnern wird. Bei der letzten Vorführung war das infanteristische Können der Soldaten des Wachbataillons gefragt: sie demonstrierten z. B. das schnelle Absetzen von einem Lkw, das Sichern der Umgebung und den Umgang mit der Panzerabwehrwaffe Milan. Am Ende des Besuches überreichte Oberstleutnant Göttelmann dem Bundespräsidenten einen handbemalten Ehrengardisten aus Zinn.

Während seines Antrittsbesuches in Niedersachsen am 18. Mai besuchte Wulff das am 21.09.2010 eröffnete Leichtbauforschungszentrum CFK Nord Stade und nahm in einem Kohlefaser (Carbon)-Rennwagen (R.U.S.H. 10), einem Kooperationsprojekt mit der Bundeswehr-Universität Hamburg, Platz. Leutnant Marc Fette, der 1. Vereinsvorsitzender des Eleven-O-Six Racing Teams e.V. der Helmut-Schmidt-Universität, sowie die Leutnante David Schneider und Florin Sütterlin stellten ihr Projekt dem Staatsoberhaupt vor.

Bisher gab es nur wenige Aussagen des Bundespräsidenten zu sicherheitspolitischen Themen; zu dem NATO-Einsatz in Nordafrika sagte er:

„In der Libyen-Frage etwa hätte ich mir gewünscht, dass noch mehr Anstrengungen unternommen worden wären, um eine gemeinsame Position mit unseren Verbündeten zu finden. Dies war ein Rückschlag für den Aufbau europäischer Verteidigungsstrukturen.“<sup>24</sup>

In die Tagespolitik möchte sich Wulff zu Recht nicht einmischen:

„Der Bundespräsident ist nicht der Oberschiedsrichter auf dem Platz, der mit gelben und roten Karten herumläuft und diese bei Bedarf zieht und sich zu allem und jedem äußert und damit Akteur der Tagespolitik wird. Das ist nicht seine Aufgabe. Die eigentliche Aufgabe, den Zusammenhalt zu fördern und verbindend zu wirken, würde sogar erschwert, vielleicht unmöglich.“<sup>25</sup>

Von Christian Wulffs fünfjähriger Amtszeit sind im Herbst 2011 noch nicht einmal 25 % vorüber, viel zu früh, um abschließend über seine Beziehung zu den Streitkräften zu urteilen, zumal im Jahre 2015 nach dem Ende der ersten Amtsperiode – Wulff wird dann gerade einmal 56 Jahre alt sein – eine weitere, zweite Amtszeit möglich ist. Am 20. Juli 2011 wird der Bundespräsident beim Feierlichen Gelöbnis von Soldaten des Wachbataillons, des IV./Luftwaffenausbildungsregiments aus Strausberg, der Marinetechnikschule aus Parow, des Logistikbataillons 172 aus Beelitz und des Panzergrenadierbataillons 401 aus Hagenow auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude in Berlin die Festansprache halten.

Ob in den verbleibenden Jahren seiner Amtszeit von Christian Wulff große, richtungsweisende Reden zur Bundeswehr und zur Sicherheitspo-

litik zu erwarten sein werden, bleibt abzuwarten, erscheint aber eher unwahrscheinlich. Denn trotz aller Sympathie, die der Bundespräsident der Armee entgegenbringt, besitzen militärpolitische und militärische Themen verständlicherweise keinen hohen Stellenwert auf seiner Agenda: Zum einen, weil er im Laufe seiner politischen Karriere nur selten mit solchen Fragen in Berührung gekommen ist, und zum anderen, weil sie in der Gesellschaft selbst kaum noch eine Rolle spielen. □

Besonderer Dank gilt Herrn Andreas Borck vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover.

#### Bildnachweis:

Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung (Porträt, Bild 5,6)), Archiv der 1. Panzerdivision Hannover (Bild 2,3,4)

## PID-Gesetz steht im Widerspruch zu geltendem Recht

Das Anfang Juli vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Präimplantationsdiagnostik (PID) steht nach Ansicht des Vize-Vorsitzenden der Unions-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer (CSU), im Widerspruch zu geltendem Recht. „Das jetzt beschlossene PID-Gesetz darf nur in einem engen Korridor umgesetzt werden, dessen Grenzen durch das Gendiagnostikgesetz, das Embryonenschutzgesetz und das Schwangerschaftskonfliktgesetz abgesteckt werden“, sagt Singhammer.

Nach seinen Worten liegt das Hauptproblem „in den zahlreichen Wertungswidersprüchen gegenüber diesen Gesetzen“. Singhammer kritisiert, dass völlig ungeklärt sei, was mit möglichen überzähligen Embryonen geschehen solle. Einen weiteren Wertungswiderspruch sieht der CSU-Politiker in der unscharfen Begrifflichkeit des Gesetzes. So soll die PID künftig bei genetisch bedingten „schwerwiegenden Erkrankungen“ erlaubt sein. Die-

se allgemeine Festlegung schließt Krankheiten ein, die möglicherweise erst im späten Erwachsenenalter auftreten könnten, so Singhammer. Dem widerspreche aber das zweite Gendiagnostikgesetz. Es verbiete ausdrücklich solche Tests.

Kritisch sieht Singhammer auch die Rolle der Ethikkommissionen: „In einer so grundlegenden Frage des Lebensschutzes darf es nicht einfach einem Expertengremium überlassen bleiben, welche Grenzen und Ausweitungen zu setzen sind.“ Der Gesetzgeber müsse im Rahmen des Beschlossenen das letzte Wort haben. Zudem dürfe es nicht unterschiedliche Wertungen je nach Ethikkommission geben. Schließlich steht die PID nach Auffassung des CSU-Politikers in einem Wertungswiderspruch zum Schwangerschaftskonfliktgesetz.

„In ihm kommt der gesetzgeberische Wille zum Ausdruck, menschliches Leben nicht auszuwählen. Dies findet aber bei der PID statt“, so Singhammer. (KNA)

24 Interview mit Giovanni di Lorenzo in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 30. Juni 2011.

25 Ebenda

---

**GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN**


---



An

**Kreise und Ansprechpartner der GKS**  
**Geschäftsführer der Bereiche**  
**Mitglieder des Bundesvorstandes**  
**Vorsitzende der Sachausschüsse**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die in der Vergangenheit durchgeführten Seminare für Funktionsträger der GKS haben alle eine positive Resonanz gefunden. Alle Teilnehmer bewerteten diese Seminare als sehr hilfreich für ihre ehrenamtliche Arbeit in der GKS. Daher bietet der Bundesvorstand der GKS im Jahr 2012 ein weiteres Seminar dieser Art an, um in der Funktion allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der GKS als Vorsitzende, Geschäftsführer oder Ansprechpartnern Informationen zu geben sowohl über die katholische Militärseelsorge und die GKS als auch praktische Hinweise für die Arbeit, „aus der Praxis – für die Praxis“.

Dieses Seminar findet statt

**vom 22. Juni bis 24. Juni 2012**  
**in der „Wolfsburg“, Katholische Akademie in Mülheim/Ruhr.**

Es beginnt am Freitag, den 22.06.2012, um 17.00 Uhr (Eintreffen ab 15.00 Uhr möglich) und endet am späten Sonntagvormittag mit einem gemeinsamen Gottesdienst.

Unter der Leitung des Bundesvorstandes der GKS sind folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Zielsetzung und Auftrag der Katholischen Militärseelsorge
- Selbstverständnis der GKS
- Organisation der GKS
- Zusammenarbeit auf Landesebene
- Arbeit GKS – Kreis/Bereich (Haushalt, Abrechnungen, Veranstaltungen usw.)

Programm und weitere Einzelheiten gehen den gemeldeten Seminarteilnehmern zeitgerecht zu.

Den Seminarteilnehmern entstehen keine Kosten. Bahnfahrkarten 2. Klasse (nur für Seminarteilnehmer) werden auf Antrag zugestellt. Bei Benutzung eines Pkw werden max. die Kosten einer Bahnfahrkarte 2. Klasse (Großkundenabonnement) erstattet.

Es findet keine Kinderbetreuung statt.

Bitte melden Sie sich bzw. Vertreter aus Ihrem Bereich mit dem beiliegenden Formblatt möglichst frühzeitig – spätestens bis 15. April 2012 – an, damit wir planen können.

Mit herzlichem Gruß

Artur Ernst  
 Oberstleutnant a.D.  
 Bundesgeschäftsführer GKS

(Name, Vorname)

(PLZ, Ort) - Privatanschrift -

An den  
Haushaltsbeauftragten der GKS  
Johann A. Schacherl  
Dellbusch 369

42279 Wuppertal

(Straße)

(Telefonnummer)

(Mitglied des GKS – Kreises

Mitglieds – Nr. FGKS

(Kontonummer / Bankleitzahl)

(Kreditinstitut)

**Verbindliche Anmeldung ! \***

Hiermit melde(n) ich mich / wir uns verbindlich zum  
Seminar für Funktionsträger der GKS vom 22.06.12 bis 24.06.12  
in der „Die Wolfsburg“, Katholische Akademie in Mülheim / Ruhr an.

Funktionsträger / in:

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

DstGrd: \_\_\_\_\_ Konfession: \_\_\_\_\_

Einheit: \_\_\_\_\_ Tel: \_\_\_\_\_

Dienstanschrift:

E-Mail: \_\_\_\_\_ @ \_\_\_\_\_

Ehefrau / Ehemann

Vorname: \_\_\_\_\_ Konfession: \_\_\_\_\_

Die Kosten für Kinder (bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) und Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) werden aus dem Haushalt der GKS übernommen. Ältere Kinder haben die Eigenleistungen wie ein Erwachsener zu zahlen. Rechtsgrundlage für den Umgang mit personenbezogenen Daten ist das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Ich/Wir sind damit einverstanden, dass meine/unsere personenbezogenen Daten von der GKS erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Kinder

Vorname	Geb.Datum	Konfession

☐ Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen, bitte entsprechendes Formular zusenden

[ Zutreffendes bitte ergänzen bzw. streichen ]

.....  
Unterschrift Datum

**Um Rücksendung der schriftlichen Anmeldung an o.a. Anschrift wird bis 15.04.2012 gebeten.**(Später eingehende Anmeldungen können u.U. **NICHT** berücksichtigt werden.)

\* Sollten Sie oder andere durch Sie angemeldete Personen Ihre Teilnahme absagen müssen, (bitte schnellst-mögliche Mitteilung an mich) und kann der Platz, der Ihnen und allen von Ihnen angemeldeten Personen, nicht ohne Kosten storniert werden, müssen wir uns die Nachforderung **aller** in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vorbehalten.

GKS-Seminar Funktionsträger 2012



Abschied von Dr. Ernst Niermann

## Nachruf Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann

VON KLAUS ACHMANN<sup>1</sup>

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), der Laienverband in der Katholischen Militärseelsorge, trauert um Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann. Er verstarb am 01. August 2011 in Bonn.

Dr. Ernst Niermann war in seiner langjährigen Amtszeit als Militärgeneralvikar ein Freund der in unserer Gemeinschaft zusammengeschlossenen katholischen Soldaten, aber auch ein kritischer und fordernder Wegbegleiter. Die Jahre von 1981 bis 1995, in denen er die Verantwortung als Generalvikar des Militärbischofs und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes trug, umschlossen die Jahre des tiefgreifenden Wandels des politischen Umfeldes, damit aber auch der Bundeswehr und der von den aktiven katholischen Soldaten mitgetragenen Militärseelsorge. Für die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Aufbau der Militärseelsorge und der mit ihr verbundenen Laienstrukturen, in denen immer auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten mitwirkte, in den neuen Bundesländern hervorzuheben. Dr. Ernst Niermann gelang es, die überaus kritischen Bischöfe und Gläubigen in den neuen Bundesländern von der Notwendigkeit einer Seelsorge für Soldaten zu überzeugen und bereitete damit auch den engagierten katholischen Soldaten den Weg zum Aufbau organisatorischer Strukturen.

Unter seiner Verantwortung begann auch die seelsorgerische Begleitung von Soldaten im Einsatz, die dann nicht nur den katholischen Soldaten offen stand, sondern allen, die Rat und Gespräch suchten.

In den schwierigen Fragen, die sich mit dem Engagement katholischer Christen in den Streitkräften verbin-

den, zeigte er Festigkeit und Toleranz. Bei aller deutlich formulierten Klarheit seiner Position respektierte er kritische Anfragen und abweichende Positionen. Dadurch ermöglichte er das von gegenseitigem Respekt und Anerkennung geprägte offene Gespräch zwischen den in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten engagierten Christen und anderen, die aus ihrem Verständnis des Christseins heraus den Militärdienst ablehnten.

Dr. Ernst Niermann hat durch sein Engagement für die Ausformulierung und Weiterentwicklung der katholischen Friedenslehre entscheidende Grundlagen für das Selbstverständnis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und der in ihr zusammengeschlossenen katholischen Soldaten geschaffen. Gerade in den Jahren tiefgreifender Auseinandersetzungen um die mit den Fragen von Krieg und Frieden verbundenen Probleme ermöglichte er eine gründlich reflektierte und auch für überzeugte Christen tragfähige Haltung im Sinne eines „Soldaten für den Frieden“. Er schuf das Institut für Theologie und Frieden, wo auf der Grundlage der katholischen Friedenslehre die maßgeblichen Grundsätze für den Dienst katholischer Soldaten formuliert und von dort in die Strukturen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten hineingetragen wurden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat Dr. Ernst Niermann durch die Verleihung des Ehrenkreuzes des Gemeinschaft Katholischer Soldaten geehrt. Sie wird ihn in dankbarer Erinnerung behalten als jemanden, der unsere Gemeinschaft entscheidend mit prägte und ihr immer verbunden war.

Möge er ruhen in Frieden!



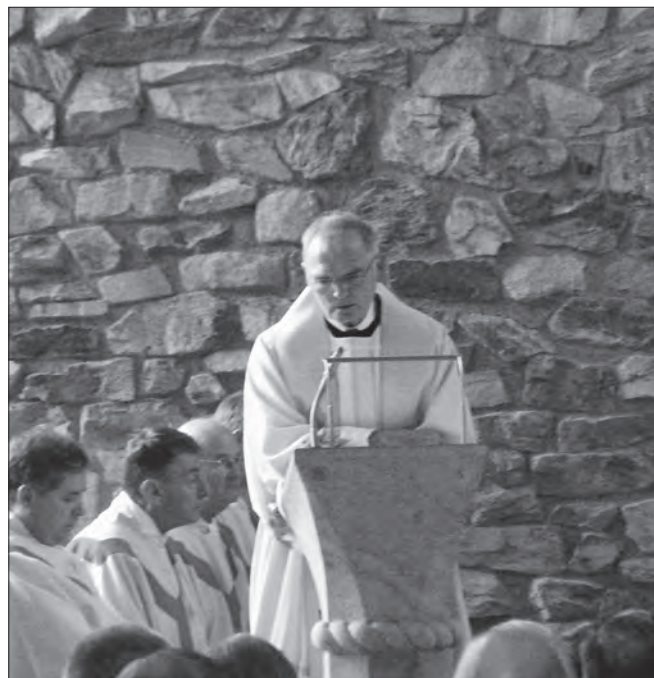
<sup>1</sup> Dr. Klaus Achmann, Oberst a.D. war langjähriger Vorsitzender des Sachausschusses Sicherheit und Frieden und von 2000 bis 2007 Bundesgeschäftsführer der GKS

Abschied von Dr. Ernst Niermann

## Trauer Gottesdienst in St. Aegidius

Weit mehr als 200 Weggefährten, Freunde und Bekannte versammelten sich in der Kirche St. Aegidius in Bonn-Buschdorf, wo Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann seinen Lebensabend verbrachte, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Begleitet von den Fahnen der Katholischen Militärseelsorge, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sowie der Feuerwehr seiner Kirchengemeinde (Bild 1) feierten die Menschen in

der überfüllten Kirche das Requiem für Dr. Niermann. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut zelebrierte den Gottesdienst für seinen Vorgänger (Dr. Niermann war von 1981 bis 1995 Militärgeneralvikar der Katholischen Militärseelsorge), Konzelebranten waren der Generalvikar der Diözese Aachen Manfred von Holtum, für das Erzbistum Köln Prälat Hans-Josef Rademacher, für die Militärseelsorge die Militärdekane Stefan van Dongen



und Benno Porovne sowie der Pfarrer von St. Aegidius Alfred Hausen.

Für die Militärseelsorge hielt Militärdekan a.D. Heinrich Hecker (Bild 2) den Nachruf, in dem er die besonderen Verdienste von Dr. Niemann hervorhob, als es galt, die Katholische Militärseelsorge nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern aufzubauen. Für die Diözese Aachen, aus der Dr. Niemann stammte, sprach der Generalvikar von Holtum. Für das organisierte Laienapostolat

der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sprach der Ehrenbundesvorsitzende Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein (siehe Kasten).

Nach dem Gottesdienst begab sich die große Trauergemeinde auf den letzten Weg zur Grabstätte hin (Bild 3), um danach auf Einladung des Militärbischofs Dr. Franz-Josef Overbeck sich in der Pfarrgemeinde abschließend zu treffen. □

*(Text und Fotos: Bertram Bastian)*





## Abschied von Dr. Ernst Niemann

## Ansprache Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein

**S**ehr geehrte Trauergemeinde, für mich persönlich schließt sich heute der Kreis im irdischen Leben von Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niemann. Bei seiner Emeritierung und Pensionierung als Militärgeneralvikar in Jahre 1995 in Bonn hatte ich die vornehme Aufgabe, als Bundesvorsitzender der GKS ein Grußwort für die organisierten katholischen Laien in der Bundeswehr zu sprechen, heute bei seinem Requiem hier in St. Aegidius in Bonn-Buschdorf nehme ich die Aufgabe gerne wahr, seine Verdienste als Militärgeneralvikar aus der Sicht des organisierten Laienapostolats kurz zu würdigen.

**M**ilitärgeneralvikar Dr. Niemann hat der organisierten Laienarbeit, also den beiden Säulen der Räte und des Verbandes GKS in der Militärseelsorge unter Soldaten stets eine hohe Bedeutung zugemessen, uns ernst genommen und besonders auch in schwierigen Situationen unserer Arbeit wertvolle Unterstützung und persönliches Wohlwollen entgegen gebracht.

Die GKS und die Unterstützung unserer Arbeit vor Ort bei den Soldaten und ihren Familien war ihm ein besonderes Herzensanliegen. Dabei hat er persönlich unsere Arbeit nicht nur begleitet, sondern hat selbst neue Impulse gegeben und auch für die damalige Zeit manch schwierigen Weg des Verbandes persönlich begleitet. Wir waren uns seiner Wertschätzung stets in vollem Umfang bewusst.

Er hat uns engagierte Katholische Soldaten in der Bundeswehr durch persönliches Vorbild und durch sein Handeln als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der bischöflichen Kommission *Justitia et Pax* aufgezeigt, dass es unterschiedliche friedensethische Positionen katholischer Organisationen und Institutionen gibt, die unbedingt untereinander ins Gespräch kommen sollten, um sich – auch nach außen – deutlich sichtbar auszutauschen.

So hat er die Verantwortlichen in der GKS immer wieder ermutigt – bisweilen auch ermahnt – gerade in den schwierigen Situationen der Nachrüstung trotz aller Unterschiede in Auffassung und Interpretation von

Frieden weiterhin beispielsweise mit Pax Christi und dem BDKJ im Gespräch zu bleiben – wenn die vertrauensvolle Verbindung und die Gespräche abzureißen drohten und teils zeitlich begrenzt sogar abgerissen waren. Stattdessen im fairen Streitgespräch auch für alle nach außen sichtbar sich weiterhin auszutauschen. Die Früchte dieser Arbeit liegen heute deutlich auf der Hand und sind in der breiten Öffentlichkeit inzwischen anerkannt und geschätzt.

**B**ei dieser damals schwierigen Begleitung der Katholischen Soldaten in der Bundeswehr kam Dr. Niemann seine große Fachkenntnis, gepaart mit Engagement und Überzeugungskraft, seine Fähigkeit des kunstvollen Formulierens und des exakten juristischen Ausdrucks besonders zugute. Ihm war an einer offenen und fairen Auseinandersetzung und dem Dialog über die Vielfalt der Dienste für den Frieden und den unterschiedlichen Formen kirchlicher Friedensförderung besonders gelegen.

Bei aller deutlich formulierten Klarheit seiner Positionen und seiner sehr weitgehenden Toleranz respektierte er kritische Anfragen und abweichende Positionen. Dadurch ermöglichte er das von gegenseitigem Respekt und Anerkennung geprägte offene Gespräch besonders zwischen den in der GKS engagierten Christen und Anderen, die aus ihrem Verständnis des Christseins heraus den Militärdienst ablehnten. Gewissensbildung und Gewissensentscheidung auf hohem ethischem Niveau waren ihm ein großes Anliegen.

Unter seiner Verantwortung begann auch die seelsorgerische Begleitung von Soldaten im Einsatz, die heute weitgehend als selbstverständlich empfunden wird und sich hoher Anerkennung unter Soldaten und der breiten Öffentlichkeit erfreut.

Die in der Bundeswehr engagierten Katholischen Soldaten und besonders die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, eine Gemeinschaft, die Dr. Niemann über Jahre begleitete und entscheidend mitprägte, werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten und ihm über den Tod hinaus verbunden bleiben.



## Seminar Dritte Lebensphase

## „Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“

Vom Mittwoch, 04.05. bis Sonntag, 08.05.2011 fand das Seminar zur Vorbereitung auf die „Dritte Lebensphase“ für Soldaten, die demnächst in den Ruhestand versetzt werden, im Caritas-Pirkheimer-Haus in Nürnberg statt. Nachdem alle Teilnehmer am Mittwoch zum Nachmittagskaffee pünktlich angereist waren, wurden sie durch den Haushaltsbeauftragten der GKS Johann Schacherl begrüßt. Dabei stellte er die Arbeit der GKS vor, gab Informationen aus dem Bundesvorstand bekannt und wies auf Neuerungen in der zukünftigen Arbeit der GKS hin. Anschließend wurden diejenigen, die in den nächsten Tagen durch das Seminar führten, vorgestellt: Prof. Dr. Heimo Ertl (Akademiedirektor a.D.), Pater Ludwig Schuhmann SJ (stellv. Akademiedirektor) und Friedrich Mirbeth (OSF a.D.). Nach dem Abendessen wurde der erste Tag mit der Vorstellungsrunde abgeschlossen.

Am Donnerstagvormittag wurde in einer Männer- und Frauenrunde der erste Themenblock behandelt, wobei man

### Pater Ludwig Schuhmann SJ verabschiedet

Im Verlaufe des Frühjahrsseminars der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Caritas-Pirkheimer-Haus in Nürnberg, wurde Pater Ludwig Schuhmann SJ (siehe Bild in der Mitte, links Johann Schacherl, rechts Friedrich Mirbeth), welcher einige Jahre als geistlicher Begleiter der Seminare sehr ans Herz gewachsen war, verabschiedet. Pater Schuhmann hat sich entschlossen im Alter von 67 Jahren etwas kürzer zu treten und übernimmt im Bereich des Bistums Bamberg die Exerzitienbegleitung. Ein schmerzlicher Verlust für die zukünftigen Seminarteilnehmer aber auch für das Funktionspersonal, das lange Zeit vertrauensvoll mit Pater Schuhmann zusammenarbeiten konnte. Alle Mitglieder der GKS wünschen Ihm in seinem neuen Wirkungskreis viel Erfolg und Gottes Segen.

Zum Ende seines Engagements für die Seminare der GKS hat er sich um einen Ersatz für seine Person zur Begleitung unserer Seminare erfolgreich bemüht. So konnte bereits im Verlaufe des Seminars der Nachfolger für Ihn die anwesenden Teilnehmer zu einem Gespräch treffen. Ab dem Oktoberseminar dieses Jahres wird Pater Jeran SJ in bewährter Art und Weise die Seminare begleiten und bereichern. Im Falle einer Verhinderung hat der scheidende Pater Ludwig Schuhmann SJ seine Aushilfe zugesagt. □

(Text: Friedrich Mirbeth,  
Foto: Roland Ohlenschläger)



sich noch näher kennen lernte. Nach dem Mittagessen konnten wir alle an einer geleiteten Stadtführung teilnehmen und Nürnberg erleben. Dies war eine willkommene Abwechslung für alle, da nicht alle diese herrliche Stadt kannten. Nach dem Nachmittagskaffee erfuhren die Teilnehmer von Oberarzt Dr. med. Klaus Becher Erfahrungen und Perspektiven im Alter – als Schicksal und Chance. Ein Beitrag, der dazu führen sollte, sich im „Alter“ auch zu bewegen und vorbeugende Maßnahmen zu treffen, um evtl. zu erwartende Krankheiten zu vermeiden.

Der interessanteste Teil für die Teilnehmer am Freitag war der Vortrag von RAmtFr Claudia Hartmann des Standortservice Roth zu dem Thema „Versorgungs- und Sozialrecht“. Hier wurde sehr viel diskutiert und Fragen wurden sachlich beantwortet. Am Samstag und Sonntag war der Vormittag mit weiteren Themen gefüllt, so dass nach einer Aussprache am Sonntag und dem letzten gemeinsamen Mittagessen alle Teilnehmer mit dem Gefühl nach Hause fahren konnten, für die dritte Lebensphase vorbereitet zu sein. □

(Text: Roland Ohlenschläger)

Ihre Zuschriften, Ihre Berichte und Bilder senden Sie bitte elektronisch an:

redaktion-auftrag@kath-soldaten.de  
oder mit normaler Post an:

Redaktion AUFTRAG, c/o Bastian,  
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn

GKS-Kreis Wahn

## Väter-Kinder-Tag 2011

Am Vatertag, dem 02.06.2011 fand der diesjährige Erlebnistag für Väter, Großväter, Kinder und Enkel im Haus Marienhof des Erzbistums Köln statt. Mitglieder des GKS-Kreises WAHN waren wie in den letzten Jahren eingeladen. Der unter der Überschrift „Festival der Tiere“ stattfindende Event wurde bei strahlendem Sonnenschein durchgeführt. Passend zum Motto der Veranstaltung hatten die Kinder Tiere in einer Bastelaktion gebastelt und durften diese in einer Open Air Messe ausstellen. Nach dem gemeinsamen Mittagessen begann der eigentliche Spielnachmittag mit einer Spiele-Ralley. Insgesamt konnten 16 Stationen angelaufen werden. Von Kirschkerne spucken über Milchsortenraten, Tierstimmenerkennen bis zur Darstellung der Bremer Stadtmusikanten war alles dabei. Nebenbei bestand für die Kleinen noch die Möglichkeit mit Ponys zu reiten. Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken begann gegen 15:30 Uhr die eigentliche Attraktion des Tages. Die Greifvogelshow aus der Nähe von Kerpen begeisterte die großen und kleinen Teilnehmer gleichermaßen (*siehe Bild*). Es wurde viel über die einzelnen Vögel erzählt, sie ließen sich bereitwillig aus der Nähe betrachten, einige unter Aufsicht sogar anfassen und vollführten



wahre Kunststücke bei den Flugeinlagen. Gegen 17.00 Uhr ging dieser erlebnisreiche Tag zu Ende. Im Rückblick eine rundum gelungenen Veranstaltung, die man immer weiterempfehlen kann. Bis zum nächsten Mal. □

(Text und Fotos: Dirk Ponzel)

GKS-Kreis Unna

## Frühjahrswochenende 2011

Das Frühjahrsfamilienwochenende des GKS-Kreises Unna vom 27. bis 29. Mai nahmen wieder einmal viele Familien und Eheleute wahr (*siehe Bild*). Es stand unter der Überschrift „Gott und das Leid“. Militärpfarrer Martin Tilles vom Militärpfarramt Ahlen erläuterte im Bildungsteil welche Fragen Menschen insbesondere stellen, wenn ih-



nen Leid geschieht oder begegnet. Es kam zu einem Austausch bei dem Leid-Erfahrungen sehr unterschiedlich dargestellt wurden. Und auch die Frage, ob ein liebender und allmächtiger Gott Leid zulässt, löste gehaltvolle Diskussionen aus. Natürlich blieben auch Erfahrungen aus Auslandseinsätzen und der Umgang mit fremden Kulturen bei diesem Thema nicht außen vor. Der GKS-Kreis Unna hat damit den dritten Lehrbrief aus einem Glaubenskurs für Erwachsene bearbeitet. „Glaubensupdate“, so der Name des Kurses, wirft Fragestellungen zum christlichen Glauben für die Arbeit in Gruppen auf. Doch neben den Mühen sollten auch die Familien Zeit zur Besinnung und gemeinsame Aktivitäten haben. Das Heinrich-Lübke-Haus am Möhnesee bot viele Freizeitmöglichkeiten. Die heilige Messe feierte der GKS-Kreis gemeinsam mit den anderen Gästen des Hauses in der hauseigenen Kapelle. □

(Text: Ralf Eisenhardt, Foto: Franz-Josef Johland)

GKS-Kreis Köln

## Familiennachmittag in Köln

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Kreis Köln traf sich am 28.05.2011 mit einer Gruppe von ca. 25 Personen vor dem Hauptportal des Kölner Doms, um einen gemeinsamen Familiennachmittag zu verbringen. Angeboten wurde für Erwachsene eine Turmführung, daneben eine Stadtführung und für die Kinder eine Dombführung. Bei bestem Wetter freute sich jeder darauf, mit seiner „eigenen Gruppe“ eine Führung zu bekommen.

So marschierten die einen mit Hans-Michael Pawlak los, um eine Stadtführung der wirklich besonderen Art zu erleben. Nachdem die geschichtlichen Hintergründe zum Dombau erklärt wurden, ging es auch gleich in den selbigen, um dort die wichtigsten Sehenswürdigkeiten an-



zuschauen. Leider war das Boden-Mosaik gesperrt, da zu diesem Zeitpunkt in den dort installierten Beichtstühlen das Sakrament der Beichte gespendet wurde. Anschließend gingen wir in die Altstadt – immer wieder umrahmt von einigen Gruppen, die sich Halleluja singend auf den Weltjugendtag in Spanien einstimmten. In verständlicher Art und Weise bot uns Hans-Michael Pawlak die wichtigsten Meilensteine der Kölner Geschichte dar – so konnten wir zum einen die noch sehr gut erhaltene alte römische Hafenstrasse betrachten, aber zum anderen erhielten wir auch viele weitere interessante Informationen, z.B. über den Brüderstreit der Paffgen-Brauerei, über die Entkernung des Lufthansagebäudes, über die Turm Triangle auf der anderen Rheinseite, über die Weihnachtsmärkte in Köln sowie viele andere Hinweise über die Stadt Köln.

Parallel stieg die andere Gruppe auf das Dach des Doms und genoss von dort aus die herrliche Aussicht über die Stadt Köln. Diese Tour bot besondere Ein- und Ausblicke: In 45 Metern Höhe konnten die Teilnehmer sowohl das Innere des Doms (im Bild sieht man, wie schmal der Dom eigentlich ist) betrachten, aber auch von der Außenseite atemberaubende Blicke auf Mauern und Stützwerk werfen. Dazu gab es interessante Informationen rund um die Geschichte des Dombaues. Die Fahrt mit dem Materialaufzug demonstrierte außerdem die gefährliche Arbeit der Mitarbeiter der Dombauhütte.



Die Kinder durften zur gleichen Zeit im Dom an einer Kinderführung teilnehmen. Dort gab es viel über die Heiligen Drei Könige zu hören, deren Reliquien in dem goldenen Schrein im Altarraum des Domes aufbewahrt werden. Weiterhin gab es viele Informationen rund um den Dombau, wie z.B. die Arbeit der Steinmetze und deren Namenszeichen, die noch heute in einigen Steinen zu finden sind. Als Belohnung für das Zuhören der Kinder gab es dann zum Abschluss der Kinderführung für alle noch ein Eis.

Gegen 16.00 Uhr trafen sich dann die Teilnehmer wieder vor dem Hauptportal. Während einige noch die Gelegenheit zum Kölner Stadtbummel nutzten, trafen sich die anderen auf der Rheinwiese, um gemeinsam den Nachmittag bei einem Picknick abzuschließen. Die letzten machten sich dann gegen 17.45 Uhr auf den Heimweg. □

(Text und Bild: Walter Raab)

## GKS-Kreis WAHN

### Entdecken Sie Vogelsang

Für Samstag den 18. Juni 2011 hatte der GKS-Kreis Wahn zur Exkursion in die Nordeifel eingeladen. Dieser gemeinsame Tag begann im Nationalpark Eifel, an einem Ort, an dem versucht wird, der Geschichte des Nationalsozialismus und deren Folgen aufklärend zu begegnen.



Die ehemalige „Ordensburg Vogelsang“ ist ein von Nationalsozialisten errichteter Gebäudekomplex, an dem sich die Wirkungen nationalsozialistischer Erziehung und Beeinflussung, besonders junger Männer, eindrucksvoll vergegenwärtigen lassen. Die zielgerichtete Ausbildung ausgewählter angehender Parteifunktionäre wurde in der ab 1934 errichteten Anlage durch eine dominierende Architektur und eindringliche, archaische Kunst unterstrichen. Das Ziel der Führung war es nicht nur bei der Vergangenheit stehen zu bleiben, sondern Impulse aufzunehmen, um einen möglichen Beitrag zur kulturellen und politischen Diskussion leisten zu können. Die gut fundierte und lebhaft vorgetragene Führung (siehe Bild) ließ nicht nur Platz für Fragen, sondern hat auch die Jugendlichen und Kinder mit einbezogen. Neben der Geschichte des Ortes war für die Teilnehmer aber auch zu erkennen, dass hier vor Ort Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bestehen.

Zum gemeinsamen Mittagessen gingen die Teilnehmer dann nach Mechernich, um es sich in der dortigen UHG/OHG gut munden zu lassen. Danach machte sich die Gruppe auf den Weg, den Abbau von Blei in der Region um Mechernich im Tagebau und unter Tage museal zu erkunden. Neben der Geologie, waren auch die verschiedenen Gewinnungsarten der Erze während der vergangenen Jahrhunderte Thema. So gelangten wir auch in den Stollenbereich der Günnersdorfer Grube, die erst seit 2005 für Besucher hergerichtet ist. Die Führung durch die Anlage vermittelte einen tiefen Blick in die Vergangenheit und man konnte sich auch gut vorstellen, wie die Stollen im 2. Weltkrieg als Luftschutzanlage und Notlazarett für die Bevölkerung genutzt wurden. Über die verschiedenen Stationen der Führung wurde den Teilnehmern alsbald deutlich, dass die Menschen in dieser Region lange Zeit ihren Lebensunterhalt im Bergbau schwer verdienen mussten. Daneben wurden auch Fragen zur aktuellen Umweltlage im Zusammenhang mit dem Bleiabbau beantwortet.



In Gedanken um das Spannungsfeld zwischen Vergangenheit und Zukunft und dem Möglichen wie Sinnvollen, machten sich die Teilnehmer zwar etwas erschöpft, aber zufrieden auf den Heimweg. □

(Text und Bilder: Gerhard Kollmann)

## Militärpfarramt Bonn

### Verabschiedung von Benno Porovne

Mit einem „vollen Haus“ wurde Militärdekan Benno Porovne von seiner Militärgemeinde und von vielen Ehrengästen aus dem Standortbereich Bonn verabschiedet. Nach insgesamt zwölf Jahren Dienst in der Militärseelsorge kehrt er nun „in den Schoss“ seiner Heimatdiözese Köln zurück.

Die Kapelle im Haus 32 auf der Bonner Hardthöhe, dem Geistlichen Forum, war brechend voll, als der letzte Gottesdienst mit Dekan Porovne gefeiert wurde. Mit über hundert Gästen feierten der einladende Leitende Militärdekan Rainer Schnettker, Militärdekan Michael Berning aus Köln-Wahn und Benno Porovne diesen Gottesdienst (Bild 1). Mit modernen Liedern, Wechselgesängen mit dem



Kantor Oberstleutnant Thomas Mayer, aber auch mit altem Liedgut wurde der Gottesdienst in der gesamten Bandbreite der katholischen Kirche gestaltet – so wie sie von dem scheidenden Militärpfarrer vertreten wurde. Msgr. Schnettker wies in seiner Predigt auf die Notwendigkeit des „Miteinander Gehens im Geist und Frieden Christi“ als Aufgabe aller hin. „Verbunden damit ist für uns immer das Versprechen des Herrn, bei uns zu sein – egal wohin er uns ruft“, sagte Rainer Schnettker.

In der anschließenden offiziellen Verabschiedung nahm der Leitende Militärdekan West den Faden wieder auf. Die Begrüßung der vielen Gäste – vom Standortältesten Brigadegeneral Heinrich Tiller über Vertreter der verschiedenen Ämter im Seelsorgebereich, dem Pfarrgemeinderat, der GKS, der KAS und dem evangelischen Mitstreiter in Bonn Militärdekan Peter Schmidt bis hin zu Mitstreitern aus früheren Verwendungen in der Militärseelsorge – zeigte, dass Militärdekan Porovne stets eine gute Weggemeinschaft mit „seinen“ Pfarreien gepflegt habe. Aus seinen

Tätigkeiten seit 1999 in Bad Frankenhausen und Erfurt sowie seinen Einsatzerfahrungen im Kosovo und Kunduz habe er die Grundlage für sein Wirken am Standort Bonn – also für das Zusammenwirken mit den für die Militärseelsorge wichtigen Dienststellen genauso wie mit den vor Ort befindlichen Truppenteilen – gelegt. Monsignore Schnettker dankte Militärdekan Porovne noch einmal ganz herzlich für die geleistete Arbeit und überreichte im Abschluss die Dankurkunde des Bundesministers der Verteidigung (Bild 2).

Auch der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, betonte das gute und herzliche Miteinander in der Militärpfarre Bonn. Viele Veranstaltungen und Traditionen konnten – trotz der vorhergehenden langen Vakanz – wieder aufgenommen, weitergeführt oder neu begründet werden. Er appellierte eindringlich an die Verantwortlichen, dass eine erneute lang andauernde Vakanz beim Katholischen Militärpfarramt am ersten Dienstsitz des BMVg schädlich sei und unbedingt vermieden werden müsse. Dem scheidenden Militärdekan wünschte er alles Gute und Gottes Segen für die neue Verwendung in der Erzdiözese Köln, „wo nach der Berufung von Weihbischof Woelki nach Berlin ja ein Dienstposten frei geworden sei“, so der Vorsitzende.

Militärdekan Porovne bedankte sich in seiner gewohnt bescheidenen Weise für all das Lob und die Ehrungen an-



lässlich seines Abschiedes. Auch wenn er damals „nicht ganz freiwillig in die neuen fünf Länder“ gegangen sei, so habe er dort doch erfahren, dass er nicht als Pfarrer, sondern als Person und über den Dienst am Anderen wirken konnte. „Über das Miteinander, über Beziehungen entsteht gute Arbeit“ – wir als seine Mitarbeiter in Bonn konnten dies täglich erleben und erfahren. Er freue sich trotzdem auf seine neue Verwendung „in der Heimat“ in Leichlingen bei Burscheid.

In einer Ergänzung konnte der Leitende Militärdekan Schnettker dann noch bekanntgeben, dass die Personalleistungen des „Neuen“ schon in die engere Erwägung gezogen worden sei und dass sich eine Neubesetzung des Katholischen Militärpfarrers Bonn zum 01.11.2011 abzeichne. Die Vakanzvertretung würde Militärdekan Berning aus Köln (Wahn) übernehmen.

Mit interessanten Begegnungen und einem Mittagsimbiss klang die offizielle Verabschiedungsfeier für Militärdekan Porovne dann aus. □ (Text und Foto: Presse SKA)

Militärpfarramt Bonn

## Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit

Am Dienstag, den 12. April 2011 ab 18.00 Uhr hielt Joachim Sikora<sup>1</sup> im Geistlichen Forum einen Vortrag zu diesem Thema. Zu Beginn des Vortragsabends feierten die Teilnehmer mit Militärdekan Benno Porovne die Heilige Messe. Da der Redner in der Kommission war, welche den Text der Gemeinsamen Erklärung „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ schilderte Sikora zuerst den Zuhörern, auf welche Art und Weise dieser Text zustande kam. Seinen Anfang nahm die Erklärung in einem Wort der amerikanischen Bischofskonferenz 1986, in der die Soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stand und die Fragen stellte, wie die Wirtschaft dem Menschen nütze oder wie nähme der Mensch an der Wirtschaft Anteil. In der Folge beschäftigten sich die österreichischen Bischöfe mit diesem Thema der sozialen Gerechtigkeit in der Wirtschaft, bevor die beiden großen deutschen Kirchen eine Kommission einsetzten, die einen Impulstext erarbeitete. Das Ringen um die Worte und die darin enthaltenen Grundeinstellungen zu den Fragen der Weltwirtschaftspolitik nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war umso bemerkenswerter, als die Entscheidungsgremien Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands im Gegensatz zu den beteiligten Redakteuren sehr schnell zu einer Einigung kamen. Das Ergebnis war der „Gemeinsame Text 9“<sup>2</sup>, der den Teilnehmern vom Militärpfarramt Bonn zur Verfügung gestellt wurde, damit man dem Redner besser folgen konnte.

Mit diesem Text ging der Redner (*siehe Bild, Mitte*) mit seinem Publikum zuerst die drei wichtigsten ethischen Gesichtspunkte der Schrift durch: das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe, die vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten sowie die Gerechtigkeit. In der Einheit von Gottes- und Nächstenliebe käme



der Zusammenhang zwischen Gottesbeziehung und Weltverantwortung, von Glaube und Ethos als sittliche Grundidee der biblischen Tradition zum Ausdruck<sup>3</sup>, führte der Redner aus. Dieses Doppelgebot müsse sich auch in der strukturellen Dimension auswirken: in dem Ringen um den Aufbau einer Gesellschaft, die niemanden ausschließt und die Lebenschancen für alle sichert<sup>4</sup>. In der vorrangigen Option für die Benachteiligten manifestiere sich die Verwirklichung des Doppelgebotes, da die versöhnliche Begegnung mit dieser Gruppe, diese Solidarität sei ein Ort der Gottesbegegnung, wie es in Mt 25, 34 bis 36 und 40 geschildert würde. Die soziale Gerechtigkeit besage, dass aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen es ein Gebot der Gerechtigkeit sei, bestehende Diskriminierungen abzubauen und

allen Mitgliedern der Gesellschaft die gleichen Chancen und Lebensbedingungen zu ermöglichen. Ausgehend von der Enzyklika Johannes-Paul II. „laborem exercens“, dass die Arbeit stets Vorrang vor Kapital hat, käme die Schrift zu einem neuen Verständnis von Arbeit: Während der Ökonom die Arbeit als ein Entgelt

für gebrachte Leistung ansähe, sei für den Sozialethiker Arbeit all dies, was für die Gemeinschaft erbracht würde, also sowohl Erwerbsarbeit als auch bürgerschaftliches Engagement, Familienarbeit sowie Bildung. Dies führe letztendlich zu einem Grundeinkommen, welches unter anderem der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) in seiner Vision einer gerechteren Gesellschaft durchgerechnet habe. Die politischen Parteien hätten zwar spät reagiert, aber in jeder sei mittlerweile eine Kommission mit diesem Thema beschäftigt.

Die Katholische Kirche selbst habe mit einer 1998 erschienenen Schrift über die Beteiligungsgerechtigkeit dieser Bewegung „den Schwung genommen“ führte der Referent aus. Er sagte weiter, dass schon Benedikt XIV (Papst von 1740 bis 1758) eine Schrift „Gegen den Zins“ veröffentlicht habe, diese jedoch zumindest bei den Banken nicht angekommen sei und führte als Beispiel den Zinssatz für Dispo-Kredite an.

Bei all diesen Themen wurde die anschließende Diskussion sehr lebhaft und wurde auch durch den anschließenden Imbiss nur kurz unterbrochen. Im November ist ein weiterer Vortrag mit Joachim Sikora geplant, das Militärpfarramt wird rechtzeitig nähere Informationen bekannt geben □

(Text und Foto: Bertram Bastian)

1 Dipl.-Volkswirt Joachim Sikora wurde 1940 in Berlin geboren. Er studierte Volkswirtschaft, Soziologie und Erziehungswissenschaften. Er war seit 1968 in der Erwachsenenbildung tätig, wobei ihn seine Arbeit aber auch mehrere Jahre lang ins Ausland führte, vor allem in asiatische Länder. Von 1990 bis 2005 leitete er das „Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln“ in Bad Honnef

2 Gemeinsame Texte 9 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, erschienen 1997

3 ebenda, Absatz (103)

4 ebenda, Absatz (104)

## Buchbesprechung

## Gesellschaft ohne Gott

Der Autor Andreas Püttmann bezeichnet sein Buch als einen Weckruf. Einen Weckruf deshalb, weil ein ganzer Kontinent (Europa) dabei ist, sich von seinem geistlichen und damit langfristig auch von seinem geistig-moralischen Fundament zu verabschieden. Die Krawalle in England könnte man mit der klaffenden Schere zwischen Arm und Reich erklären, man kann aber auch darauf hinweisen, dass Respekt vor dem Anderen und dessen Eigentum, die Beachtung der Grundregel „Du sollst nicht stehlen“ scheinbar in Vergessenheit geraten sind und landen so punktgenau beim Thema des Buches. In drei großen Kapiteln, die Püttmann ähnlich wie ein behandelnder Arzt Diagnose, Prognose und Therapie überschreibt, führt der Autor die Leserinnen und Leser in



die Glaubensdepression oder Kirchenschwindsucht ein. In der Prognose schildert er die zu erwartenden, teilweise sich schon zeigenden Fehlentwicklungen im sozialen Bereich einer Gesellschaft ohne Gott. Im dritten Teil zeigt Püttmann Wege zur Regeneration der zentralen Vitalfunktionen der Gesellschaft auf. Dabei kommt er selbstverständlich auf die Glaubwürdigkeit der Kirche zu sprechen und auf die Aufgabe, dass Christen führen müssten. Von dieser Forderung, die schon der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Konrad Adenauer formuliert hatte, schlägt er abschließend den Bogen zur Tapferkeit, auch führen zu wollen, und damit letztendlich zu den Kardinaltugenden der Katholischen Kirche. Ein gut lesbares Buch, welches die christliche Gesellschaft wachrütteln sollte - wie Püttmann in seinem Vorwort schon sagt. (BB)

*Andreas Püttmann, Gesellschaft ohne Gott, Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands, Gerth Medien 2010, Asslar, 289 Seiten, ISBN 978-3-86591-565-8*

## Buchbesprechung

## Wie ist Gott?

Die insgesamt zehn Kapitel dieses gut lesbaren Buches (Imprematur: Mit Erlaubnis von Abt Gregor Henckel Donnersmarck, Abt des Stiftes Heiligkreuz vom 5. August 2010) hat der Autor so geschrieben, dass man die Abschnitte auch einzeln lesen könnte und behielte trotzdem den Blick auf das Gesamtwerk. Dies macht es leichter, nach einiger Zeit einzelne Abschnitte zu rekapitulieren, wenn man mit andern über diese großartige Thematik diskutiert, was recht häufig zu wünschen ist. Zisterzienserpater Karl Josef Wallner schreibt kein systematisches Lehrbuch, sondern ein Buch über das Verständnis des Christen zu ihrem Gott. Dadurch kommt auch zur Sprache, wodurch sich das Christentum von den anderen Religionen unterscheidet: Religion ist „Mensch zu Gott“, Christentum ist „Gott zum Menschen“. Absolut empfehlenswert, um ein schwieriges, weil kaum noch behandeltes Thema den gläubigen Christen näher zu bringen. In Gesprächen mit Vertretern anderer Religionen kann man nach Lektüre dieses Buches sicher argumentieren und seinen christlichen Glauben überzeugend darlegen. Gerade die Trinität wird von Karl Josef Wallner



überzeugend aufgearbeitet und erklärt. Denn wie der Autor in seinem Werk selbst sagt: „Das Verständnis von der Dreifaltigkeit Gottes ist für jeden, der bereit ist nachzudenken, nicht nur einleuchtend, sondern gleichsam der Schlüssel zu aller christlicher Gotteserkenntnis.“(BB)

*Karl Josef Wallner, Wie ist Gott?, Die Antwort des christlichen Glaubens, Media Maria Verlag 2010, Illertissen, 255 Seiten, ISBN 978-3-98130-034-5*





### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortlicher Redakteur  
Bertram Bastian (BB),  
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,  
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur  
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Bertram Bastian,  
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,  
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,  
E-Mail: [redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen  
Druck: MVG Medienproduktion  
Boxgraben 73, 52064 Aachen  
Überweisungen und Spenden an:  
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,  
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843